APuZ
Aus Politik und Zeitgeschichte
62. Jahrgang · 35–37/2012 · 27. August 2012

Griechenland

Elena Pallantza
Für immer geschlossen

Vassilis S. Tsianos · Dimitris Parsanoglou
Griechenland nach den Wahlen

Karl Brenke
Modernisierung der griechischen Wirtschaft

Loukas Lymperopoulos
Kurze Geschichte Neugriechenlands

Heinz A. Richter
Zur politischen Kultur

Danae Coulmas
Von der Ungleichzeitigkeit der Kultur

Andreas Stergiou
Anatomie eines Niedergangs? Griechenland und die EU

Eberhard Rondholz
Griechenland-Bild in Deutschland

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Editorial

Die Parlamentswahlen in Griechenland im Mai und Juni 2012 erregten europaweit Aufmerksamkeit. Zwar regieren wieder die beiden traditionell dominierenden Parteien. Doch spiegelt die politische Fragmentierung die gesellschaftliche Radikalisierung wider. Sie machte das linke Wahlbündnis SYRIZA zur zweitstärksten Kraft. Erstmals schaffte auch eine neofaschistische Partei den Einzug ins Parlament. Im Mittelpunkt des Wahlkampfs stand die Auseinandersetzung um die Austeritätspolitik. Sie ist Voraussetzung für die Brüsseler Finanzhilfen, die den griechischen Haushalt und den Euro insgesamt stabilisieren sollen.

Die tiefen sozialen Einschnitte gelten vielen politischen Beobachtern als „Radikalisierungsbeschleuniger", weil manche interne Problemursachen der Staats- und Finanzkrise – neben den externen wie fehlende Regulierung von Spekulationsgeschäften – bislang unangetastet blieben: Die enge Verflechtung zwischen wirtschaftlichen und politischen Eliten begünstigte eine jahrzehntelange Privilegierung von „Reichen und Superreichen" durch weitgehende Steuerfreiheit und *de facto* Subventionierung; dagegen wurde der Aufbau einer leistungsfähigen Binnenwirtschaft, die für die Mehrheit der Bevölkerung jenseits klientelistischer Abhängigkeiten ihrer Qualifikation entsprechende Arbeitsplätze bieten konnte, offenbar vernachlässigt.

Sollen nicht nur der gesellschaftliche Zusammenhalt in Griechenland, sondern auch die Solidarität in der Eurozone nicht weiter gefährdet werden, gilt es, die strukturellen Ursachen der Krise zu bearbeiten. Die „Lebensadern" des Klientelismus auszutrocknen, bedeutet, den Zugang zu staatlichen Ressourcen zu demokratisieren – und die Basis für Staatseinnahmen zu vergrößern. Um sich nötige Importe aus dem Ausland, auch aus Deutschland, leisten zu können, braucht es eine konkurrenzfähige Binnenwirtschaft. Schließlich sind Fehlkonstruktionen der europäischen Währungsunion in den Blick zu nehmen: Wie wird der für eine gemeinsame Währung notwendige wirtschaftliche Gleichklang innerhalb des Euroraums gewährleistet?

Asiye Öztürk

Elena Pallantza

Für immer geschlossen

Kurzgeschichte

Die Erzählung „Für immer geschlossen" ist die Geschichte eines Reifungsprozesses eines jungen Mannes vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in Griechenland. Zu Beginn der Wirtschaftskrise flieht er in seine Phantasien, als Reaktion auf die zunehmend bedrückende Atmosphäre, die sich in Griechenland aufgrund der radikalen Sparmaßnahmen und der damit verbundenen sozialen Unzufriedenheit ausbreitet. Er verliebt sich in eine ihm unbekannte Japanerin, der er zufällig in Athen begegnet, und zieht es zunächst vor, sich von den Idealbildern der fernen, rätselhaften und in seinen Augen von Selbstbeherrschung und reizvollen Ritualen gekennzeichneten japanischen Lebensart treiben zu lassen, als sich den realen Problemen seiner Umwelt verantwortungsbewusst zuzuwenden. Allmählich zieht sich jedoch die Schlinge um ihn zu, die vielfältigen Symptome der Krise – die massiven Kürzungen der Gehälter, die Arbeitslosigkeit, die zum Teil extremistischen politischen Proteste, die Frustration der Menschen – werden bei jedem Schritt sichtbar, die Probleme der anderen werden zu seinen Problemen. Er nimmt die Realität wahr, kommt aus seiner lähmenden Isolation heraus und erklärt sich zu vernünftigen Kompromissen bereit. Ein Spiel des Zufalls konfrontiert ihn mit der Umkehrung seiner Idealbilder und bringt ihn dazu, zumindest im Rahmen seines Mikrokosmos aktiver und bewusster zu handeln, auch wenn die Hoffnung auf persönlicher und kollektiver Ebene gestutzt zu sein scheint. Die Schlusswende zeigt jedoch noch einmal, dass die Realität von der Phantasie eingeholt werden kann.

Elena Pallantza
Dr. phil., geb. 1969; Gräzistin, Autorin und Übersetzerin; sie unterrichtet Neugriechische Sprache, Literatur und Kultur an der Universität Bonn; sie hat Kurzgeschichten und Gedichte veröffentlicht; Aloys-Schulte-Straße 10, 53129 Bonn.
elena.pallantza@uni-bonn.de

Es war das dritte Mal in fünf Monaten, dass ich die kleine Japanerin aus Porzellan traf. Das erste Mal stand sie neben mir an der Ampel. Die feine Hand im hellen Handschuh streichelte so zart den Fußgängerknopf, dass beinahe Musik herausgesprungen wäre. Ich lächelte sie an. Zwei Augen – wie auf weißem Hintergrund gezeichnet – musterten mich mit einem unbekannten Ausdruck. Beim geringsten Versuch, Worte zu formen oder gar zu lachen, würde die glatte Haut bestimmt zerreißen. Es war früh morgens. Athen machte sich wie gewohnt auf den Weg zur Arbeit, mit seinen Mänteln und Aktentaschen, mit hohen Absätzen, die auf dem Bürgersteig klackerten, Kaffeebechern und Zeitungen in der Hand, nur etwas langsamer als sonst. Lag es am Tempo des Liedes, das ein kleiner Junge schleppend auf seinem Akkordeon spielte? Er saß auf einer marmornen Stufe, vor einem Laden. Die Beine der Passanten warfen Schatten auf sein Gesicht, es wurde abwechselnd erhellt und verdunkelt, wie ein Leuchtturm. Auf dem verbogenen Rollladen direkt über seinem Kopf stand in roter Farbe geschrieben: „Für immer geschlossen". Die Ampel wurde grün. Wie gerne hätte ich die kleine Japanerin mit einer geistreichen Bemerkung über die Woge der Globalisierung beeindruckt, die sie ins Zentrum von Athen getrieben haben könnte. Doch mir fiel nichts ein. Der Glanz ihrer Haare überflog die Straße und verschwand so endgültig in der Leinwand der Stadt, dass ich für einen Moment dachte, sie wäre niemals bei mir gewesen.

Einen Monat später sah ich sie im Kino wieder. Ich kam gerade mit Alexandra aus der Vorabendvorstellung. Das kleine Foyer war überlaufen, wir mussten uns schrittweise durch die Menschenmenge vorkämpfen. Wir hatten „Naokos Lächeln" gesehen, die Verfilmung von Murakamis Roman. Mein Kopf war voll mit japanischer Vollkommenheit. Auf einmal stand sie da – dieselbe unechte Haut, die makellosen Augen, die Haare aus außerirdischer Seide –, während ich mich fragte, wie man sich überhaupt in andere Frauen außer Japanerinnen verlieben kann. Die Athener Mädchen um mich herum schienen plötzlich so ungezügelt in ihren verschwenderischen Gesten. Alexandra genauso. Wir gingen seit ein paar Wochen miteinander aus. Die man-

Übersetzung aus dem Griechischen von Carolin Mader in Zusammenarbeit mit der Autorin.

gelnde Initiative meinerseits machte sie ungeduldig, und die Ungeduld machte sie noch weniger attraktiv. Der Film hatte sie gar nicht berührt. Sie sprach pausenlos von ihrem Lehrergehalt, das ohnehin niedrig war und doch wegen der Staatsverschuldung weiter gekürzt wurde, und malte die Zukunft in düsteren Farben. Die kleine Japanerin hingegen, einem raren Vogel gleich in einen hellblauen Mantel gehüllt, füllte die Wartezeit mit Selbstbeherrschung. Was hatte sie in Athen zu suchen? Was könnte eine Japanerin mit Griechenland verbinden? Was dachte sie über die Sparmaßnahmen, die lauten Proteste, die brennenden Autos von gestern Nacht? Hieß sie Naoko, Yoko, Akiko oder nur Yui? Las sie Mangas oder bevorzugte sie Haikus? Welche technologischen Wunder verbarg sie in der kleinen Handtasche, die sie fest an ihren Bauch drückte? Ich sah sie nackt unter meiner Decke all meine Fragen beantworten. Als ich an ihr vorbeikam, kreuzten sich unsere Blicke. Die zarte Frucht der Lippen öffnete sich halb zu einem Lächeln. Im selben Moment stieß mich Alexandra mit dem Ellbogen in die Seite, damit ich weiterging.

Ich rief Sophia an, meine Cousine. Ihre Leidenschaft für Japan war mir bis jetzt immer suspekt gewesen. Die Wohnung am Fuß des Lykabettoshügels, die sie nach dem Tod ihrer Eltern geerbt hat, ist mit eisernen Teekannen, Fächern und Paravents geradezu vollgestopft. Doch sie arbeitet sich auch fleißig durch den Garten der japanischen Literatur und hat vor zwei Jahren begonnen, Sprachunterricht zu nehmen. Als ich mich auf ihr Sofa fallen ließ, keine Viertelstunde nach dem Anruf, legte sie zärtlich ihre Hand auf meine Wange und schlug vor, erst einmal auf die Hoffnung anzustoßen, dass ich beide Male tatsächlich dieselbe Person getroffen hatte. Also tranken wir einen warmen Sake aus den Likörgläsern unserer Oma. Wir sprachen lange. Wir tauchten mit Freude ins Meer der logischen Irrtümer, wie früher, als wir Detektiv spielten und nicht vorhandene Mysterien anhand von lächerlichen Funden lösten. Unsere Faktenanalyse zielte darauf ab, ein Wiedersehen mit der kleinen Japanerin für so gut wie sicher zu halten. Als Erstes schlossen wir den Fall aus, dass sie eine Touristin war, die ich niemals würde wiederfinden können. Touristen gehen nicht ins Kino, schon gar nicht in Filme ihres eigenen Landes. Außerdem bewegen sich japanische Touristen meistens in Gruppen. Nach dem dritten goldfarbenen Sake fügten wir das Fehlen eines Fotoapparates zu der Liste der Beweismittel hinzu. Sollte ich jedoch ernsthaft davon ausgehen, dass sie in Griechenland lebte? In einer Zeit, in der fast jeder mit dem Gedanken spielte, auszuwandern? Zugegeben, der Yen war auch nicht mehr das, was er mal war, aber wäre sie nicht von der Aussicht abgeschreckt, bald wertlose Bündel von Drachmen in ihren seidenen Geldbeutel stopfen zu müssen? Diese Fragen schienen Sophia gar nicht zu beschäftigen: „Meine Japanischlehrerin ist ihrem Mann zuliebe nach Griechenland gekommen. Sie ist ein Liebesflüchtling." Ihr Schwerpunkt lag woanders. Wenn ich die kleine Japanerin an der Ampel angelächelt und sie das Lächeln im Kino tatsächlich erwidert hatte, bedeutete dies doch, dass sie mich erkannte. Sophia bestand darauf, dass eine Japanerin einen Mann niemals ohne Grund intensiv anschaut. Ich ließ mich dankbar darauf ein. Wir kamen betrunken zu dem Schluss, ich sollte mich so oft wie möglich im Zentrum der Stadt aufhalten.

Als ich ging, begann es zu regnen. Auf der Straße stolperte ich über die Beine eines Mannes, der sich zum Schlafen in einen Müllsack gelegt hatte. Er zuckte kurz, wie eine Raupe, und blieb liegen. Ich schloss mein Auto auf und sah sie wieder, an der Wand. Die gleiche Schrift, die gleiche rote Farbe: „Für immer geschlossen". Hinter den Scheibenwischern funkelten die Lichter Athens, wie Warnsignale einer gekürzten Hoffnung. Eins war gewiss: Irgendwo da draußen, in einem Zimmer aus Zedernholz, auf einem Fouton, weit wie ein Reisfeld, ruhte meine kleine Japanerin. Ich würde alleine schlafen.

In den folgenden Tagen surfte ich stundenlang im Internet. Nicht um nach neuen Stellenangeboten zu suchen, wie es inzwischen fast alle meine Kollegen im Büro taten, aus Angst, die kleine Softwarefirma, in der wir arbeiteten, könnte pleitegehen. Ich wollte meine Kenntnisse über die japanische Kultur vertiefen. Bald überwältigte mich ein Wirrwarr von komplexen Zeremonien und schwer auszusprechenden Wörtern. Es schien mir wahrscheinlicher, die kleine Japanerin ein drittes Mal vielleicht sogar vor meinem Haus zu treffen, als mir den Namen auch nur einer Sorte grünen Tees oder die Ausbildungsstationen einer Geisha zu merken. In meinem Heft notierte ich die Begriffe *Karyukai*, „die Welt der

Blumen und Weiden", und *Tatemae*, was so viel wie das selbstbeherrschte Verhalten in der Öffentlichkeit bedeutet. Vielleicht würden sie mir noch nützlich sein. Ich schnappte mir auch ein paar Romane von Sophias Nachttisch. Sie waren zäh und einschläfernd, bis sich plötzlich jemand umbrachte – meistens ein Mann – und das dünne Papier der scheinbaren Handlungsarmut gewaltsam zerriss. Ich las über die rituelle Selbsttötung mehrerer berühmter Japaner, aber auch über den drastischen Anstieg der Selbstmordquote bei den einfachen Menschen in Phasen wirtschaftlichen Abschwungs. Wie bei uns, dachte ich mir. Erst neulich berichtete eine vollbusige Blondine tränenreich dem erschütterten Publikum einer Talkshow, dass sich ihr Onkel unter dem Druck unbezahlbarer Schulden erhängt hatte. Irgendwo stieß ich auf eine Beschreibung der *Otakus*, einer Art japanischer Außenseiter, die wie besessen Comics und Mangapuppen sammeln und mit Huren, die sich als ihre Lieblingsfigur verkleiden müssen, Computerspiele spielen, oder durch die Bars ziehen und sich unbeirrt an der Theke mit ihrer Plastikpuppe unterhalten. All das hinterließ in mir den bitteren Geschmack eines Widerspruchs in der japanischen Lebensart, der mir den Zugang erschwerte. Ich beschloss, dass ich vorerst genug gelernt hatte. Über den Rest konnte mich nur die kleine Japanerin aufklären.

Ich sah sie überall um mich herum. Morgens schloss sie hinter mir die Tür sanft zu, wie eine weiche Sonne, die zurückbleibt und das Haus wärmt. Auf der Straße deckte ich sie mit meinem Mantel zu und wir flogen über die Müllberge und die Kioske mit den Zeitungen, die mit erneuten Steuererhöhungen und der Abnahme des Tourismus drohten. Sie begleitete mich in der Metro zur Arbeit, schlug die Beine mit den Pumps übereinander, hinter dem Trenchcoat war der Spalt des Busens zu sehen. Später am Abend schwamm sie nackt im Bildschirm meines Rechners wie in einem Aquarium, klopfte an das Glas und forderte mich auf, ihr zu folgen. Ich wickelte sie in Algen und kostete sie wie lebendiges Sushi mit langen, hölzernen Fingern. Oder ich verwandelte mich in den gigantischen Katzenfisch *Namazou*, den Erdbebengott Japans, und ertränkte sie zitternd mit Tsunamis. Bevor sie einschlief, nahm ich ihr die Haarnadeln und Klemmen ab und breitete das Schultertuch der Haare auf dem Kissen aus. Bewusst schloss ich die Fenster um uns herum. Ich wollte diesen falschen Frühling draußen halten, in dem Griechenland ohne eine Spur von *Tatemae* in der Krise und Japan, in atemberaubendem *Tatemae* beharrend, in der Radioaktivität versanken.

An einem warmen Apriltag hatte ich einen wichtigen Termin in der Stadt. Ein Kunde aus Deutschland war persönlich angereist, um sich einen Eindruck von der jetzigen Lage unserer Firma zu machen und über die Bedingungen für eine weitere Zusammenarbeit zu verhandeln. Mein Chef selbst war krank und überließ mir dieses Treffen, worum mich niemand im Büro beneidete. Ich fuhr mit der Metro zum Syntagma-Platz und lief dann zu Fuß hinunter bis zu seinem Hotel. Ich war viel zu früh da. Die Studenten hätten für heute um zwölf eine Demonstration geplant, hieß es im Radio, und ich wollte rechtzeitig ankommen, bevor die Straßen wieder gesperrt wurden. Ich beschloss, noch eine Runde zu drehen. Von früher kannte ich noch jede Ecke in der Periklesstraße. Hierher kam ich immer mit meiner Großmutter, wenn sie auf der Suche war nach einem ausgefallenen Knopf, einem besonderen Band aus Seide, einer sternförmigen Zierniete oder einem überlangen Reißverschluss. Trotz der vielen neuen Geschäfte waren sie noch alle da, die kleinen engen Mauselöcher mit dem Nähzubehör, nur dass jetzt die Enkel der damaligen Besitzer hinter der Theke standen.

Plötzlich musste ich stehen bleiben. Ich war auf einmal von Japanern umringt, Männern und Frauen, in Anzügen, Kostümchen und sportlichem Outfit, manche in Kabel eingewickelt und mit Geräten verschiedenster Art in der Hand. Sie rasten an mir vorbei und verschwanden hinter einer großen Drehtür aus Glas. Ich schaute nach oben auf das Schild: „Griechisch-Japanisches Zentrum". Von Hoffnung beflügelt holte ich mir einen Kaffee und lehnte mich an die Mauer direkt gegenüber dem Eingang. Hier musste meine kleine Japanerin aus Porzellan vorbeilaufen. Ich sah sie schon hinter den winzigen Schaufenstern nach einem Seidenstoff mit weißen Kranichen suchen. Die Frühlingssonne schien auf die Markisen der Läden, sie glichen fröhlichen Fischerbooten in einem kleinen Hafen. Doch die Verkäufer standen unbeschäftigt im Türrahmen, rührten mit dem Strohhalm betrübt im Frappé, wechselten ein paar Worte mit dem Kollegen von nebenan, drückten

ihre Kippe aus, gingen hinein und tauchten nach einer Weile stöhnend wieder an der Tür auf. Auch sie suchten vergeblich in den japanischen Gesichtern, die gleichgültig vorbeiliefen. Ich verspürte plötzlich ein unerträgliches Gefühl von Scham, stand auf und eilte zum Termin mit dem Deutschen.

Herr Landwehr saß an einem Tisch mit Marmorplatte im Innenhof des Hotels „Achilles“ und hatte, obwohl es erst elf war, sein zweites Bier hinter sich. Mitte fünfzig vielleicht, etwas kräftig, mit dichten Augenbrauen und dem Blick eines Menschen, der keine Fragen mehr hat. Seine Glatze war eingecremt und strahlte in der Sonne wie der kupferne Helm eines antiken Kriegers. Er sei schon immer ein großer Griechenlandfan gewesen, sagte er sofort. Seine Frau und er würden jede griechische Insel in- und auswendig kennen. Eine seiner besten Erinnerungen sei diese: Als ihm einmal sein Geld geklaut worden sei, habe er ein paar Tage bei einem alten griechischen Ehepaar übernachten dürfen, das ihm sogar die Schiffskarte nach Piräus bezahlt habe. Natürlich habe er ihnen alles zurückbezahlt. Das sei in den 1980er Jahren gewesen. „Doch die Zeiten ändern sich“, zogen sich plötzlich die Augenbrauen zusammen. Man lese ja heutzutage so viel Schlimmes über das Land. „Die deutschen Medien mögen vielleicht etwas übertreiben …“, wagte ich zu sagen. Er unterbrach mich erregt: „Die Deutschen können nicht immer für die Fehler anderer aufkommen. Man kann nicht wie die Zikaden den ganzen Sommer lang singen und im Winter sich bei den Fleißigen einnisten wollen.“ Die deutsch-griechischen Beziehungen hätten eine lange Tradition, zitierte ich, was ich neulich in der Zeitung zu dem Thema gelesen hatte. Die Augenbrauen wirkten zerzaust: „Ihr müsst mit eurer Wirklichkeit konfrontiert werden. Ihr seid Realitätsflüchtlinge.“ Wir müssten einsehen, dass es ein Risiko für seine Firma sei, unter den jetzigen Bedingungen weiter mit uns zusammenzuarbeiten. Jedes gemeinsame Geschäft sei nunmehr nur noch gegen Vorauszahlung möglich. Ich versicherte, dass ich es an meinen Chef weiterleiten würde. Herr Landwehr stand als Erster auf, sein Flieger ginge in drei Stunden. „Vielleicht sehen wir uns auf den Kykladen im Sommer“, bemühte ich mich ein letztes Mal zum Abschied um Vertrauen. Nein, leider nicht. Für ihren Urlaub hätten seine Frau und er sich diesmal für die Türkei entschieden.

Ich kam nur mit Mühe am Syntagma-Platz vorbei. Die Demonstranten hatten sich vor dem Parlament versammelt und riefen Parolen gegen die Regierung, die sich den Bedingungen Europas für den erwünschten Schuldenschnitt knechtisch unterworfen hätte. Eine kleine Gruppe schwarz gekleideter Jugendlicher kletterte auf den Sockel über dem Denkmal des Unbekannten Soldaten, breitete eine deutsche Flagge aus und setzte sie in Flammen. Ein Teil der Versammelten jubelte mit, andere begannen sie zu beschimpfen, manche versuchten sich zu entfernen. Die Polizei griff ein, als die ersten Steine flogen. Ich konnte nur hoffen, dass Herr Landwehr schon in seinem Taxi Richtung Flughafen saß und der Taxifahrer sich gut mit den Schleichwegen auskannte.

Ich lief so schnell ich konnte nach Hause. Ich hörte kurz die tröpfelnden Silben der kleinen Japanerin vom Bad aus rufen, aber ich antwortete nicht. Ich ging in die Küche. Am Tisch, vor einer Tasse Kaffee, wie eine altvertraute Freundin, die mal vorbeischauen wollte, saß die Realität. Nicht besonders hübsch, aber irdisch, fassbar. Mein Kopf fühlte sich aufgeräumt an. Als ob jemand die Fenster zum Lüften aufgemacht, die Staubwolken ausgeschüttelt und die klebrigen Flecken hier und da weggeschrubbt hätte. Das Radio, die Kaffeemaschine, meine Zigaretten waren auch noch dort, ich glitt mit den Fingern drüber. Ich teilte ihnen mit, dass ich keineswegs vorhatte, ein trauriger *Otaku* in dieser Welt zu werden, und meldete mich erstmals wieder bei Alexandra, die sich zu meiner Überraschung bereit erklärte, mich zu treffen.

Dann rief eines Abends Sophia an. Es ginge ihr elend. Sie sei entlassen worden. Sie hatte als Erzieherin in einem kleinen privaten Kindergarten im Westen von Athen gearbeitet, wo die wenigen begüterten griechischen Familien ihre Kinder hinschicken, um den albanischen, pakistanischen und neuerdings auch chinesischen Kindern mit den einsilbigen Namen aus dem Weg zu gehen. Sophia war nicht die Einzige, die gehen musste. Ihre Chefin hätte fast geweint. Ich machte mir Sorgen und fuhr sofort hin. Sie saß auf dem Sofa und zitterte und sah noch kleiner aus als sonst. Ich bot ihr an, sie zu bekochen, und ging das Nötige und Wein kaufen. Die Gegend hatte sich auffällig verändert. Weitere Geschäfte waren geschlossen. Auch der kleine Weinladen, den ich

seit meiner Kindheit kannte. Es regnete wieder. Ob wenigstens der Sommer dieses Jahr kommen würde? Eine junge Frau mit glatten schwarzen Haaren und freiem Rücken tanzte im beleuchteten Rechteck einer Balkontür, umrahmt von den Blättern eines Gummibaums. Mir wurde bewusst, dass mehrere Wochen vergangen waren, ohne dass ich an die kleine Japanerin aus Porzellan gedacht hatte. Niemand würde mich also in eine leisere Welt voller Rituale und Weisheit einweihen. Niemand würde mit mir einen Kyoto-Garten im Herzen des geschundenen Athen pflanzen, noch würde ich eines Tages als Liebes- oder Wirtschaftsflüchtling nach Japan ziehen. Ich musste hier bleiben, mit den altbekannten Zutaten weitermachen. Ich beschloss, für Sophia eine Bohnensuppe zu kochen.

Ich kann nicht beschreiben, was mir durch den Kopf ging, als ich mit den Sachen zurückkam und die Tür öffnete. Ich kann mich nicht entsinnen, was ich gemacht habe, ob mein Mund offen oder zu blieb, ob ich salzsäulenartig erstarrte, was ich mit den Tüten tat, ob ich mich irgendwo abgestützt habe, ob es etwas zum Abstützen gab. Auf dem Sofa, neben meiner Cousine, saß die kleine Japanerin, mitsamt ihren Haaren und Augen und einem kurzen, weißen Kleid, wie eine Lotusblüte. „Meine Japanischlehrerin", sagte Sophia. „Sie wohnt oben und lädt uns zum Essen ein."

Sie hatte makellos griechische Fleischklößchen gekocht. Wir aßen sie mit normalem Besteck in einem mit pompösen Möbeln aus dunklem Holz überfrachteten Esszimmer. Auf der Kommode posierte das Familienglück in verschnörkelten Silberrahmen, wie jene, die Sophia und ich haufenweise in den Müll geworfen hatten, als sie ihre Wohnung neu einrichtete. Ein schielendes Mädchen mit schwarzen Zöpfen lächelte vor der Akropolis. „Das ist Athena", sagte mir die kleine Japanerin stolz. Sie sprach ein sehr gutes Griechisch, nur betonte sie manche Wörter oder ganze Sätze falsch, so dass man nicht sofort verstehen konnte, ob sie eine Frage stellte oder nur einen Kommentar machte. Eins wurde mir jedoch schnell klar. Durch die spitzen Winkel ihrer Augen erriet sie Kostas' Wünsche, noch bevor er sie äußerte. Sein Glas wurde immerfort gefüllt, das Salz rieselte hier und da auf seinen Teller, die Serviette flatterte zum schlaffen Mund, um die Ei-Zitronensoße abzuwischen.

„Für immer geschlossen", Athen 2012 © Elena Pallantza

Kostas selbst rekelte sich zufrieden in der Hingabe seiner Frau, stopfte die Fleischklößchen paarweise in den Mund und trug uns seine persönliche Theorie über die Krise der griechischen Wirtschaft und Gesellschaft vor. „Wir müssen zusammenhalten!", resümierte er. „Die Familie, das Vaterland, das sind unsere Werte. *Sie* wollen uns mit Absicht zerstören, aber *wir* sind die älteste Kultur Europas, und wir sind nicht blöd!" Mein Blick fiel auf seine dicke Goldkette mit dem riesigen Kreuzanhänger auf seinen Brusthaaren, als er gerade schilderte, wie er zu Beginn der Krise das Geschäft seines Vetters gerettet hatte, der Juwelier war. Er riet ihm zum richtigen Zeitpunkt, sich mit Goldbarren und Münzen zu beschäftigen und im Hinterraum seines Ladens ein kleines Leihhaus einzurichten. „Jetzt wird alles, was er anfasst, zu Gold!", sagte Kostas triumphierend. Die kleine Japanerin, bleich und belanglos im gelben Licht des Kronleuchters, nickte zustimmend, wie ein Huhn, das Maiskörner pickt.

Ich hatte keine Fragen mehr. Nur gehen wollte ich, um wenigstens mein *Tatemae* zu wahren. Sophia verriet ich nichts. Ihr schien es immerhin etwas besser zu gehen. Die kleine Japanerin war bereits aufgesprungen und räumte den Tisch ab. Sie begleitete mich zum Ausgang. So, wie sie kurz an der Türschwelle stand, fiel mir auf, dass ihr Schatten leicht krummbeinig war. „*Karyukai* für immer geschlossen", flüsterte ich, statt „Gute Nacht". Ich weiß nicht, warum. Es kam von innen, wie eine alte Schuld. Ein Pfand. Ich ließ es dort und wusste, dass ich nie wieder zurück-

kommen würde, um es abzuholen. Sie sagte gar nichts. Die Tür schloss sich sanft und ließ mich im Dunkeln zurück. Die Welt der Blumen und Weiden löste sich im Lärm des Geschirrs auf, das in die Spülmaschine eingeräumt wurde.

Ich ging auf die Straße. Sie war völlig leer. Das Fenster der Frau, die vorhin getanzt hatte, war ebenfalls dunkel. Ab und zu suchte jemand etwas im Müll. Ich fand mit Mühe mein Auto wieder. Mein Gehirn glich einer evakuierten Stadt nach einer Naturkatastrophe. Zu Hause setzte ich mich an den Rechner und schrieb die ganze Nacht durch. Ich hatte mir nicht einmal ihren Namen gemerkt. Die Sonne ging auf, ich trank einen starken Kaffee und öffnete eine Seite mit Stellenanzeigen.

Mein Handy klingelt, aber ich finde es nicht. Wie spät ist es? Alexandras Beine glänzen nackt im Morgengrauen. Ich glaube, ich liebe sie. Vorgestern nahm sie eine Gruppe von Schülern mit ins Zentrum. Sie wollten unter den Obdachlosen Kleider und Essen verteilen. Ich war auch dabei. Wir haben große Decken auf dem Pflaster vor dem alten Parlament ausgebreitet. Manche sangen vor Freude. Wo ist bloß das verdammte Handy? Es wird sie gleich wecken. Ja, ich liebe sie. Gestern hat sie ein bisschen geweint. Ich las ihr zum Einschlafen eine Kurzgeschichte von Murakami vor, „Das 100 % perfekte Mädchen“. In meiner Hosentasche. Endlich, hier, gefunden. Sophia. Um fünf? Ihre Stimme, in Fetzen. Als ob jemand ein Papier zerrisse.

„Entschuldige, ich konnte nicht mehr warten. Mhai hat sich umgebracht.“
„Wer ist Mhai?“
„Meine Japanischlehrerin.“
„Ich komme.“

Die Straßen, wieder leer. Von den Hängen des Lykabettos war schon immer das Meer zu sehen. Dorthin werde ich mit Sophia fahren. Das Meer ist offen. Vielleicht schaffen wir es noch, den Sonnenaufgang zu sehen. Eine kleine Japanerin aus Porzellan wird im feurigen, roten Loch suchen. Müll wird sich in Gold verwandeln, wenn sie ihn berührt. Wir werden an sie denken.

Vassilis S. Tsianos · Dimitris Parsanoglou

Metamorphosen des Politischen: Griechenland nach den Wahlen

Obwohl die deutschsprachigen Publikationen über die Krise in Griechenland inzwischen eine kaum zu überblickende Fülle erreicht haben, wagen wir die Hypothese, dass das vorherrschende Sachwissen über die gegenwärtige Transformation des Landes sehr von einer ökonomischen – um nicht zu sagen ökonomistischen – Krisenanalytik geprägt ist. Im Folgenden möchten wir nicht ein weiteres Mal über die „wirklichen Gründe“ der griechischen Krise sprechen. Stattdessen gehen wir von der Faktizität der Krise aus und versuchen, ihre politischen Auswirkungen und die Sorgenfalte der griechischen Bevölkerung mitzudenken: Wir werden die Konturen der Bruchstellen, die sich innerhalb der vergangenen Monate im Herzen des Politischen aufgetan haben, nachzeichnen. Diese Brüche sind zahlreich und lassen sich in vielerlei Hinsicht auf die einschneidenden sozioökonomischen Veränderungen in den vergangenen zweieinhalb Jahren zurückführen.[1] Deutlich wird hierbei die Dynamik einer allseitigen gesamtgesellschaftlichen Radikalisierung.

Vassilis S. Tsianos
Dr. phil., geb. 1969; Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachbereich Sozialwissenschaften, Universität Hamburg, Allende Platz 1, Raum 136, 20146 Hamburg.
vassilis.tsianos@wiso.uni-hamburg.de

Dimitris Parsanoglou
Ph.D., DEA, geb. 1975; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for Gender Studies der Panteion Universität, Projektkoordinator von „MIG@NET: Transnational Digital Networks, Migration and Gender“.
parsanoglou@gmail.com

Krise als Radikalisierungsbeschleuniger

Die Ereignisse im Dezember 2008 (massive landesweite Ausschreitungen und Unruhen nach der Erschießung eines 16-jährigen

Demonstranten durch die Polizei) waren für viele Griechinnen und Griechen einschneidend und führten zu einer andauernden sozialen und gesellschaftlichen Polarisierung.[2] Zum ersten Mal nach dem Bürgerkrieg in den 1960er Jahren bröckelte die parlamentarisch vermittelte Koexistenz unterschiedlicher sozialer Milieus. Die Militanz der Massendemonstrationen im Mai 2010, Juni 2011 und Februar 2012 markieren auch Stationen einer zunehmenden Radikalisierung der Gesellschaft. Diese geht allerdings weit über die formelle soziale und politische Dynamik hinaus, die bei den griechischen Parlamentswahlen (6. Mai und 17. Juni 2012) auch die politische Arena erfasste.

Die Wahlergebnisse wurden in vielerlei Hinsicht von polarisierten sozialen Kämpfen und gesellschaftlichen Antagonismen überschattet, die auch zur Erosion der bis dahin herrschenden parlamentarischen Hegemonie des Zweiparteiensystems führten. Der von den Medien unternommene Versuch, diese Antagonismen aus den Wahlkämpfen und Wahlkampagnen herauszuhalten, wirkte wie der letzte Atemzug des alten politischen Systems der *Metapoliteusi*. *Metapoliteusi* steht für den Übergang von der Diktatur zur Demokratie nach 1974 und markiert zugleich die zentrale normative Instanz eines gelungenen Demokratisierungsprozesses. Als politisches Narrativ wird die *Metapoliteusi* zudem mit einer Periode politischer und sozialer Errungenschaften assoziiert, die mit redistributiven, wohlfahrtsstaatlichen Politiken einhergehen. Mit der Wirtschafts- und Schuldenkrise etablierte sich in der öffentlichen Debatte ein neokonservativer Diskurs, der explizit die „Kultur" der *Metapoliteusi* für die Malaise der griechischen Gesellschaft verantwortlich machte, indem er die Anfänge der aktuellen Krise auf das Jahr 1974 zurückdatierte. Diese diskursive Verschiebung in der Wahrnehmung der neueren Geschichte Griechenlands umfasste sowohl neoliberale als auch andere radikalisiertere anti-etatistische Reflexe und Krisenbewältigungsideologeme.

Der Versuch, diese Antagonismen aus dem Wahlkampf herauszuhalten, war erfolgreich, aber voraussichtlich nur hinsichtlich einer kurzzeitigen Eindämmung der Stimmenverluste von etablierten Parteien. Exemplarisch zeigt sich dieser Versuch an jenem Diskurs, der sich gegen das „Brüsseler Memorandum"[3] wendet und das politische Spektrum dominiert: Keine politische Partei, außer einigen neoliberalen Splitterparteien, von denen keine die Sperrklausel von drei Prozent erreichte, vertrat in ihrem Wahlprogramm explizit die Inhalte des EU-Memorandums. Das Parteienspektrum des alten Establishments forderte geschlossen dessen „Neuverhandlung". Damit verbunden war offensichtlich der Versuch, die Politik des linken Wahlbündnisses SYRIZA (Vereinte Soziale Front), das im Mai 2012 zweitstärkste Partei wurde, zu neutralisieren, da es das Memorandum für ungültig erklären lassen wollte.

Für die Wählerinnen und Wähler lag das Dilemma darin, eine Entscheidung treffen zu müssen zwischen „verantwortungsbewussten multilateralen Verhandlungen mit unse-

Für hilfreiche Diskussionen, Kritik und Unterstützung danken wir Brigitta Kuster, Efthimia und Natassa Panagiotidis, Babis Ganotis, Dimitris Papadopoulos, Nikos Trimikliniotis, Akis Gavriilidis, Neli Kambouri, Ilias Marmaras und Jürgen Link.

[1] Vgl. Karl Heinz Roth, Griechenland: Was tun?, Hamburg 2012; Vassilis K. Fouskas/Constantine Dimoulas, The Greek Workshop of Debt and the Failure of the European Project, in: Journal of Balkan and Near Eastern Studies, 14 (2012), 1, S. 1–31; Yanis Baroufakis, Der Globale Minotaurus, München 2011; Heiner Flassbeck, Zehn Mythen der Krise, Berlin 2012.

[2] Vgl. Antonis Vradis/Dimitris Dalakoglou, Revolt and Krisis in Greece, London–Athen 2011; Vassilis S. Tsianos/Thanasis Marvakis, Griechenland, in: Karl-Heinz Dellwo (Hrsg.), Schrei im Dezember, Hamburg 2010, S. 11–19; Gregor Kritidis, Die Demokratie in Griechenland zwischen Ende und Wiedergeburt, in: Sozial.Geschichte Online, (2011) 6, S. 135–155.

[3] Das im Frühjahr 2012 unterzeichnete „Memorandum of Understanding" zwischen Griechenland, der Eurogruppe und dem IWF sieht Hilfszahlungen von 130 Milliarden Euro vor. Griechenland verpflichtete sich darin zu folgenden Reformen: a) Abbau der Staatsverschuldung bis 2020 auf 120 Prozent der Wirtschaftsleistung; b) innerhalb von zwei Jahren sollen 5,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) eingespart werden; c) Reform des Rentensystems; d) Kürzung von 150000 Stellen im öffentlichen Dienst; e) Vereinfachung des Steuersystems und Abschaffung von Subventionen und manchen Privilegien; f) Kürzung der öffentlichen Gesundheitsausgaben auf unter sechs Prozent des BIP; g) Senkung der Mindestlöhne um 22 Prozent und Aussetzung der automatischen Lohnzuwächse; h) weitere Liberalisierung des Marktes sowie i) weitere Privatisierung von Staatsbetrieben und Einrichtungen. Vgl. Überblick auf: Tagesschau.de vom 12. 6. 2012, online: www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland2420.html (7. 8. 2012).

ren europäischen Partnern" und einer Politik des Alleingangs, wobei letztere – nach Meinung der SYRIZA-Gegner – Griechenlands Euromitgliedschaft gefährdet hätte.

Entlang dieser Linien haben die beiden ehemals großen Volksparteien PASOK und Nea Demokratia (ND) eine Strategie der Renationalisierung verfolgt: Sie beschworen die nationale Einheit als Voraussetzung dafür, „das Memorandum zu verändern, so gut wir können". SYRIZA diente ihnen dabei sowohl als negative Schablone als auch als vermeintliches Hindernis bei der Wiederherstellung einer nationalen Einheit.

Im Koalitionsvertrag der amtierenden Regierung aus ND, PASOK und Demokratische Linke finden sich dementsprechend kaum Verweise auf die Umsetzung von Maßnahmen, die im Memorandum gefordert werden, sondern eher allgemeine Kommentare zur Wirtschaftsentwicklung und zur Reform des öffentlichen Sektors. Der Koalitionsvertrag liest sich vielmehr so, als ginge es darum, einige der geforderten Sparmaßnahmen außer Kraft zu setzen (wie etwa die Forderung nach einer Abschaffung von Tarifverhandlungen oder weiteren Kürzung der niedrigen Pensionen). Doch die für den Herbst 2012 bereits beschlossenen Sparmaßnahmen, die als zwingende Voraussetzung für die Ausschüttung der nächsten Zahlungen aus dem Krisenpaket gehandelt werden, strafen die politische Rhetorik, mit der die gegenwärtige Regierungskoalition der Radikalisierung des sozialen Widerstands gegen die Sparpolitik standzuhalten versucht, Lügen. Sogar der spektakuläre Teilerfolg von SYRIZA bei den vergangenen Wahlen spiegelt diesen sozialen Druck nicht gänzlich wider.

Das Memorandum für ungültig erklären zu wollen, steht für die Krise, wenn nicht sogar für den sukzessiven Zusammenbruch der alten repräsentativen Politik, von den Gewerkschaften bis hin zu politischen Organisationen und Parteien. Die weitverbreitete Ablehnung der Sparpolitik geht einher mit einer, von der gesellschaftlichen Basis ausgehenden Neudefinition des sozialen Gehorsams, und zwar durch Werkzeuge und Handlungen, die nicht nur oppositionell sind, sondern der repräsentativen Politik des alten Zweiparteiensystems (*Dikomatismos*) diametral entgegenstehen. Hierzu gehören Forderungen nach direkten demokratischen Verfahren sowie neu aufkommende nicht-hierarchische und nichtdauerhafte, also eher spontan gebildete Mobilisierungsstrukturen. Diese reichen von den landesweiten Unruhen 2008 bis hin zu den massiven Demonstrationen gegen die Sparmaßnahmen, von der Organisation und dem Zusammenschluss von Nachbarschaftsinitiativen, um Nahrungsmittel und Medikamente für arme Nachbarn zu sammeln und zu verteilen, bis hin zum Anzapfen von Stromanschlüssen, weil Leute die Einkommenssteuer nicht bezahlen können, die in Griechenland zusammen mit der Stromrechnung beglichen wird: Öffentliche Räume werden besetzt oder lokale Nachbarschaftstreffen einberufen.

Der Soziologe Asef Bayat spricht in diesem Zusammenhang vom spektakulären Aufkommen der *social non-movements* im Kontext des „Arabischen Frühlings", welche die Straße und auch den gesamten urbanen Raum beanspruchen.[14] Auch in Griechenland haben sich in den vergangenen Jahren zahlreiche *non-movements* gebildet und sind „passive Netzwerke" entstanden, die durch die kommunikative Präsenz und die beharrliche Wiederaneignung von öffentlichen Plätzen die Machtlosigkeit der öffentlichen Ordnung konterkarieren.

Doch die mit der sozialen Polarisierung einhergehende Radikalisierung ist kein Alleinmerkmal des SYRIZA-nahen gesellschaftlichen Blocks. Sie betrifft auch Teile der Wählerschaft, die dem nationalistischen und dem neofaschistischen Spektrum zuzuordnen sind.[15] Deutlich wurde dies mit dem

[14] Vgl. Asef Bayat, Life As Politics, Stanford 2010.

[15] Die eigentümliche Ambivalenz dieser Radikalisierung ließ sich auch an der politischen Topographie der Mobilisierungen auf dem Athener Syntagma-Platz im Sommer 2011 beobachten. Die Organisation des Protestraums vor dem Parlament war getrennt in den „oberen Platz" und den „unteren Platz". Oben liegt der Vorplatz des Parlamentsgebäudes an der Hauptstraße, die für mehr als zwei Monate blockiert war. Der untere Teil des eigentlichen Syntagma-Platzes liegt tiefer. Politisch gab es einen klaren Unterschied zwischen dem oberen und dem unteren Platz. Oben, näher am Parlament, haben die Leute beleidigende Parolen gegen das politische System und die Parlamentarier gerufen. Der untere Platz war der Raum der improvisierten Besetzung der *real-democracy*-Bewegung, der Platz der Versammlungen und der Organisation. Der obere Platz dagegen war der Raum der direkten Konfrontation. Vgl. Vassilis S. Tsianos/Dimitris Papadopoulos/Margarita Tsomou, Athen: Metropolitane Blockade, in: kultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie, (2012) 61/62, S. 64–68.

Aufstieg der neofaschistischen Partei Goldene Morgendämmerung, die bei den Wahlen im Mai und Juni 2012 sieben Prozent der Stimmen erhielt.

Politische Verschiebungen

Schon bevor die Ergebnisse der ersten Hochrechnungen vom 6. Mai 2012 verkündet wurden, war klar, dass die politische Ordnung der sozialen Kräfteverhältnisse in Griechenland nicht mehr dieselbe sein würde. Es galt als sicher, dass das Zweiparteiensystem – bestehend aus der mehr oder weniger sozialdemokratischen PASOK und der mehr oder weniger konservativen ND – unter großem Druck stand. Das Ergebnis der Wahlen förderte jedoch nicht nur den historischen Tiefpunkt des Zweiparteiensystems zutage (beide bekamen zusammen 32 Prozent der Stimmen im Vergleich zu 77,5 Prozent im Jahr 2009), sondern auch die Etablierung eines neuen politischen Lagers, der radikalen Linken, deren stärkste Wahlergebnisse bislang um die fünf Prozent lagen.

Der Zusammenbruch des Zweiparteiensystems ging mit einer Fragmentierung der politischen Kräfte einher: Zum ersten Mal seit 1977 waren im Mai 2012 sieben Parteien im Parlament vertreten. Bei den Wahlen vom 17. Juni 2012 ließ sich eine Stabilisierung dieser Tendenz beobachten. Die Wahlen brachten auch neue politische Parameter mit sich: Die bis zu diesem Zeitpunkt größte Konfliktlinie zwischen ND und PASOK verschob sich nun auf die zwischen ND und SYRIZA, wobei ND nur einen knappen Vorsprung von 2,8 Prozent gegenüber SYRIZA erreichte. Damit war allerdings die Voraussetzung für die Bildung einer Regierungskoalition mit PASOK (12,3 Prozent) und der Demokratischen Linken (6,3 Prozent), einer rechten Abspaltung von SYRIZA, erfüllt. Doch interessanter als diese Wahlergebnis-Arithmetik ist die folgende Analyse der politischen Verschiebungen.

Verfall der Sozialdemokratie

PASOK ist innerhalb der vergangenen zweieinhalb Jahre in unerwarteter Weise geschrumpft. Mit einem Verlust von 30 Prozent bekam hauptsächlich sie das Unbehagen und die Wut der Wählerinnen und Wähler zu spüren. Dieses soziale Unbehagen sorgte für die Abwanderung von traditionell sozialdemokratischen Wählerlagern (wie Angestellte des öffentlichen Dienstes, Lohnabhängige und Bewohner der großen städtischen Vororte und Inseln) zu SYRIZA. Die frontale Konfrontation der PASOK-Regierung mit den (bis dato PASOK-nahen) Gewerkschaften, von ihr getragene wiederholte Einschnitte bei Renten und Löhnen sowie die von breiten Bevölkerungsschichten geteilte Sorge, dass sich die Finanz- und Staatskrise trotz Rettungspaketen und Memorandum verschärfen würde, stellen die wesentlichen Gründe für die Abkehr von der PASOK dar.

Gegenüber den auf den griechischen Staatsbankrott abzielenden Spekulationen und als Antwort auf die sukzessive Herabstufung der Kreditwürdigkeit durch Ratingagenturen verfolgte die PASOK-Regierung eine politische Strategie, die sich als eine Politik des sozialen Schocks charakterisieren lässt. Aus Platzgründen soll an dieser Stelle nicht auf die jüngsten Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds, den europäischen Partnern und der Europäischen Zentralbank (EZB) eingegangen werden. Denn der Fokus liegt hier vielmehr auf der Krisenbewältigung der PASOK zwischen 2009 und 2012 sowie deren Folgen für ihr Verhältnis zur griechischen Gesellschaft.

Im Namen einer der Krise geschuldeten „neuen Sachlichkeit“ hat die sozialdemokratische PASOK die Kommunikation mit ihrer traditionellen Klientel und die Vertretung und Vermittlung ihrer Interessen radikal unterbrochen. Einige politische Kommentare versuchen die Verluste der PASOK als ein „normales Symptom“ für eine Regierungspartei in Zeiten der Krise zu erklären – wie es etwa für die spanische Sozialistische Partei bei den Wahlen von 2011 Geltung hat. Doch die Höhe der Stimmenverluste wie auch die Intensität der Abwendung von breiten Wählerschichten lassen einen solchen Vergleich nicht zu. Im Gegenteil: Der Einbruch der griechischen Sozialdemokratie als eine der zwei tragenden Säulen des auf Europa ausgerichteten Zweiparteiensystems ist singulär. Das Fundament eines etatistischen linksliberalen Spektrums ist zusammengebrochen. Es stellen sich die Fragen, inwiefern diese Entwicklung umkehrbar ist und ob der Einsturz

der sozialdemokratischen Säule auch die konservative Säule mit sich reißt.

Neugründung des konservativen Lagers?

Im Gegensatz zur PASOK war das konservative Lager in Griechenland lange Zeit gekennzeichnet durch hohe Stabilität der innerparteilichen Kohärenz sowie große Kontinuität seiner politischen Orientierung. Dazu gehörten die Liberalisierung der Wirtschaftspolitik durch eine Stärkung des Marktes und die Reduktion des wohlfahrtsstaatlichen Staatsinterventionismus. Trotz Spaltungen, die in der Regel mit der Konkurrenz von Führungspersönlichkeiten innerhalb der ND zu erklären waren, gelang es der Partei immer wieder, die unterschiedlichen Fraktionen zu bündeln und seinen hegemonialen Anspruch im politischen Mitte-Rechts-Lager aufrechtzuerhalten.

In den jüngsten Wahlen jedoch erlebte auch das konservative Lager eine ungewöhnliche Wählermobilität. Die Gründung der neokonservativen Partei der Unabhängigen Griechen im Februar 2012 wurde – ein Novum im rechten Lager – von einer Kampagne begleitet, die sich ausschließlich auf neue soziale Medien stützte. Mit Parolen wie „Nationale Unabhängigkeit und Stolz, Volkssouveränität, das Primat des nationalen Interesses“ und der unmittelbaren Zielvorgabe von „Annullierung des Memorandums und Zahlungsverzicht der durch Zinsknechtschaft verursachten illegalen Staatsschulden“ gelang es der neuen Partei, im Mai 10,6 Prozent und im Juni 7,5 Prozent der Stimmen zu erhalten.

Um diesen Wahlerfolg zu verstehen, müssen wir uns die sprunghaften, um nicht zu sagen wenig konsistenten Aussagen der ND-Führung unter Andonis Samaras, dem amtierenden Ministerpräsidenten, hinsichtlich der strengen Austeritätspolitik, die von Brüssel vorgegeben wird, vergegenwärtigen. Während die ND mit Verweis auf die deflationäre Politik der PASOK-Regierung im Parlament gegen das erste Memorandum aus dem Jahr 2010 stimmte, änderte sie ihre Position mit der Regierungskrise im November 2011. Damals trat Ministerpräsident Georgos Papandreou zurück, und es wurde eine Übergangsregierung unter Loukas Papadimou gebildet, an der sich auch die ND beteiligte. Die Partei der Unabhängigen Griechen gründete sich, als ND-Abgeordnete ihre Partei verließen und im Februar 2012 gegen das von der Parteiführung befürwortete zweite Brüsseler Memorandum und das neue Kreditabkommen votierten. Die Unabhängigen Griechen behaupten, die sogenannten patriotischen Volksrechte zu vertreten, was zu einem großen Teil auch die aktuelle ND-Führung für sich beansprucht. Die weitere Lebensfähigkeit dieser neokonservativen Partei wird sich allerdings an der Frage ihrer Attraktivität für nichttraditionelle konservative Wählerinnen und Wähler entscheiden.

SYRIZA: neuer (radikaler) Pol?

Als größte politische Überraschung kann sicherlich der spektakuläre Wahlerfolg der Linken gelten. Die Ergebnisse von SYRIZA mit 16,8 Prozent im Mai und 26,9 Prozent im Juni stehen für die größte Trendwende im politischen System. Für die Zeit vor und zwischen den zwei Wahlen stellte SYRIZA eine der zwei mächtigsten Regierungsalternativen in Griechenland dar.

Nach dem Ergebnis der ersten Wahlrunde (6. Mai) wurde schnell klar, dass die zweite Runde die bisher am meisten „europäisierte“, das heißt europaweit verfolgte, nationale Wahl Griechenlands werden würde. Charakteristisch hierfür sind die eiligst erteilten und von europäischen Medien aufgegriffenen Wahlempfehlungen für Samaras und seine ND. Paradoxerweise zeigte die „Europäisierung“ der Wahl vom 17. Juni 2012 auch die Grenzen der Solidarität mit Griechenland auf – ohne an dieser Stelle näher auf die „Politik der Angst“ einzugehen, die eng mit dem Prozess der Europäisierung verbunden war: Denn bei den politischen und ökonomischen Eliten Europas schwang die Sorge vor einem Wahlsieg der linken SYRIZA mit. Am Tag nach den Mai-Wahlen, als die Gespräche für eine Regierungsbildung abgebrochen werden mussten, stellte der SYRIZA-Vorsitzende Alexis Tsipras fest, dass eine neue Wahlrunde zum kritischen Auslöser einer „Europäisierung von unten“ werden könnte. Die Neuwahlen könnten zur Bühne für einen sozialen paneuropäischen Angriff gegen die Sparpolitik werden.

Viele politische Kommentatoren sehen den Erfolg des linken Wahlbündnisses als unmittelbare Folge der Transformationen auf dem Terrain der sozialen Kämpfe und der sozialen Polarisierungen in den vergangenen Jahren. Der auch nach den Wahlen anhaltende Erfolg und die Zustimmung für SYRIZA werden vielfach auf die Radikalisierung der sozialen Bewegungen und vor allem der „Bewegungen der öffentlichen Plätze", die in den vergangenen Jahren der Sparpolitik stark an gesellschaftlicher Akzeptanz gewannen, zurückgeführt. SYRIZA steht förmlich als Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen sozialen und politischen Dynamiken. Mit anderen Worten: Am Beispiel von SYRIZA lässt sich die Frage, inwiefern gesellschaftliche Transformationen im Kontext der gegenwärtigen Schulden- und Staatskrise sich in Transformationen des Politischen übersetzen lassen, am pointiertesten stellen.

Doch ist die Antwort darauf weder einfach noch definitiv. Zum einen lässt sich die relative Autonomie des Politischen schlicht nicht ignorieren: Das Politische ist keine reine Widerspiegelung des Sozialen, das allein durch die Interessenvermittlung durch die politischen Parteien wiedergegeben wird. Zum anderen sind wir geneigt, im Falle Griechenlands, wo in den vergangenen Jahren viele soziale und politische Ereignisse und Umwälzungen stattfanden, vorläufig die Unmöglichkeit der Inklusion des Sozialen ins Politische zu diagnostizieren.[6]

Zum Hintergrund dieser Annahme: Auf einer Wahlveranstaltung von SYRIZA, auf der auch der marxistische Philosoph Slavoj Žižek und Alexis Tsipras sprachen, machte der Diaspora-Intellektuelle Costas Douzinas eine einleitende Bemerkung, in der er die Partei in feierlichem Ton aufforderte, anzuerkennen, dass sie den „Bewegungen der öffentlichen Plätze" verpflichtet sei: „Die Menschen, welche die Quartiere Griechenlands besetzt halten, werden am 17. Juni zu einem Volk werden, dessen Stimme SYRIZA an die Macht bringen wird." Selbst wenn wir diese Bemerkung – und selbstredend die Euphorie, welche sie in der besagten Versammlung auslöste – zumindest im Hinblick auf das von radikal-demokratischer Rhetorik durchdrungene neue Politikverständnis von SYRIZA ernst nehmen, zielt die weise Botschaft beziehungsweise die gut gemeinte Warnung Douzinas auf mehr als nur eine temporäre Transformation des politischen Spektrums und ein kurzfristig mobilisiertes Verhältnis von Volk und Bürgerschaft: Die Hunderttausenden sollten sich am 17. für die Wahl zum Volk zusammentun, nur, um sich dann sofort wieder aufzulösen in ihre vorherige Vielfalt.

Der politische Erfolg von SYRIZA basierte auf genau dieser Tatsache: Dass SYRIZA die Vielfalt weder zu repräsentieren vermochte, noch den Anspruch formulierte, die Vielfalt repräsentieren zu wollen, die mit ihren Kämpfen während der vergangenen Jahre so beharrlich und intensiv in den öffentlichen Raum eingedrungen ist. Wie die meisten anderen organisierten Kräfte der Linken – abgesehen von der national-bolschewistischen kommunistischen Partei KKE, die sich beständig auf ihrem angestammten einsamen Kurs hält und von 8,5 Prozent im Mai auf 4,5 Prozent im Juni fiel – konnten die Kader von SYRIZA gar nicht anders, als einigermaßen diskret in den neuen sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfen aufzutreten. Sie strebten keinerlei Hegemonie über die Bewegungen an.

Auch wenn griechische und internationale, politische und wirtschaftliche Eliten sowie Medien versucht haben, SYRIZA als Vertreter der „gefährlichen politischen Klassen" darzustellen und einen beinahe in Vergessenheit geratenen Antikommunismus schürten – in der Praxis sind die Widerstände und Interventionen von *social non-movements* (Asef Bayat) oft genau gegen die symbolische und normative Ordnung repräsentativer Politik und ihrer pazifizierenden Parteienkultur ausgerichtet.

Was sich in Griechenland gerade ereignet, stellt eine einzigartige gesellschaftliche Radikalisierung dar. Der Aufstieg von SYRIZA schreibt sich unmissverständlich in die Dynamik dieser sozialen Polarisierung und Radikalisierung ein, ohne jedoch diese Tendenzen auf politischer Ebene gänzlich wiederzugeben.

[6] Vgl. Vassilis S. Tsianos/Dimitris Papadopoulos/Niamh Stephenson, This is class war from above and they are winning it, in: Rethinking Marxism. A journal of economics, culture & society, 24 (2012) 3, S. 448–457.

Dies ist nicht zuletzt deshalb der Fall, weil diejenigen, die vielfach auf Straßen und Plätzen demonstrieren, in einem begrenzten, aber sichtbaren Maße auch konservative und nationalistische Interessen vertreten. Die Unterschiede in den Protesten und der Mobilisierungen am Beispiel des „oberen" und des „unteren" Teils auf dem Syntagma-Platz[17] sind emblematisch für diese „Kohabitation".

Aufstieg der Ultra-Rechten

Ein Novum in der griechischen Parteienlandschaft ist die neofaschistische Partei Goldene Morgendämmerung, die bei der Wahl einen relativ hohen Anteil von sieben Prozent der Stimmen erreichte. Es gelang ihr, die bis dato gemäßigte parlamentarische Vertreterin der Neuen Rechten, Orthodoxer Volksalarm, die aus einer Abspaltung der ND hervorging und nach dem Vorbild des französischen Front National die Vertretung des nationalistischen Lagers beansprucht, aus dem Parlament zu drängen. Sie scheiterte sowohl im Mai als auch im Juni 2012 an der Sperrklausel.

Bevor sie auf nationaler Ebene in den Blick geriet, etablierte sich die neofaschistische extreme Rechte zunächst auf lokaler. Dabei setzte sie auf eine Politik, die „wieder Ordnung herstellen" sollte, das heißt, sie wollte „diejenige Arbeit verrichten, die der Staat oder die Eliten" nach den Unruhen im Dezember 2008 nach ihrer Meinung nicht mehr zu leisten im Stande waren. Nach und nach eroberten neofaschistische Schlägertruppen Aghios Panteleimonas, ein Athener Stadtviertel, das als historisches Arbeiterwohnquartier bekannt ist. Das Viertel wurde zum Symbol für die „Rückeroberung und Wiederbesetzung unserer Städte" – um einen Ausdruck zu verwenden, dessen sich der amtierende Ministerpräsident, dem während der Wahlkampagne große Zuneigung aus Europa entgegengebracht wurde, wiederholt bedient.

Ihre Interpretation des Slogans „Den Platz vom Dreck befreien" versuchten die Neofaschisten auch in anderen Bezirken mit alternativen und informellen Sozialdiensten und -strukturen umzusetzen. Dabei knüpften sie gezielt, medienbewusst und zum Teil durch Mitglieder lokaler Polizeieinheiten gedul-

[17] Vgl. hierzu Anm. 5.

det am allgemeinen Gefühl der Unsicherheit in Städten an: Sie begleiteten ältere Leute, wenn sie ihr Geld an Geldautomaten abheben wollten, sie sorgten für „Ordnung" in multikulturellen Kindergärten, sie vertrieben Migrantinnen und Migranten aus von ihnen „besetzten" Gebäuden, und sie attackierten schwarze Personen in der Öffentlichkeit. Das führte manchmal zu „Erfolgen", wie etwa um den Athener Attiki-Platz herum, und manchmal nicht, wie im Bereich des Athener Amerikis-Platzes, wo sie von Anarchistinnen und Anarchisten erfolgreich vertrieben wurden.

Die Methoden der neofaschistischen Gruppen haben eine qualitativ neue Dimension erreicht, was die Bekämpfung des Rassismus in Griechenland erschwert. Bisher tummelten sich rassistische und nationalistische politische Akteure aus dem Umfeld des neurechten Orthodoxen Volksalarms für gewöhnlich auf dem Feld des Ideologischen: Mittels eigener Medien versuchten sie, Angst zu schüren und einen rassistisch gefärbten Nationalstolz zu etablieren, um ihr Klientel am äußersten rechten Rand der ND anzuwerben. Die Goldene Morgendämmerung dagegen verzichtete in Konkurrenz und in Abgrenzung zum Orthodoxen Volksalarm gezielt auf das Primat der Diskursivität. Zur ideologischen Legitimation der Partei wurde ihr *de facto* rassistisches Handeln: Es bestand aus der Verfestigung von Alltagspraktiken im sozialen Raum und in der systematischen Ausbreitung dessen, was Gilles Deleuze und Felix Guattari „Mikrofaschismus" genannt haben.

Tatsächlich wurde die ideologische Legitimation der neofaschistischen Agenda erst möglich durch die Intervention von Regierungsmitgliedern in einen bereits polarisierten öffentlichen Diskurs: Wenige Wochen vor den Wahlen im Mai kündigten der damalige Minister für Gesundheit und Soziales Andreas Loverdos (PASOK) und der damalige Wirtschaftsminister Michalis Chrysochoidis (PASOK) als „Gegenmittel" zur „hygienischen Bombe, die Einwanderer und besonders die migrantischen Sex-Arbeiterinnen darstellen", die Errichtung von 30 Lagern für undokumentierte Migrantinnen und Migranten im ganzen Land an und riefen „Nulltoleranz" aus.

Inzwischen entfaltet die Goldene Morgendämmerung auch eine unübersehbare Präsenz

in Schulen, Fußballfanklubs und Gangs. Offenbar arbeitet man hier auf die Etablierung einer distinguierbaren jugendlichen Subkultur hin, zu deren Bestandteil ein aggressiver Nationalismus und die Praxis rassistischer Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten gehören.

Epilog: Gegenwart, die lange dauert

In seinem nüchternen Essay „Zur Verfassung Europas" verortet Jürgen Habermas die Krise in Griechenland auf dem Terrain der desintegrativen Dynamiken des europäischen Projektes. Erst die katastrophalen Folgen der Finanzmarktspekulationen, so Habermas, öffnete allen die Augen für den Konstruktionsfehler der Währungsunion: „Bei der Einführung des Euro im Jahre 1996 hatten einige noch auf die Fortsetzung des *politischen* Einigungsprozesses gehofft. Andere Befürworter glaubten an das ordoliberale Lehrbuch, das der Wirtschaftsverfassung mehr zutraut als der Demokratie. Sie meinten, dass die Einhaltung simpler Regeln für eine Konsolidierung der Staatshaushalte genügen müsste, um (gemessen an den Lohnstückkosten) eine Angleichung der nationalen Wirtschaftsentwicklungen herbeizuführen. Beide Erwartungen sind dramatisch enttäuscht worden. Die schnelle Aufeinanderfolge von Finanz-, Schulden- und Eurokrise hat die falsche Konstruktion eines riesigen Wirtschafts- und Währungsraums, dem aber die Instrumente für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik fehlen, sichtbar gemacht."[8]

Habermas' Intervention formuliert einen imposanten Imperativ zur Redemokratisierung Europas, indem er das Potenzial einer zu verwirklichenden transnationalen Demokratie aufzeigt und die falsche Alternative eines postdemokratischen Exekutivföderalismus scharfsinnig kritisiert, der sich vielleicht sogar infolge der Eurokrise anbahne. Sein Appell adressiert unmittelbar die Dynamik und die Spannungen des demokratischen Aufstandes in (Süd-) Europa.

Expliziter als Habermas beobachtet Étienne Balibar den radikaldemokratischen Aufstand und sieht in der europäischen Staatskrise eine sukzessive Repräsentationskrise, die mit den Gefahren der Ausbreitung einer „Revolution von oben" konfrontiert wird. Mit diesem von Bismarck entlehnten Begriff wird eine Umwälzung „des Machtgleichgewichts von Gesellschaft und Staat sowie Wirtschaft und Politik bezeichnet, welche der herrschenden Klasse zum ‚präventiven Schutz' dienen soll. Und beschreibt nicht genau dies, was momentan mit der Neutralisierung der parlamentarischen Demokratie, mit der Institutionalisierung der Haushalts- und Fiskalpolitik durch die EU und mit der Sakralisierung der neoliberalen Orthodoxie geschieht?"[9]

Étienne Balibar ist ein aufmerksamer Beobachter der komplexen Transformationen in der griechischen Gesellschaft: „Die große Frage ist, in welche Richtung ‚die Bürgerrevolte' zielen wird. (…) Wird die Revolte versuchen, überall dort, wo das Krisenmanagement per Recht und Gesetz oder de facto Macht konzentriert, Gegenmächte aufzubauen, nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch autonom und, falls nötig, mit Gewalt? Wird sie sich damit begnügen, eine Wiederherstellung des alten sozialen Nationalstaats zu verlangen, der vom Schuldenmanagement zersetzt wird? Jede Wette, der ausschlaggebende Faktor, um diese Ungewissheiten auszuräumen, wird darin zu finden sein, inwiefern sich europaweit die Ungleichheiten und die Folgen der Rezession (insbesondere die Arbeitslosigkeit) ausweiten werden. Aber es wird an der Fähigkeit zur Analyse und Empörung der ‚Intellektuellen' und ‚Aktivisten' liegen, ob den Menschen dazu die symbolischen Mittel gegeben werden – oder nicht."[10]

[8] Jürgen Habermas, Zur Verfassung Europas, Frankfurt/M. 2011, S. 121.

[9] Étienne Balibar, Die Revolution von Oben, 2011, online: www.presseurop.eu/de/content/article/1205461-die-revolution-von-oben (7. 8. 2012).

[10] Ebd.

Karl Brenke

Nötige Modernisierung der griechischen Wirtschaft: eine Herkulesaufgabe

Karl Brenke
Dipl.-Soz., geb. 1952; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung mit den Forschungsschwerpunkten Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsmarktentwicklung und Konjunktur, Mohrenstraße 58, 10117 Berlin.
kbrenke@diw.de

Griechenland hat lange Zeit über seine Verhältnisse gelebt – in dem Sinne, dass mehr Güter verbraucht als produziert wurden. Die Güterverwendung einer Volkswirtschaft setzt sich aus drei Komponenten zusammen: dem privaten Konsum, dem Konsum des Staates (zu dem etwa die Gehälter für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zählen) sowie den Investitionen – seien es Investitionen der privaten Haushalte (Bau eines Eigenheims), der Unternehmen (Fabriken, Maschinen, Bürogebäude) oder des Staates (Straßen, Schulen oder Feuerwehrautos).

In Griechenland überstiegen all diese Ausgaben zusammengenommen das Bruttoinlandsprodukt, also die Wirtschaftsleistung des Landes, deutlich. Wenngleich die Daten des Statistischen Amts der Europäischen Union (Eurostat) im Falle Griechenlands immer noch als „vorläufig" gekennzeichnet sind, so sollten sie doch inzwischen zumindest einigermaßen zuverlässig sein und systematisch nur solche Fehler enthalten, die auch in den Zahlenwerken anderer Länder zu finden sind.[1] Den Daten nach war der Verbrauch in der gesamten vergangenen Dekade immer um mehr als ein Zehntel höher als die Produktion (*Abbildung*). Im Jahr 2008 wurde mit 15 Prozent der Spitzenwert erreicht.[2] Wenn mehr Güter konsumiert oder für Investitionen verwendet als selbst produziert werden, gibt es ein entsprechendes Defizit im Außenhandel.

Dann kamen die Krisen. Zunächst war es die in der zweiten Jahreshälfte 2008 einsetzende weltweite Finanzkrise. Sie hat sich aber fast nur bei der Investitionsneigung bemerkbar gemacht. Der Konsum der privaten Haushalte wurde indes kaum gedämpft, und der Verbrauch des Staates zog sogar noch an. Es folgte die originär griechische Krise. Nach den Parlamentswahlen im Herbst 2009 wurde das tatsächliche Ausmaß der Staatsverschuldung mehr und mehr offen gelegt – vielleicht auch deshalb, weil die neu gewählte Regierung eine Begründung dafür brauchte, dass die großzügigen Wahlversprechen nun doch nicht eingehalten werden konnten.

Anfang 2010 wurde ob des chaotischen Zustands der Staatsfinanzen von der EU und den Kapitalmärkten ein Umlenken erzwungen. Die Staatsausgaben wurden eingeschränkt; deshalb und angesichts einer wachsenden Verunsicherung der Bevölkerung brach der private Konsum ein. Der scharfe Nachfragerückgang ließ die Produktion stark schrumpfen. Und weil die Nachfrage rapide abnahm, wurden auch weniger Güter importiert, weshalb der Fehlbetrag im Wirtschaftsaustausch mit dem Ausland zurückging: Griechenland lebte nun nicht mehr so sehr über seine Verhältnisse wie zuvor. Gleichwohl blieben privater und staatlicher Konsum sowie die Investitionen zusammengenommen immer noch höher als die Wirtschaftsleistung – im vergangenen Jahr waren es noch 8 Prozent. Nachdem die „rauschende Party" vorbei war, folgte der Katzenjammer. Besonders deutlich ist das an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit abzulesen: Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit 2008 verdreifacht; die Erwerbslosenquote hat inzwischen 22 Prozent erreicht, mit steigender Tendenz.

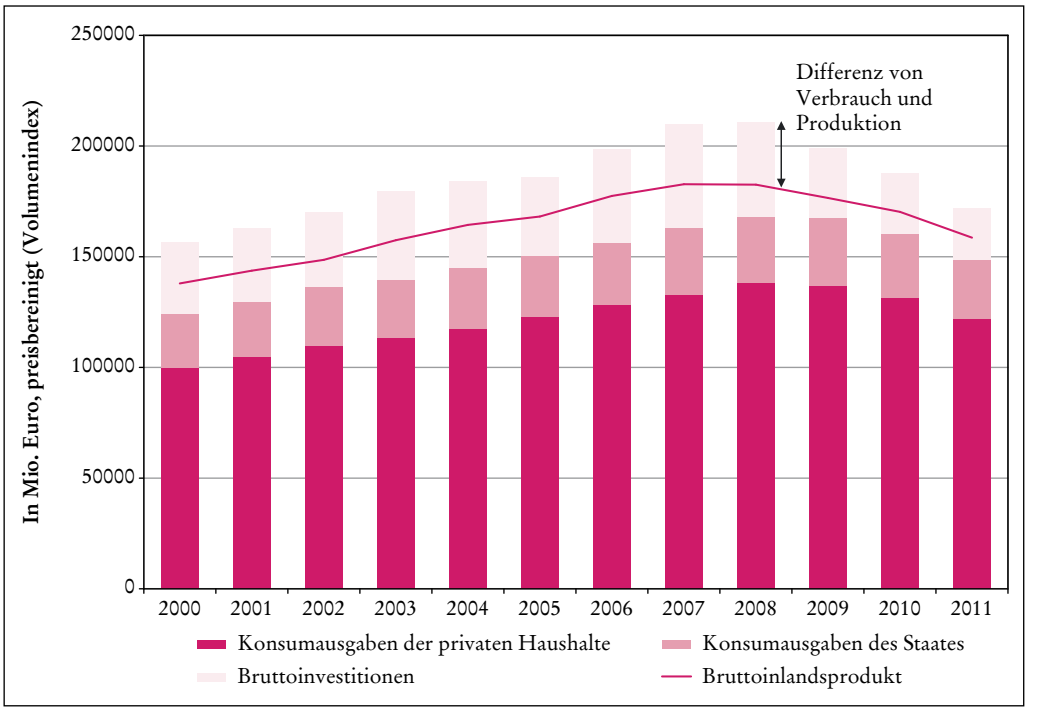
Vorgeschichte

Wie konnte es überhaupt dazu kommen? Wenn dauerhaft große Defizite im Außen-

[1] Ein grundlegendes Problem bei der Ermittlung der Wirtschaftsleistung stellt die Schattenwirtschaft dar. Mit den einschlägigen Erhebungsverfahren wie Unternehmens- oder Haushaltsbefragungen, der Auswertung von Register- und Steuerdaten ist sie kaum zu fassen. Dieses generelle Problem dürfte wohl im Falle Griechenlands unter anderem wegen seiner sehr kleinteiligen Wirtschaftsstruktur besonders stark ausgeprägt sein.

[2] Sofern nicht anders vermerkt, wurden alle in diesem Aufsatz angegebenen statistischen Informationen der Eurostat-Datenbank entnommen.

Abbildung: Güterverwendung und Produktion in Griechenland



Quelle: Eurostat.

handel bestehen, muss das Geld aus dem Ausland kommen: über den Erwerb von Anleihen und anderen Schuldverschreibungen des Staates, über Kredite an die griechischen Banken und an andere Unternehmen sowie durch ausländisches Geld, dass in Bauten oder technische Ausrüstungen investiert wird. Das aus dem Ausland zufließende Geld sickert in den gesamten Wirtschaftskreislauf ein und sorgt somit für eine erhöhte Nachfrage. Durch den angekündigten und im Jahr 2001 erfolgten Beitritt zur Eurozone wurde Griechenland zu einem Land mit harter Währung. Anders als zuvor, als die Drachme gegenüber wichtigen Leitwährungen wie dem US-Dollar oder der D-Mark immer wieder an Wert verlor, wurden nun Kredite und Investitionen für ausländische Geldgeber kalkulierbarer und sicherer. Sie mussten nun nicht mehr Abwertungen der Währung und somit eine Schmälerung ihres eingesetzten Kapitals fürchten. Das Risiko hatten sie sich früher durch hohe Zinsen vergüten lassen; nun war das nicht mehr nötig. Entsprechend näherten sich die Zinssätze in der gesamten Eurozone stark aneinander an, und die Zinssätze früherer Weichwährungsländer wie Griechenland sanken massiv. Es gab also „billiges Geld" – und zwar viel davon, weil die Geldgeber die Mitgliedschaft in der Eurozone auch als einen Garanten für die Zahlungsfähigkeit ihrer Schuldner ansahen.

Wie man mittlerweile feststellen musste, war das eine Illusion. Sie wurde im Falle Griechenlands allerdings dadurch genährt, dass es die Aufsichtsgremien der EU lange Zeit vermieden hatten, einen genaueren Blick auf die wirtschaftliche Lage und den tatsächlichen Zustand des Staatshaushaltes zu werfen. So verschloss man wohl aus politischem Opportunismus die Augen, als schon 2004 bekannt wurde, dass Griechenland seine Lage viel zu rosig dargestellt hatte.[13] Einen weiteren Geldfluss stellten die diversen Fonds der EU dar; seit seinem Beitritt im Jahr 1981 war Griechenland einer der bedeutendsten Nettoempfänger.[14]

[13] Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.), Bericht zu den Statistiken Griechenlands über das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand, Brüssel 2010, S. 13 ff.

[14] Vgl. dies., Haushalt 2010, Finanzbericht, Luxemburg 2011, S. 75.

Wie es aber so ist: Wer denkt schon an morgen, wenn die Quellen fließen – zumal aufgrund des Euro plötzlich mehr und billigeres Geld verfügbar ist? Die Nachfrage wächst, und es geht für jeden sichtbar mit der Wirtschaft bergauf. Nach der Einführung des Euro im Jahr 2001 bis zur Finanzkrise im Jahr 2009 stieg die, vor allem konsumgetriebene Wirtschaftleistung um nominal knapp 60 Prozent, die Löhne stiegen um 80 Prozent. Man konnte sich sogar teure Großveranstaltungen wie die Olympischen Spiele leisten.

Wenn einmal Euphorie um sich greift, gibt es kaum noch ein Halten. Man kennt das von den zahlreichen Scheinblüten, die im Laufe der Wirtschaftsgeschichte entstanden sind. Ein überzogener Optimismus lässt den Glauben an einen stetig anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung aufkommen. Aber irgendwann hat jeder Höhenflug ein Ende, und die Rückkehr auf den Boden der Realität ist dann nicht nur ernüchternd, sondern bereitet auch heftige Schmerzen. Das ist aktuell nicht nur in Griechenland so, sondern auch in den USA, in Irland und in Spanien angesichts der dort geplatzten Blasen auf den Immobilienmärkten. In Griechenland ist die Lage aber besonders schlimm, weil die wirtschaftliche Basis wenig an Substanz vorweisen kann.

Auf die Exportbasis kommt es an …

Einzelne Volkswirtschaften können nicht all die Güter herstellen, die im Land benötigt werden. Man sollte es auch gar nicht erst versuchen, weil man sich dadurch die Vorteile der Arbeitsteilung und des internationalen Handels vergeben würde. Je kleiner die Länder sind, desto mehr sind sie im Allgemeinen auf Arbeitsteilung und Wirtschaftsaustausch angewiesen. Dabei ist darauf zu achten, dass Ausfuhren und Einfuhren sich in etwa ausgleichen. Deutschland erzielt seit Jahrzehnten einen Exportüberschuss, lebt also unter seinen Verhältnissen, weil per saldo Geld abfließt. Auf Griechenland trifft das Gegenteil zu. In Deutschland müsste die Binnennachfrage gestärkt werden, in Griechenland indes die Exportbasis.

Denkbar wäre für Griechenland natürlich auch, bisher importierte Güter selbst herzustellen. Der Importsubstitution sind aber Grenzen gesetzt, wie die langjährigen und letztlich vergeblichen Versuche mancher Länder auf der südlichen Erdkugel, insbesondere in Lateinamerika, gezeigt haben.[5] Als ein übergreifendes Entwicklungskonzept bietet sich Importsubstitution nicht an; lediglich auf Teilmärkten ist ein Ersatz von Importen durch verstärkte heimische Produktion möglich.

Zur Exportbasis eines Landes gehört traditionell die Industrie, in den meisten entwickelten Ländern ist sie deren weitaus wichtigster Teil. In einer Reihe von Staaten sind auch Rohstoffe wichtig. Griechenland hat wie viele andere EU-Staaten in dieser Hinsicht aber kaum etwas anzubieten. Zur Exportbasis zählen auch manche landwirtschaftlichen Produkte, oft aber erst nach industrieller Weiterverarbeitung. Auch einige Dienstleistungsgüter sind international handelbar wie Software, Lizenzen oder Ingenieurleistungen. Hinzu kommt schließlich der Tourismus. Wenn Auswärtige im Land Geld für Übernachtung, Verpflegung, Transport oder Unterhaltung ausgeben, ist das faktisch nichts anderes als wenn beispielsweise Maschinen exportiert werden, denn in beiden Fällen werden Einnahmen im Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland erzielt.

… die in Griechenland sehr schwach ist

Zunächst lässt sich feststellen, dass sich im Jahr 2011 die Exporte Griechenlands bei Waren und Dienstleistungen auf gerade einmal 24 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beliefen. Das ist der geringste Wert aller EU-Staaten; der Durchschnitt beträgt 44 Prozent. Portugal und die Tschechische Republik – die gemessen an der Bevölkerung ähnlich große Staaten sind wie Griechenland – kamen auf 36 beziehungsweise 75 Prozent. Selbst Länder wie Italien oder Frankreich, die wegen ihrer Größe vergleichsweise wenig auf die internationale Arbeitsteilung angewiesen sind, erreichten höhere Werte (29 beziehungsweise 27 Prozent). In Deutschland waren es 50 Prozent.

Anhand der einschlägigen Statistiken lässt sich der Exportsektor nicht genau abgrenzen, sondern nur skizzieren. Zum Teil sind die Da-

[5] Vgl. Lutz Hoffmann, Importsubstitution und wirtschaftliches Wachstum in Entwicklungsländern, Tübingen 1970; Dieter Boris, Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas, Hamburg 2001.

Tabelle: Anteil ausgewählter Wirtschaftszweige an der gesamten Bruttowertschöpfung in Ländern der EU (in Prozent)

	Verarbeitendes Gewerbe (2011)	Gastgewerbe (2010)	EDV, Softwareprogramme (2010)	Ingenieurdienste (2009)	Forschung/ Entwicklung (2010)
Belgien	14,0	1,7	k. A.	1,2	0,3*)
Dänemark	10,9	1,4	2,0	1,8	0,6
Deutschland	22,0	1,6	k. A.	1,4	0,4*)
EU	15,4	3,0	1,8	1,4	0,5
Euroraum	15,9	3,2	1,7	1,3	0,5
Finnland	17,3	1,7	2,2	1,7	0,6
Frankreich	10,1	2,5	2,2	1,5	0,9
Griechenland	**9,9**	**6,8**	**0,4**	**0,9**	**0,2**
Irland	25,8	2,1	1,4	k. A.	0,1
Italien	15,9	4,1	1,6	0,9	0,5
Niederlande	12,7	1,7	2,2	1,5	0,4
Österreich	18,7	4,9	1,4	1,3	0,2
Polen	18,0	1,2	1,1	1,4	0,3
Portugal	13,1	k. A.	k. A.	0,9	0,4*)
Schweden	16,0	1,5	2,7	2,7	0,0
Slowakei	25,9	1,1	1,8	1,2	0,2
Slowenien	20,2	2,2	1,6	2,1	0,6
Spanien	13,4	7,2	1,2	1,3	0,1
Tschechische Republik	24,3	1,9	2,1	1,7	0,3
Ungarn	24,3	1,5	1,8	1,2	0,4

*) 2009; k. A. = keine Angaben.
Quelle: Eurostat.

ten nicht sehr zeitnah, aber doch hinreichend aktuell. Einen Anhaltspunkt bietet der Anteil der grundsätzlich zum Exportsektor gehörenden Wirtschaftszweige an der gesamten Wertschöpfung. Danach spielt das verarbeitende Gewerbe, also die Industrie einschließlich industrieller Kleinbetriebe, innerhalb der griechischen Wirtschaft nur eine vergleichsweise geringe Rolle (*Tabelle*). In fast allen anderen EU-Ländern hat sie eine bedeutendere Position inne. Außerordentlich schwach ist in Griechenland ebenfalls die Bedeutung der gemeinhin als hochwertig bezeichneten Dienste wie die EDV, die private Forschung und Entwicklung oder Ingenieurleistungen. Ein erhebliches Gewicht hat dagegen in Griechenland das Gastgewerbe. Nur in der spanischen Wirtschaft kommt dieser Branche ein noch höherer Stellenwert zu.

Die Beiträge der einzelnen Sektoren zur gesamten Wirtschaftsleistung eines Landes sagen aber nur wenig darüber aus, wie viel davon tatsächlich für den Export bestimmt ist. So wird beispielsweise auch ein Einheimischer in Griechenland eine Gaststätte oder ein Hotel besuchen. Auch ist nicht längst jedes Industrieprodukt für den Export bestimmt. Manche Erzeugnisse sind dafür gar nicht geeignet; beispielsweise werden schwere Baustoffe wegen hoher Kosten nicht über weite Strecken transportiert; auch bei frischem Fleisch, Milch oder Tageszeitungen ist die Produktion oft in der Nähe der Kunden angesiedelt. Als Faustregel kann aber gelten, dass je größer die Wirtschaftsleistung eines Sektors innerhalb einer Volkswirtschaft ist, desto mehr wird davon nicht für den eigenen Bedarf, sondern für Kunden außerhalb des Landes hergestellt. Im Falle Griechenlands verweist also die große Bedeutung des Gastgewerbes auf einen ausgeprägten Tourismus, während die kleine Industrie wohl vor allem Waren für den Binnenmarkt produziert.

Wie schwach die Industrie ist und wie wenig sie zur eigenen Versorgung beiträgt, zeigt ein Blick auf den Außenhandel mit Waren, bei denen es sich im Wesentlichen um industrielle Erzeugnisse handelt. Im Jahr 2011 wur-

den Waren im Wert von 43,7 Milliarden Euro importiert, aber nur Produkte im Wert von 22,8 Milliarden ausgeführt. Die Importe waren also fast doppelt so hoch wie die Exporte. Und bei allen wichtigen Warengruppen waren die Einfuhren deutlich höher als die Ausfuhren. Am geringsten war die Diskrepanz noch bei Nahrungsmitteln sowie bei Grundstoffen; hier übertrafen die Exporte die Importe um jeweils etwas mehr als 40 Prozent. Besonders ausgeprägt war dagegen das Missverhältnis bei technisch eher komplexen Waren wie chemischen Erzeugnissen, wo die Exporte fast dreimal so hoch wie die Importe waren, und bei Maschinen und Fahrzeugen; hier übertrafen die Exporte die Importe um fast das Vierfache.

Die Produktion der Industrie ist recht stark konzentriert. Mit großem Abstand am bedeutendsten ist die Herstellung von Nahrungsmitteln, die nach den zeitnahesten Daten, die für 2010 vorliegen, immerhin ein Drittel der gesamten Wertschöpfung der Industrie ausmacht. Trotzdem hat Griechenland bei Nahrungsmitteln ein beachtliches Außenhandelsdefizit. Ein erhebliches Gewicht hat zudem die Mineralölverarbeitung (ein Zehntel der Industrieproduktion), die aber wohl ebenfalls auf den Nahabsatz ausgerichtet ist (Benzin, Heizöl). Danach folgt die Metallerzeugung und -verarbeitung (neun Prozent). Das hängt mit Fundstätten von Bauxit zusammen, der als Rohstoff für Aluminium dient, das zu Rollen, Profilen oder Endprodukten wie Getränkedosen verarbeitet wird. Dann kommt schon die Produktion von Druckerzeugnissen (sieben Prozent), nicht zuletzt von Zeitungen und Zeitschriften. Eine gewisse Bedeutung hat noch die pharmazeutische Industrie; zu einem erheblichen Teil werden allerdings lediglich Generika und Medikamente in Lizenz hergestellt. Ein Blick auf die Produktionsstruktur zeigt zudem einen Schwerpunkt bei der Herstellung baunaher Erzeugnisse verschiedener Art sowie bei Schiffsreparaturen.

Die Bedeutung des Tourismussektors ist schwer zu bestimmen. Einerseits entfallen nicht alle Leistungen des Gastgewerbes auf Touristen, andererseits spülen die Touristen nicht nur bei Hotels und Gaststätten Geld in die Kasse, sondern auch in verschiedenen anderen Teilen der Wirtschaft. In Deutschland erbringt das Gastgewerbe etwa 40 Prozent der dem Fremdenverkehr zuzurechnenden Leistung.[6] Überträgt man diesen Wert auf Griechenland, dann entfällt auf den Tourismus ein Sechstel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung – und damit mehr als auf das verarbeitende Gewerbe und vor allem viel mehr als auf denjenigen Teil der Industrie, der überhaupt zur Exportbasis gerechnet werden kann. Da die sogenannten höherwertigen Dienstleistungen wie EDV, Softwareproduktion, Forschung und Ingenieurleistungen eher bedeutungslos sind, ist also der Tourismus der entscheidende Sektor, mit dem Griechenland Einkommen im Austausch mit anderen Staaten erzielt. Entsprechend konnte Griechenland im Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland 2011 ein deutliches Plus bei den Dienstleistungen (12,6 Milliarden Euro) erzielen. Das reichte aber längst nicht aus, um das Minus beim Warenhandel auszugleichen.

Der Fremdenverkehr wächst fast überall auf dem Globus kräftig, in Europa aber nur unterdurchschnittlich.[7] Dabei spielt sowohl eine Rolle, dass sich die Präferenzen hinsichtlich der touristischen Ziele verändert haben, als auch die Tatsache, dass im Zuge des Wirtschaftswachstums – etwa in manchen Schwellenländern – weltweit die Zahl der Menschen zunimmt, die sich einen Urlaub fernab ihres Wohnorts leisten können. In Europa gab es nach der Finanzkrise einen Einbruch beim Tourismus, der aber 2010, in manchen Ländern erst 2011, wieder mehr als ausgeglichen werden konnte. Das gilt auch für Griechenland.

Für 2012 ist allerdings damit zu rechnen, dass in Griechenland der Tourismus stark zurückgeht, weil viele potenzielle Urlauber das Land wegen der hier inzwischen zugespitzten Staatsschuldenkrise und damit verbundener möglicher Unruhen und Streiks meiden. Anfang Juni 2012 war von einem Rückgang der Buchungen in der Größenordnung von 30 bis 40 Prozent die Rede.[8] In welchem Maße die Besucherzahlen tatsächlich abnehmen, bleibt abzuwarten. Denn es wird versucht, mit Preissenkungen die Gäste zu locken – die allerdings ebenfalls zulasten der Einnahmen gehen.

[6] Vgl. Ferdinand Pavel, Wirtschaftsfaktor Tourismus, Berlin 2012.
[7] Vgl. UNWTO (ed.), Tourism Barometer. Statistical Annex, Nr. 10, Januar 2012.
[8] Vgl. Michael Kuntz, Tourismus nach Griechenland bricht ein, in: Süddeutsche Zeitung vom 3.6.2012.

Wahrscheinlich dürfte ein deutlicher Rückgang bei den Touristenzahlen aber nur vorübergehender Natur sein. Allerdings wird Griechenland mit stärker werdenden Konkurrenten im Mittelmeerraum konfrontiert, die insbesondere mit niedrigeren Preisen punkten. Dazu zählen Kroatien und Bulgarien, insbesondere aber die Türkei, die ihr touristisches Angebot stark ausgeweitet und verbessert hat. Hinzu kommt, dass Griechenland kaum am boomenden Städtetourismus teilnehmen kann, weil es kaum über attraktive Destinationen verfügt. Wegen der wirtschaftlichen Schwäche werden sich zudem Geschäftsreisen in engen Grenzen halten. Potenzial besteht dagegen beim Gesundheitstourismus sowie bei einer Veränderung des Saisonangebots. In Griechenland entfielen auf die Monate Mai bis Oktober im vergangenen Jahr fast alle Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland (94 Prozent), in Italien waren es lediglich 75 Prozent und in Spanien und Portugal nur etwa zwei Drittel. Durch eine Saisonverlängerung lassen sich die Einnahmen steigern, sie erfordert allerdings auch Investitionen.

Kleinteilige Unternehmensstruktur

Ein herausragendes Merkmal der griechischen Wirtschaft ist der hohe Anteil an Selbstständigen – jeder dritte Erwerbstätige ging 2011 einem eigenen Geschäft nach oder half im Familienverbund. Der allergrößte Teil der Selbstständigen – drei Viertel – beschäftigt keine Arbeitnehmer. Vergleichbares findet sich nirgendwo in Europa. Am nächsten kommt Griechenland noch Italien: Dort ist ein Viertel aller Erwerbstätigen selbstständig (einschließlich mithelfender Familienangehöriger). Im EU-Durchschnitt beläuft sich die Selbstständigenquote auf ein Siebtel.

Ein weit über dem EU-Durchschnitt liegendes Ausmaß an selbstständiger Beschäftigung findet sich in der gesamten privaten Wirtschaft Griechenlands. Die Landwirtschaft ist stark kleinbäuerlich geprägt, hier sind drei Viertel aller Beschäftigten selbstständig, in der EU ist es die Hälfte. In Griechenland kommt im Handel und im Gastgewerbe ein Selbstständiger auf zwei Arbeitnehmer, in der EU sind es fünf Arbeitnehmer. Auch im Verkehrsgewerbe ist in Griechenland jeder dritte Erwerbstätige ein Selbstständiger, in der EU jeder neunte.

Selbst im verarbeitenden Gewerbe sind in Griechenland 22 Prozent der Beschäftigten selbstständig, im Durchschnitt der EU sind es indes nur 7 Prozent. Damit einher geht eine extrem kleinbetriebliche Struktur in diesem Wirtschaftszweig. Fast die Hälfte aller Erwerbstätigen arbeitet in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten; auf Mittel- und Großbetriebe (250 Beschäftigte und mehr) entfällt nicht einmal ein Fünftel aller Industriebeschäftigten. Zum Vergleich: In Deutschland ist es mehr als die Hälfte. Selbst in den ostdeutschen Bundesländern, wo nach dem Mauerfall die industrielle Basis neu aufgebaut werden musste, waren 2011 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 39 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten tätig.

Keine schnelle Genesung in Sicht

Griechenland ist pleite. Am Anfang der diversen Rettungsaktionen sollte dem Land lediglich kurzfristige Hilfe gewährt werden, sodass sich danach der Staat wieder rasch selbst auf dem Kapitalmarkt finanzieren kann. Davon ist nun keine Rede mehr. Ende vergangenen Jahres belief sich die Staatsschuld auf knapp 360 Milliarden Euro, fast 170 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Inzwischen gab es einen Schuldenschnitt, bei dem die privaten Gläubiger von ihren 200 Milliarden an Forderungen auf 107 Milliarden verzichten mussten, die übrigen 93 Milliarden wurden in meist lang laufende Anleihen umgewandelt.

Den größten Teil der griechischen Staatsschulden tragen mittlerweile Institutionen der Eurozone – und somit letztlich deren Mitgliedsländer. Da Griechenland seine Kreditwürdigkeit auf den Märkten völlig verloren hat, hängt es nun faktisch von Transferleistungen – auch in Form von Bürgschaften – der anderen Staaten ab. Und die Verschuldung Griechenlands schreitet weiter voran – zumal die Versuche zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sich dämpfend auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken, dadurch die Steuereinnahmen gedrückt und die Ausgaben etwa für Sozialleistungen erhöht werden.

Einen einfachen und schnellen Ausweg aus diesem Teufelskreis gibt es nicht. Auch wenn es mit Härten verbunden sein wird, muss auf jeden Fall der Staatsapparat grundlegend refor-

miert werden. So bedarf es neben vielem Anderen einer effektiven Finanzverwaltung sowie der Erfassung und der wirksamen Besteuerung der Liegenschaften. Zudem ließe sich mit dem Abbau von Privilegien im privaten Teil der Wirtschaft (etwa im Verkehrsgewerbe oder im Gesundheitssektor) der Wettbewerb und somit die Wirtschaftsleistung ankurbeln.

Innovationsstrategie erforderlich

Aber selbst dann, wenn in dieser Hinsicht große Fortschritte erzielt werden würden, bliebe immer noch das zentrale strukturelle Problem einer unzureichenden Exportbasis. Der Tourismus dürfte zwar noch ausbaufähig sein, aber zur allein tragenden Säule, um in einer arbeitsteiligen Welt die Einkommen zu erzielen, die man braucht, um die nötigen Importe zu bezahlen, wird er sich gewiss nicht entwickeln. Das wäre allenfalls für einzelne Regionen wie Rhodos denkbar; die Tourismuseinnahmen reichen aber nicht für eine ganze Volkswirtschaft. Deshalb bleibt vor allem, über vermehrte Warenlieferungen die Position im Außenhandel zu verbessern – also auf eine Stärkung der Industrie zu setzen. Das ist im Falle Griechenlands aber außerordentlich schwierig und eine Aufgabe, die nur auf lange Frist zu bewältigen ist.

Denn es handelt sich hier im Kern um eine Gesellschaft von Kleingewerbetreibenden und Staatsbediensteten, die in die Welt des globalen Industrie- und Informationszeitalters katapultiert wurde. Überdies ist die Wirtschaft an den Euro gebunden, dessen Außenwert zum Teil von sehr leistungsfähigeren Volkswirtschaften – beispielsweise der deutschen – bestimmt wird. Deshalb muss Griechenland gegenüber den Ländern außerhalb und innerhalb der Eurozone auf eine Leistungsfähigkeit wie die der starken Länder kommen.

Der erforderliche wirtschaftliche Umbau fällt wegen dieser Umstände viel schwerer, als es etwa den früheren Ostblockstaaten fiel. Denn zum einen verfügten diese Länder bereits über eine industrielle Tradition – zu der ein entsprechend qualifiziertes Arbeitskräftepotenzial, industrienahe Ausbildungsstätten in der Berufsbildung und den Hochschulen sowie die Mentalität zählen, sich in großen industriellen Organisationen arbeitsteilig einzugliedern. In Griechenland ist Vergleichbares nicht vorhanden – und bis es entsteht, braucht es erfahrungsgemäß Jahrzehnte.

Zum anderen hatten die osteuropäischen Länder den Vorteil, dass sie neue Produktionen unter dem Schutz einer eigenen Währung und somit eines Wechselkurses aufbauen konnten, der die Produktivität ihrer Wirtschaft widerspiegelte. Will Griechenland seine industrielle Basis erweitern, bleibt nicht der Weg der langsamen Anpassung an das Produktivitätsniveau der maßgeblichen Länder der Eurozone, sondern es muss auf Produktionen setzen, die sofort einen hohen Stand an Wettbewerbsfähigkeit aufweisen.

Viel einfacher wäre es daher für eine Wirtschaft, die aufholen muss, wenn sie nicht in das für sie zu starre Korsett des Euro gezwungen wäre. Auch für den Tourismus wäre ein Abschied vom Euro von Vorteil, weil sich auf diese Weise preisliche Nachteile nachhaltig ausgleichen lassen.

Ein Verlassen der Eurozone würde kurzfristig ohne Zweifel erhebliche Probleme mit sich bringen. Denn die dann eingeführte eigene Währung käme sofort unter einen starken Abwertungsdruck. Dadurch würden vor allem die Preise für Importgüter deutlich steigen, sodass die Teuerung im Lande kräftig zunehmen könnte. Damit ginge ein Rückgang der Realeinkommen einher, der auch nicht durch Lohnsteigerungen oder durch eine Erhöhung der Sozialtransfers kompensiert werden könnte, da solche Anhebungen den Druck auf den Wechselkurs der eigenen Währung – etwa der Drachme – nur verstärken würden.

Doch weil die Löhne im Verhältnis zur Produktivität sinken würden, könnte die griechische Wirtschaft ihre Waren und Dienstleistungen zu niedrigeren Preisen als bisher anbieten. Die Wettbewerbsfähigkeit würde somit wachsen.[19] Zudem käme es in beschränktem Maße zu einem Ersatz von Importen durch eigene Produktion; beispielsweise könnte das erhebliche Außenhandelsdefizit bei Nahrungsmitteln reduziert werden. Überdies hätten Investoren – insbesondere solche aus dem Ausland – eine gewisse Planungssicherheit. Denn auch dann, wenn Griechenland weiter am Euro festhielte, würde immer wieder der Verbleib des Lan-

[19] Vgl. hierzu den Beitrag von Andreas Stergiou in dieser Ausgabe. (Anm. d. Red.)

des in der Eurozone infrage gestellt werden. Ein Ausscheiden wäre letztlich nichts anderes als eine Anpassung an die wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Alternative bestünde in einer permanenten Abhängigkeit des Landes von Transfers aus anderen Staaten, die zu noch größeren Konflikten innerhalb des Landes sowie auf internationaler Ebene führen könnte.

Ein Austritt aus dem Euro müsste freilich flankiert werden – etwa um den Zusammenbruch von produzierenden Unternehmen zu verhindern, die Schwierigkeiten bei der Rückzahlung von auf Basis des Euro laufenden Krediten bekämen.

Keinen Sinn macht es indes, auf den bekannten Pfaden der EU-Förderung fortzuschreiten, denn sie haben sich schon in der Vergangenheit als ineffizient erwiesen. Die diversen Programme sind vor allem ausgleichsorientiert und sollen schrumpfende Wirtschaftszweige wie die Landwirtschaft stützen oder zurückliegende Regionen voranbringen. Das sind aber nicht die zentralen Probleme Griechenlands. Es hilft daher wenig, noch mehr Marktplätze mit einem Marmorbelag zu verschönern oder Straßen zu bauen, die so recht niemand braucht – zumal die Straßeninfrastruktur in Griechenland im Vergleich zu manch anderen Staaten der Eurozone bestens ist.

Statt weiterhin von außen ein hilfloses Helfersyndrom zu pflegen, braucht Griechenland eine Innovationsstrategie. Die kann aber nur aus dem Land selbst kommen, da die Politik und die Gesellschaft dort selbst am bestens herausfinden können, welche Wachstumspotenziale bestehen und wie sie zu erschließen sind. Manche liegen sogar für einen Außenstehenden auf der Hand – wie die Verbesserung des touristischen Angebots, um auch außerhalb der Sommermonate Gäste anzuziehen, oder eine Veredelung der Nahrungsmittelproduktion. Überdies würde ein Austritt aus dem Euro der Industrie zu einer höheren preislichen Wettbewerbsfähigkeit verhelfen und ihr zusätzliche Marktchancen eröffnen. Doch was mögliche Wachstumsfelder anbelangt, hüllt sich die griechische Politik bisher weitgehend in Schweigen.

Loukas Lymperopoulos

Kurze Geschichte Neugriechenlands

Im Jahr 1453 fiel die Hauptstadt des byzantinischen Reiches Konstantinopel an die Osmanen. Damit geriet Griechenland unter eine jahrhundertelange osmanische Herrschaft. Der Befreiungskampf der Griechen begann 1821 auf der Peloponnes.[1] Während des Befreiungskampfes kam es zu einem innergriechischen Konflikt zwischen den Großgrundbesitzern (die an ihren Privilegien festhalten wollten) und denjenigen, die Reformen anstrebten. Er steigerte sich zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, die beinahe zum Scheitern des Befreiungskampfes führten. Erst als eine vereinigte britisch-russisch-französische Flotte die osmanisch-ägyptische Flotte in der Seeschlacht von Navarino schlug (1827), konnte der Befreiungskampf erfolgreich beendet werden. Der griechische Staat wurde 1830 gegründet. Das Gebiet umfasste etwa ein Drittel des heutigen Griechenlands (Südgriechenland und einige Inseln in der Ägäis). Die Bevölkerung betrug knapp eine Million. Nach den Jahren des Krieges war die Lage katastrophal: Die Infrastruktur war zerstört, die Großgrundbesitzer hatten sich den größten Teil des nationalisierten osmanischen Landbesitzes angeeignet, die Bauern lebten in Armut, die finanzielle Abhängigkeit vom Ausland war sehr groß und die politischen Parteien waren hoffnungslos zerstritten.

Loukas Lymperopoulos
M. A., geb. 1952; Studienrat, langjähriger Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg, Roosens Weg 31a, 22605 Hamburg.
erika-arndt@t-online.de

Obwohl die Griechen eine Republik errichten wollten, oktroyierten Großbritannien, Frankreich und Russland dem Land eine Monarchie. Otto von Wittelsbach, der zweite Sohn des bayrischen Königs Ludwig I., ein begeisterter Philhellene, wurde König. 1833 kam der 17-jährige Otto nach Griechenland und regierte es absolutistisch. Zehn Jahre nach seiner Ankunft in Athen kam es zu einer ersten Revolte gegen ihn. Er wurde gezwungen, eine Verfassung zu akzeptieren. Die Situation wurde in den nächsten Jahren zunehmend schwie-

riger: Einerseits nahmen die inneren Konflikte zu, andererseits fiel der König in Großbritannien in Ungnade, als er während des Krimkrieges gegen britische Interessen handelte und Russland unterstützte – in der Hoffnung, territoriale Gewinne für Griechenland zu erzielen. Er wurde 1862 zur Abdankung gezwungen und kehrte nach Bayern zurück.

Der neue König, der 17-jährige Georg I., kam aus dem deutsch-dänischen Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und war ein Wunschkandidat Großbritanniens. Er wurde 1863 der zweite König Griechenlands. Aus diesem Anlass „schenkte" Großbritannien Griechenland die Ionischen Inseln (Korfu und die Inseln südlich davon). Die Glücksburg-Dynastie herrschte mit einigen Unterbrechungen bis 1974. Georg I. war Garant britischer Interessen in Griechenland. Um die Verfassung kümmerte er sich wenig. Minderheitskabinette stellten die Regierung. Eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Skandale des Hofes führten zu Massenprotesten, weshalb Griechenland 1875 zur konstitutionellen Monarchie wurde; die Regierung bildete nun die größere Partei, und der König musste die Verfassung respektieren. Aus den vielen kleinen politischen Gruppen wurden zwei große Parteien gebildet: Die eine vertrat das feudal-konservative Lager, die andere das bürgerlich-liberale.

Die Außenpolitik Griechenlands wurde im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts geprägt von der *Megali Idea*, dem Traum von der Wiedererrichtung von Teilen des byzantinischen Reiches. Doch Griechenland war zu schwach, um diesen Traum allein zu realisieren, und brauchte die Unterstützung der britischen Schutzmacht. 1881 erhielt Griechenland durch die Konvention von Konstantinopel (ein Vertrag zwischen dem Vereinigten Königreich, Deutschland, Österreich-Ungarn, Spanien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Russland und dem Osmanischen Reich) die Region Thessalien (Zentralgriechenland), und ein Teil des Südepirus, der bisher osmanisch war.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts suchte Griechenland verstärkt Anschluss an Europa. Unter dem liberalen Ministerpräsidenten Charilaos Trikoupis machte das Land erste Versuche, eine bescheidene Industrie aufzubauen. Vor allem in den Bergbau von Lavrion in der Nähe von Kap Sounion wurde investiert. Der Kanal von Korinth wurde gebaut, damit verkürzte sich der Seeweg nach Italien erheblich. Die Eisenbahnverbindung zwischen Athen und Piräus wurde in Betrieb genommen. Vor allem bemühte Trikoupis sich, die Verwaltung zu reformieren und den Ausbau der Infrastruktur voranzutreiben. Doch gelang es ihm nicht, gegen die mächtigen Großgrundbesitzer eine Landreform durchzusetzen. Um seine Reformen umzusetzen, musste er Kredite aufnehmen. Um diese zu bedienen, musste er wiederum neue Kredite aufnehmen, was 1893 zum Staatsbankrott und einem anschließenden Machtwechsel führte. Die nun regierenden Konservativen führten 1897 einen erfolglosen Krieg gegen das Osmanische Reich, dessen Folgen für Griechenland katastrophal waren: Zu den bereits vorhandenen Staatsschulden kamen Reparationszahlungen an das Osmanische Reich hinzu. Die Großmächte setzten eine Kommission ein, welche die Finanzen des griechischen Staates kontrollierte. Das wirtschaftliche Elend löste eine Auswanderungswelle aus: 200000 Griechinnen und Griechen (bei einer Gesamtbevölkerung von 2,5 Millionen Einwohnern) wanderten in die USA aus.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fanden auch auf Kreta wiederholt Aufstände gegen die Osmanische Herrschaft statt. Diese Kämpfe führten dazu, dass Kreta Ende der 1890er Jahre autonom wurde. Daneben kam es im osmanisch kontrollierten Makedonien zu Aufständen der Griechen, die allerdings aufgrund der dort herrschenden Rivalität mit den Bulgaren nicht zur Autonomie führten. Immer wieder entzündeten sich zwischen griechischen und bulgarischen Freischärlern erbitterte Partisanenkämpfe.

Erster Weltkrieg

1909 ereignete sich im Athener Vorort Goudi ein Aufstand jüngerer Offiziere gegen die Allmacht des Monarchen.[2] Eleftherios Venizelos, der sich bereits bei den Aufständen

[1] Vgl. Emanuel Turczynski, Sozial- und Kulturgeschichte Griechenlands im 19. Jahrhundert, Möhnesee 2003.

[2] Vgl. Heinz A. Richter, Griechenland im 20. Jahrhundert, Bd. 1, Köln 1989.

auf Kreta einen Namen gemacht hatte, wurde als Ministerpräsident eingesetzt. Er wollte einen modernen europäischen Staat errichten und leitete Reformen ein. Außenpolitisch beabsichtigte er, die Gebiete, die noch unter osmanischer Herrschaft standen, zu befreien und Griechenland anzuschließen. Es kam zu einer Militärallianz zwischen Griechenland, Serbien, Montenegro und Bulgarien gegen das Osmanische Reich. Aus diesem ersten Balkankrieg 1912 ging die Allianz als Siegerin hervor. Auf der Friedenskonferenz von London am 30. Mai 1913 wurden Epirus (Nordwestgriechenland) und viele Inseln in der Ägäis Griechenland zugesprochen. Doch die bulgarischen Expansionspläne wurden mit dem Ausgang des Krieges nicht befriedigt. Es kam zum zweiten Balkankrieg zwischen Bulgarien auf der einen Seite sowie Griechenland und Serbien auf der anderen Seite. Durch den Friedensschluss von Bukarest am 10. August 1913 gewann Griechenland Teile Makedoniens mit Thessaloniki. Damit hatte sich die Fläche Griechenlands verdoppelt und die Bevölkerung stieg von 2,8 auf 5 Millionen.

Im Ersten Weltkrieg kämpfte das Osmanische Reich auf der Seite Deutschlands gegen die Entente. In Griechenland regierte Konstantin I., der mit Sophie, einer Schwester des deutschen Kaisers Wilhelm II., verheiratet war. Konstantin I. war im Gegensatz zu seinen Vorgängern nicht probritisch, sondern prodeutsch. Ministerpräsident Venizelos wollte Griechenland jedoch an der Seite der Entente in den Krieg führen, da er von ihrem Sieg überzeugt war. Es kam zum Konflikt zwischen dem König und dem Ministerpräsidenten, zwischen den Royalisten und den Republikanern, der das Land auch noch Jahrzehnte später in zwei verfeindete Lager spaltete. Venizelos bildete 1916 eine neue Regierung in Saloniki. Großbritannien und Frankreich intervenierten, und Konstantin wurde gezwungen, 1918 ins Exil zu gehen.

Im Friedensvertrag von Sèvres (1920) erhielt Griechenland weitere Gebiete in den nördlichen Regionen: Ostthrakien bis vor die Tore von Konstantinopel und die Inseln Imbros und Tenedos in der Ostägäis. Der Vertrag übertrug Griechenland auch die Verwaltung von Smyrna (heute Izmir) und Umgebung. Das Gebiet blieb aber osmanisches Hoheitsgebiet. Nach fünf Jahren sollten die Einwohner sich per Volksabstimmung für oder gegen den Anschluss an Griechenland entscheiden. Griechische Militäreinheiten landeten mit Billigung der Entente in Smyrna und sollten für Ruhe und Ordnung sorgen. Die griechische Seite sah die Chance gekommen, den Traum von der *Megali Idea* zu verwirklichen, und begann einen Expansionskrieg gegen das Osmanische Reich.

Das osmanische Heer unter der Führung von Mustafa Kemal Atatürk konnte den griechischen Vormarsch auf Ankara stoppen. Unterstützt wurde es von den ehemaligen Verbündeten Griechenlands (Frankreich, Italien), die eigene wirtschaftliche Ziele in Anatolien verfolgten. Nach der Oktoberrevolution 1917 in Russland hatte die Entente zudem Bedenken, dass die Kommunisten eine Expansionspolitik betreiben würden, weswegen sie die heutige Türkei unterstützten. Das griechische Heer wurde vernichtend geschlagen und kehrte 1922 nach Griechenland zurück.

Im Friedensvertrag von Lausanne 1923 verlor Griechenland Ostthrakien und die Inseln Imbros und Tenedos wieder. Außerdem wurde ein Bevölkerungsaustausch vereinbart, der aber rasch zu einer Zwangsvertreibung wurde: 1,5 Millionen Griechen (in erster Linie Christen) verließen die Türkei und gingen nach Griechenland; umgekehrt verließen 500 000 Türken (in erster Linie Muslime) Griechenland und gingen in die Türkei. Griechenland hatte zu dieser Zeit sechs Millionen Einwohner. Über Nacht wuchs die Bevölkerung auf 7,5 Millionen. Vom Bevölkerungsaustausch ausgenommen waren die Griechen in Istanbul und die Türken in Thrakien. (Die 130 000 Griechen Istanbuls bildeten damals das wirtschaftliche Rückgrat der Türkei, weshalb die türkische Regierung nicht auf sie verzichten wollte. Die Türken in Thrakien waren völkerrechtlich betrachtet die „Geiseln" für die Sicherheit der ersteren.) Der Krieg gegen die Türkei (1920–1922) und dessen Folgen gingen in die Geschichte Griechenlands als die „kleinasiatische Katastrophe" ein. Zu den 1,5 Millionen Vertriebenen müssen noch etwa 750 000 Menschen gezählt werden, die bei den Kämpfen zwischen 1912 und 1923 umkamen. Eine fast 3000-jährige Geschichte in Kleinasien war zu Ende.

Nach dem Ersten Weltkrieg begannen auch in Griechenland soziale Unruhen. 1924 wurde die Kommunistische Partei Griechenlands (KPG) gegründet. In der Zeit von 1924

bis 1936 herrschte große politische Instabilität. Die Republik wurde ausgerufen, der neue König, Georg II., ging freiwillig ins Exil nach London, wo er sich mit dem britischen Premierminister Winston Churchill anfreundete. In dieser Zeit gab es elf verschiedene Regierungen, zwei Militärputsche und viele Putschversuche. Die Royalisten und die Republikaner standen sich unversöhnlich gegenüber. Für etwas Stabilität sorgte die Regierung Venizelos von 1928 bis 1932. Es kam sogar zu einer Annäherung an die Türkei.

1933 kam eine royalistische Regierung an die Macht. 1935 sorgte diese durch ein manipuliertes Plebiszit dafür, dass Georg II. wieder nach Griechenland zurückkehren konnte. Im Januar 1936 fanden Wahlen statt, die zu einer Pattsituation zwischen den Royalisten und den Republikanern führten. Das Zünglein an der Waage bildete die kommunistisch kontrollierte Volksfront, mit der beide Seiten verhandelten. Als sich eine Lösung abzeichnete (es deutete sich eine Koalition zwischen der Volksfront und den Liberalen an) führte General Ioannis Metaxas am 4. August 1936 mit Billigung von Georg II. einen Staatsstreich durch. Diesen Verfassungsbruch verzieh das griechische Volk seinem Monarchen nie. In Griechenland herrschte nun ein totalitäres politisches System, charakterisiert durch Zensur, Folter, Verhaftungen, Verbannungen auf einsame Inseln oder Gesinnungserklärungen, die von der Staatsmacht eingefordert wurden. Metaxas war ein Anhänger des Faschismus und ein Bewunderer von totalitären Systemen. Da er und der König „Ko-Diktatoren“ waren, spricht man in Griechenland auch vom *Monarchofaschismus* dieser Zeit. Außenpolitisch betrieb Metaxas einen Balanceakt zwischen Großbritannien und NS-Deutschland: Einerseits bewunderte er den deutschen Faschismus, andererseits wusste er, dass Griechenland im britischen Einflussbereich lag und von der Schutzmacht abhängig war.

Zweiter Weltkrieg

Der italienische Faschist Benito Mussolini betrachtete den südosteuropäischen Raum als sein Einflussgebiet.[3] Im Frühjahr 1939 besetzte er Albanien; zur selben Zeit garantierten Großbritannien und Frankreich die Unabhängigkeit von einigen europäischen Staaten (darunter Griechenland). Da Mussolini wusste, dass Italien auf einen Krieg mit Großbritannien nicht vorbereitet war, blieb Italien bis kurz vor Ende des deutschen Frankreich-Feldzuges 1940 neutral und überfiel Griechenland schließlich am 28. Oktober 1940. Damit begann für Griechenland der Zweite Weltkrieg. Entgegen allen Einschätzungen konnte das griechische Heer den Angriff abwehren und die italienischen Streitkräfte nach Albanien zurückdrängen. Für Hitler, der zu dieser Zeit bereits den Krieg gegen die Sowjetunion plante, entstand eine neue Situation: Die Briten konnten nun von Griechenland aus die Ölfelder in Rumänien bombardieren und den deutschen Vormarsch bedrohen. Daher beschloss er, Griechenland anzugreifen.

Im April 1941 marschierte die Wehrmacht in Griechenland ein. Im Mai erfolgte die Besetzung Kretas durch Fallschirm- und Gebirgsjäger der Wehrmacht. Der griechische König und die Regierung flohen zuerst nach Ägypten und später nach London, wo sich die griechische Exilregierung in den darauffolgenden Jahren aufhielt. Griechenland wurde in drei Besatzungszonen aufgeteilt: Italien besetzte den größten Teil Griechenlands, Bulgarien als Satellitenstaat der Nazionalsozialisten Nordostgriechenland und die Wehrmacht einige wenige strategisch wichtige Gebiete. Der erste Winter (1941/1942) war für die Bevölkerung besonders hart; Schätzungen zufolge sollen bis zu 95 000 Menschen erfroren und verhungert sein.

Innerhalb der griechischen Gesellschaft organisierte sich Widerstand, der ausschließlich republikanisch orientiert war. Im Wesentlichen gab es zwei große Widerstandsgruppen: Die EAM (Nationale Befreiungsfront) war links gerichtet und ein Sammelbecken von Kommunisten, Sozialisten, Liberalen, Republikanern und Gewerkschaftlern. Sie hatte versucht, eine Basisdemokratie einzuführen, und investierte in den Aufbau von Strukturen in den Bereichen Bildung, Kultur und Gerichtsbarkeit. Gleichzeitig versuchte sie, den Widerstand zu monopolisieren, indem sie beispielsweise andere, ebenfalls republikanisch ausgerichtete Widerstandsgruppen wie die EKKA (Nationale und Soziale Befreiung)

[3] Vgl. Hagen Fleischer, Im Kreuzschatten der Mächte, Bd. 1 und 2, Frankfurt/M. 1986; Heinz A. Richter, Griechenland im Zweiten Weltkrieg, Ruhpolding 2011[2].

liquidierte. Der militärische Arm der EAM war die ELAS (Volksbefreiungsarmee).

Die zweite große Widerstandsgruppe war die EDES (Nationale Republikanische Liga), die anfangs zwar auch republikanisch ausgerichtet war, später aber unter britischem Einfluss royalistisch wurde. Gegen den Versuch der EAM, den Widerstand zu monopolisieren, wehrte sich die EDES, indem sie im Winter 1943 einen Nichtangriffspakt mit der Wehrmacht schloss, der bis Frühsommer 1944 eingehalten wurde. Der militärische Zusammenstoß zwischen EDES und ELAS im Winter 1943 war gewissermaßen die erste Runde des bevorstehenden innergriechischen Bürgerkrieges.

Bis etwa September 1943 richteten sich die Angriffe der Partisanen primär gegen die italienische Besatzungsmacht. Nach der italienischen Kapitulation im Sommer 1943 übernahm die Wehrmacht die Kontrolle über die bislang italienisch besetzten Gebiete. Das folgende Jahr war geprägt von Angriffen der ELAS auf die Besatzungsmacht. Repressalien und Gräueltaten der Wehrmacht und der SS gegen die griechische Bevölkerung bestimmten den Alltag. Es gab Tausende Todesopfer. 81 Prozent der griechischen Juden wurden in Vernichtungslagern in Polen ermordet.

Im März 1944 wurden von der EAM in den von ihr kontrollierten Gebieten freie Wahlen organisiert. Daraus ging die PEEA (Nationales Komitee der Nationalen Befreiung) hervor, welche die Interessen des linken Widerstandes vertrat. Da abzusehen war, dass der Zweite Weltkrieg bald zu Ende sein würde, wurden Pläne für die Nachkriegszeit geschmiedet. Großbritannien hatte bereits während der Besatzungszeit britische Offiziere nach Griechenland geschickt – offiziell um den Widerstand zu *koordinieren*, inoffiziell aber, um ihn zu *kontrollieren*. Im Frühjahr 1944 trafen sich alle Vertreter des griechischen politischen Spektrums, auch der Widerstandsbewegungen, im Libanon und beschlossen, nach dem Abzug der Wehrmacht eine Übergangsregierung zu bilden und danach freie Wahlen abzuhalten. Bei den Verhandlungen erwies sich der probritische Politiker Giorgos Papandreou als besonders geschickter Taktiker, weshalb er wenig später Ministerpräsident der Übergangsregierung wurde.

Britische Intervention im Dezember 1944

Churchill hatte die Entwicklung in Griechenland genau verfolgt. Da er Griechenland als wichtiges Glied zur Sicherung des Seewegs nach Indien betrachtete, musste das Land auch nach dem Krieg im britischen Einflussbereich gehalten werden. Dazu war in seinen Augen die Restauration der Monarchie notwendig. Er wusste, dass der Widerstand gegen die Nazionalsozialisten republikanisch orientiert war und sich dagegen wehren würde. Daher bereitete er seit Sommer 1943 eine bewaffnete Intervention vor. Um einer Konfrontation mit Stalin aus dem Weg zu gehen, schloss er im Oktober 1944 das berüchtigte Prozentabkommen ab, das ihm freie Hand in Griechenland gab. Im Gegenzug bekam Stalin entsprechenden Einfluss in den osteuropäischen Ländern.

Im Oktober 1944 zog sich die Wehrmacht aus Griechenland zurück. Die Übergangsregierung kehrte zurück und übernahm die Regierungsarbeit. Bald kam es zu Meinungsverschiedenheiten über die Entwaffnung der Partisanenverbände. Die Linke war zwar kompromissbereit, bestand aber auf einer gleichzeitigen Entwaffnung aller bewaffneten Einheiten. Als einige Minister der Linken den Fehler machten, zurückzutreten, ging die Initiative auf die griechische Rechte über, wodurch sie *de facto* freie Hand hatte. Als am 3. Dezember die Athener Polizei eine unbewaffnete Demonstration blutig auflöste, begann der Bürgerkrieg, der etwa einen Monat dauerte. Das war die zweite Runde des Bürgerkrieges.

Nach wenigen Tagen mischten sich auch britische Soldaten in die Kämpfe ein. Das Ziel war die Zerschlagung der linken Résistance. Im Februar 1945 wurde in dem Athener Vorort Varkiza ein Friedensabkommen zwischen den beiden Lagern unterschrieben. Es sah die Entwaffnung aller, eine Amnestie und freie Wahlen vor. Wäre dieses Abkommen eingehalten worden, wäre Griechenland viel Elend erspart geblieben. Doch die Zeit danach war vom sogenannten weißen Terror geprägt: Das royalistische Lager übernahm die Staatsmacht – die Royalisten waren vor allem bei der Polizei, der Gendarmerie, dem Militär und in der Politik vertreten – und machte Jagd auf Linke, Liberale, Republikaner und ehemalige Widerstandskämpfer. Andersdenkende wurden verfolgt.

Bürgerkrieg 1946–1949

Im März 1946 fanden in Griechenland Wahlen statt. Die Linke boykottierte sie, weil es sich ihrer Meinung nach nicht um freie Wahlen handelte. Das war ein schwerer politischer Fehler, weil die Linke etwa ein Drittel der Parlamentssitze bekommen hätte – und der anschließende Bürgerkrieg vielleicht hätte vermieden werden können. Im September fand eine Volksabstimmung über die Rückkehr des Königs statt, die manipuliert wurde. Georg II. kam nach Athen zurück. Seine Person und Machtbesessenheit hatten die griechische Gesellschaft bereits im Vorfeld seiner Rückkehr stark polarisiert.

Im März 1946 griff eine linke Partisanengruppe eine Polizeistation in Nordgriechenland an; das war der Beginn der dritten Runde des Bürgerkrieges. Sie dauerte bis Ende August 1949. Dieses Mal standen sich die Royalisten und die Kommunisten gegenüber. Anführer der Kommunisten war der Generalsekretär der KPG Nikolaos Zachariadis. Er wurde in Adrianopel (das heutige Edirne in der Türkei) geboren, kam als junger Mann nach Griechenland und wurde später in der Sowjetunion geschult. Als er nach Athen zurückkehrte, wurde er Generalsekretär der KPG, weshalb er während der Diktatur von Metaxas im Gefängnis saß und während der Besatzungszeit im Konzentrationslager in Dachau interniert war. Nach der Befreiung kam er nach Griechenland zurück und übernahm erneut die Führung der KPG.[14] Die KPG stand während des Bürgerkrieges auf verlorenem Posten. Die Partisanen bekamen ihre Waffen vom damaligen Jugoslawien. Es waren ehemalige Waffenbestände der Wehrmacht, die sie auf ihrem Rückzug nach Deutschland zurückgelassen hatte. Hinzu kamen katastrophale Fehler der KPG-Führung: Zachariadis entließ die erfahrenen militärischen Kämpfer aus der Zeit der Résistance und ersetzte sie durch Politkommissare. Wenn er sich auf die Guerillataktik beschränkt hätte, wäre es für die reguläre Armee nicht einfach gewesen, den Sieg zu erringen. Er aber suchte die frontale Auseinandersetzung, obwohl seine Armee der royalistischen Armee gegenüber personell und materiell weit unterlegen war.

[14] Vgl. Heinz A. Richter, Griechenland 1940–1950. Die Zeit der Bürgerkriege, Ruhpolding 2012.

Zwischenzeitlich hatte sich Großbritannien 1947 mangels Finanzmitteln aus Griechenland zurückgezogen. Die USA übernahmen jetzt die Rolle der „Schutzmacht". Mit der Truman-Doktrin (1947) sollten alle Länder unterstützt werden, die vom Kommunismus bedroht waren. Zwar nahmen keine US-Soldaten am Kriegsgeschehen teil, aber die USA schickten Militärberater und Kriegsmaterial nach Athen.

1948 kam es zu einem Zerwürfnis zwischen Josip Broz Tito (damaliger Ministerpräsident Jugoslawiens) und Stalin, was auch die KPG-Führung in Griechenland in ein Dilemma brachte: Einerseits bestand diese aus Anhängern Stalins, andererseits war sie auf die Hilfen von Tito angewiesen. Hinzu kam das Problem mit Makedonien, da die slawophonen Partisanen einen unabhängigen makedonischen Staat gründen wollten. Zachariadis geriet zwischen alle Fronten und versuchte zu lavieren. Im Sommer 1949 schließlich ließ Tito die Grenze nach Griechenland schließen, sodass die Partisanen weder Nachschub noch Rückzugsmöglichkeiten nach Jugoslawien hatten. Im August erfolgte der Generalangriff der griechischen Nationalarmee. Die Partisanen wurden vernichtend geschlagen. Etwa 100 000 Partisanenkämpfer flohen mit ihren Familien nach Albanien und in andere sozialistische Länder.

Der griechische Bürgerkrieg wurde von der internationalen Öffentlichkeit kaum beachtet. Griechenland war nach dem Zweiten Weltkrieg und dem anschließenden Bürgerkrieg am Boden zerstört. Mit dem Marshall-Plan wollten die USA das Land wieder aufbauen. Das meiste Geld verschlangen aber der Krieg und die Versorgung der Flüchtlinge, sodass wenige Mittel übrig blieben, um den Aufbau des Landes voranzutreiben. Hinzu kamen Fehlplanungen der USA bezüglich der notwendigen Maßnahmen und die individuelle Bereicherung mancher griechischer Politiker. Insgesamt erhielt Griechenland damals Hilfsgelder in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar.

Während des Bürgerkrieges wurde ein repressiver Staatsapparat aufgebaut, der das Ziel hatte, jede demokratische Bewegung zu eliminieren. Tausende wurden verhaftet und auf die Verbannungsinseln deportiert. Die Zeit war geprägt von Zensur, Todesurteilen der Militärgerichte gegen Linksgerichtete, Schikanen und Terror.

Steinerne Jahre 1950–1967

In den Jahren nach dem Bürgerkrieg suchte Griechenland außenpolitisch den Anschluss an die westliche Staatengemeinschaft. 1952 wurde das Land NATO-Mitglied. Es wurde der Versuch unternommen, einen Pakt mit Jugoslawien und der Türkei zu schließen, um die Lage im südosteuropäischen Raum zu stabilisieren. Dieser Versuch schlug später aufgrund des Zypern-Konflikts fehl. Die wirtschaftliche Situation war nach wie vor problematisch, und die griechischen Regierungen ersuchten Finanzhilfen zuerst in den USA und später in der Bundesrepublik Deutschland. Innenpolitisch wird die Zeit bis Ende der 1960er Jahre als die „steinerne Zeit" bezeichnet. Dem Anschein nach hatte das Land eine parlamentarische Demokratie, tatsächlich herrschte ein totalitäres System. Militär, Polizei, Gendarmerie, Miliz, Justiz und Geheimdienste arbeiteten eng zusammen und bildeten einen im Untergrund agierenden „Nebenstaat" (*Parakratos*). Diese Strukturen waren der parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle entzogen, hatten keinerlei Rechenschaftspflichten und arbeiteten eng mit den Sicherheitskräften zusammen.

1951 wurde die EDA (Vereinigte Griechische Linke) gegründet, die anfangs von der mittlerweile verbotenen KPG kontrolliert wurde, später aber eine eigenständige Linie verfolgte. Die EDA war zeitweilig die zweitstärkste politische Kraft im Land. Nach dem Tod von Premierminister Papagos (1952–1955) wurde 1955 die ERE (Nationale Radikale Union) unter dem konservativen Politiker Konstantin Karamanlis gegründet. Es war die Zeit des Kalten Krieges, und es galt, die Macht um jeden Preis zu erhalten. Auch vor der Manipulation von Parlamentswahlen wurde nicht zurückgeschreckt (so beispielsweise bei den Wahlen 1961).

Mit Beginn des Bürgerkrieges hatte in Griechenland die Landflucht eingesetzt. Sie verstärkte sich in den 1950er Jahren, was vor allem Athen vor eine große Herausforderung stellte. Es kam zu einem planlosen Bauboom in der Stadt. Die ländliche Bevölkerung hatte kaum Arbeit, und viele lebten in Armut. Als schließlich in Australien und in der Bundesrepublik Deutschland Arbeitskräfte gesucht wurden, verließen Hunderttausende das Land.

1961 wurde in Griechenland von Georgios Papandreou eine neue Partei gegründet, die liberale EK (Zentrumsunion), die binnen Kurzem die EDA als größte Oppositionspartei ablöste. Im Februar 1964 gewann Papandreou die Wahlen und leitete demokratische Reformen ein. Politische Gefangene aus der Zeit des Bürgerkrieges wurden freigelassen. Sein Kontrahent Karamanlis ging freiwillig ins Exil nach Paris. Er hatte sich zuvor mit dem Hof überworfen, der größeren Einfluss auf die Politik Griechenlands einforderte.

Militärdiktatur 1967–1974

Die politische Entwicklung unter Papandreou gefährdete die Interessen des Hofs, des Militärs und des *Parakratos*. Im Juli 1965 wurde Papandreous Regierung gestürzt. Einige Abgeordnete des Koalitionspartners, der Zentrumsunion, überwarfen sich mit Papandreou und verließen die Partei, sodass er keine Mehrheit mehr hatte. Es folgten zwei unruhige Jahre mit Massenprotesten und Demonstrationen gegen den König und das rechte politische Lager. Für Mai 1967 waren Wahlen geplant. Diesen Wahlen kam im April der Putsch der Obristen unter Georgios Papadopoulos zuvor. Die Obristen hatten alle überrascht, da niemand mit einem Putsch rechnete. Viele (linke wie auch rechte) Demokraten wurden unter Arrest gestellt, eingesperrt oder verbannt. Die folgende Militärjunta wies alle Merkmale einer Diktatur auf: Zensur, Bespitzelung, Unterdrückung, willkürliche Verhaftungen, manipulierte Prozesse, Folter oder Verfolgung von Andersdenkenden. Einige Monate später versuchte der König vergeblich mithilfe einiger Offiziere, die Militärjunta zu stürzen. Im Dezember verließ auch er Griechenland und floh ins Ausland. Das war *de facto* das Ende der Monarchie in Griechenland.

Angesichts des zunehmenden Drucks aus dem europäischen Ausland leitete der Chef der Junta, Papadopoulos, einige Jahre später kleine Liberalisierungsmaßnahmen in die Wege. Doch nicht alle Regimeangehörige unterstützten diesen Kurs: Dimitrios Ioannidis, der Chef der Militärpolizei und der heimliche starke Mann der Junta, organisierte einen internen Putsch und stürzte Papadopoulos.

Schon unter Papadopoulos kam es wegen des Festlandsockels und des Luftraumes über der Ägäis zu Spannungen mit der Türkei. Um von den innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken, plante nun die neue Führung der Junta einen Putsch gegen den Präsidenten Zyperns, Erzbischof Makarios III., weil er den Widerstand gegen die Junta unterstützt hatte. Außerdem hoffte Ioannidis doch noch den Anschluss Zyperns an Griechenland durchzusetzen. Im Juli 1974 kam es zum Putsch gegen Makarios.

Diesen Putsch nahm die türkische Regierung wiederum zum Anlass, um auf Zypern zu intervenieren, offiziell um die türkisch-zypriotische Minderheit zu schützen und den Status quo ante wiederherzustellen. Militärische Einheiten landeten im nördlichen Teil Zyperns und besetzten 36 Prozent der Insel. Etwa 200 000 Menschen mussten aus dem nördlichen Teil in den Süden Zyperns fliehen. Umgekehrt verließ die türkisch-zypriotische Bevölkerung den südlichen Teil und ging nach Norden.

Die Invasion der Türkei auf Zypern führte in Griechenland zum Sturz der Junta. Karamanlis kam im Juli 1974 aus Paris nach Athen zurück. Im November fanden Parlamentswahlen statt, bei der auch die KPG zugelassen wurde. Karamanlis gewann die Wahlen mit absoluter Mehrheit. Ein Referendum entschied über die Monarchie: 70 Prozent der Bevölkerung stimmten gegen die Monarchie, die damit auch *de jure* abgeschafft wurde. Karamanlis regierte bis 1981 und betrieb den Anschluss Griechenlands an die EG. Ihn löste Andreas Papandreou mit seiner sozialistischen Partei PASOK ab. Seitdem wechselten sich die Konservativen und die Sozialisten in der Regierung ab.

Mit dem Beitritt zur heutigen EU wurde auch Brüssel zu einem Akteur in der griechischen Politik – umgekehrt hatten und haben die politischen Entwicklungen in Griechenland nun auch direkte Auswirkungen auf die europäischen Nachbarn.

Heinz A. Richter

Politische Kultur in Griechenland

Das Griechische ist fast die einzige europäische Sprache, in der es das Wort Republik nicht einmal als Lehnwort gibt. Im modernen Griechischen bedeutet *Dimokratia* sowohl Demokratie als auch Republik. Bevor in der Antike in Griechenland etwas entstehen konnte, was der römischen *res publica* gleichgekommen wäre, verlor Griechenland seine politische Unabhängigkeit und die Fremdherrschaft begann: zuerst die der Makedonen, dann die der Römer, Byzantiner und schließlich die der Osmanen. Fast 2000 Jahre lang hatten die Griechen keinen eigenen Staat.

Heinz A. Richter
Dr. phil., geb. 1939; 1991 bis 2003 Professor für griechische und zypriotische Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, Plöck 12, 69198 Schriesheim.
hrichter@rumms.uni-mannheim.de

Vom 15. bis zum 19. Jahrhundert waren Griechenland und die übrigen Länder des Balkans Teile des Osmanischen Reiches. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Herrscher war die Vernichtung der bisherigen Oligarchie, also der Aristokratie, da diese die Führung in potenziellen Aufständen hätte übernehmen können. Übrig blieben die ursprünglich gewählten lokalen Dorfbürgermeister, die sogenannten *Muchtare*, welche die osmanische Regierung vor Ort vertraten.[I] Sie hatten eine doppelte Funktion: Einerseits wurden sie zu Führern und Beschützern der örtlichen Bevölkerung, andererseits waren sie Objekte osmanischer Repression, wenn in ihrem Verantwortungsbereich etwas schiefging.

Aus ihrer Funktion als Beschützer gewannen sie in den Augen der Beschützten Prestige und Macht. Als Gegenleistung erwarteten sie Loyalität von ihren Hintersassen. Die Osmanen belohnten treue Dienste, und so wurden diese lokalen Notabeln im Laufe der Zeit wohlhabend – und oft zu Geldverleihern und Wucherern. Dieses äußerst profitable Geschäft – 30 Prozent Zinsen waren üblich – führte zu einer wachsenden Abhängigkeit der örtlichen Bauern. Diese Abhängigkeits-

beziehung existierte im ganzen Osmanischen Reich und wird als Muchtarsystem bezeichnet. Es ist der historische Ursprung des heutigen Klientelsystems.[2]

In Teilen Griechenlands währte die osmanische Herrschaft über 400 Jahre. Während in Westeuropa ein selbstbewusstes Bürgertum entstand, das den Staat als das eigene Staatswesen und die eigene bürgerliche Republik empfand, war der Staat für viele Griechen gleichbedeutend mit Fremdherrschaft, gegen die es sich zu wehren galt. Steuervermeidung und Diebstahl von staatlichem Eigentum waren typische Abwehrreaktionen. Diese Einstellung wurde zu einer Tradition, die bis heute fortwirkt.

Anfänge des Klientelismus

Als 1821 der griechische Unabhängigkeitskrieg begann, waren die klientelistischen Strukturen des Muchtarsystems die einzigen Kristallisationskerne für die politische Organisation des Kampfes. Während der Auseinandersetzung vernetzten sich die *Muchtare* horizontal und bildeten vertikale Strukturen, sodass pyramidenförmige Klientelnetzwerke entstanden. Da sie in der Regel keine militärischen Erfahrungen hatten, griffen sie auf die Anführer der *Klephten* (Räuber aus den Bergregionen) zurück, die sich der osmanischen Kontrolle entzogen. Als die Unabhängigkeit kam, gab es also eine klientelistisch organisierte Führungselite, welche die Klephtentradition aufrechterhielt, indem sie dieses Metier unter anderen Vorzeichen weiterbetrieb.

Der erste neugriechische Staat war zunächst eine Republik, aber diese passte nicht in die nach-napoleonische politische Landschaft der Restauration, weshalb Griechenland ein Monarch oktroyiert wurde. Der Monarch war ein König von Großmächte Gnaden, und das Land wurde zum Klientelstaat der europäischen Mächte. Die Großmächte übten ihren Einfluss auf das Land aus, indem sie ihre Anhänger kontrollierten. Diese waren in „Parteien" organisiert, die aber im Grunde reine klientelistische Netzwerke waren. Es gab zunächst drei „Parteien" – die russische, die englische und die französische. 1862 setzte Großbritannien eine neue Dynastie ein, und von da an waren die griechischen Monarchen britische Vizekönige und Griechenland ein britisches Protektorat.[3]

Als der erste griechische König der Neuzeit, Otto von Wittelsbach (1832–1862), mit einer Handvoll bayerischer Verwaltungsbeamter nach Griechenland kam, zeigte sich rasch, dass er mit diesen das Land nicht regieren konnte. Er musste auf die klientelistischen Netzwerke zurückgreifen und sie in die Verwaltung integrieren. Auf diese Weise gewannen die Patrone Zugang zu staatlichen Geldern. Damit aber änderte sich der Charakter des bis dahin praktizierten Klientelismus. Bis dahin war die traditionelle Beziehung zwischen Patron und Klient von einer gewissen Freiwilligkeit der Unterordnung geprägt gewesen. Nun wurde der Klientelismus zu einem Zwangsmittel, um dem Individuum seinen Platz in der Gesellschaft zuzuweisen. Die Patrone begannen, sich in die Politik einzumischen, und entdeckten rasch, dass der Klientelismus auch zu politischen Zwecken genutzt werden konnte. Um ihre Klientel an sich zu binden, verteilten sie Gefälligkeiten (*Rousfetia*). Dazu verwendeten sie oft gestohlene staatliche Gelder oder vermittelten Posten in der Verwaltung. Als Gegenleistung erwarteten sie, dass die Klientel bei den nächsten Wahlen für sie stimmte.

Als Großbritannien 1862 die alleinige Schutzmacht wurde, änderte sich der Charakter der griechischen „Parteien". Es entstanden „politische" Parteien – eine liberale und eine konservative Partei –, aber an deren klientelistischem Charakter änderte sich wenig. Der Staat wurde zum Ausbeutungsobjekt der jeweiligen Anführer der klientelistischen Pyramide. Postenschacher, Patronage, Korruption und das aus der US-Geschichte bekannte *Spoils System* (das bedeutet, dass der Gewinner einer Wahl das gesamte administrative Personal auswechselt) durchdrangen die staatliche Verwaltung, das Rechtssystem und das Militär.

[1] Vgl. Heinz A. Richter, Athener Klientelismus, in: Lettre International, (2012) 96, S. 25 ff.; ders., Zwischen Tradition und Moderne, in: Peter Reichel (Hrsg.), Politische Kultur in Westeuropa, Frankfurt/M. 1984, S. 147.

[2] Vgl. Keith Legg, Politics in Modern Greece, Stanford 1969, S. 34.

[3] Vgl. Emanuel Turczynski, Sozial- und Kulturgeschichte Griechenlands im 19. Jahrhundert, Möhnesee 2003.

Stimmenkauf bei Parlamentswahlen und Wahlfälschungen waren gängige politische Erscheinungen. Ende des 19. Jahrhunderts charakterisierte ein griechischer Abgeordneter dieses System als „politische Zuhälterei".[4] Von 1862 an war Griechenland ein britischer Klientelstaat und der König ein britischer Statthalter. Von nun an folgten die griechischen Könige und Politiker der Maxime *ti thelei o xenos paragontas* (Was will der ausländische Faktor?). Wenn ein König, wie Konstantin I. (1913–1917 und 1920–1922) im Ersten Weltkrieg, versuchte, sich aus der klientelistischen Abhängigkeit von Großbritannien zu lösen, intervenierte die Schutzmacht, und der König verlor seinen Thron.

Klientelistische Parteien

Die aus diesem System hervorgegangenen politischen Parteien hatten auch im 20. Jahrhundert mit ihren europäischen Gegenstücken wenig gemein, außer dass sie sich Parteien nannten. Parteiprogramme, Parteiorganisationen oder Parteitage waren unbekannt, ebenso wie innerparteiliche Willensbildung von unten nach oben oder durch Diskussion unter den Mitgliedern. Die Partei war die Klientel des Parteiführers und seiner Granden. Bis in die 1990er Jahre entschieden die Parteiführer souverän über den einzuschlagenden Kurs. Danach verschob sich das Hauptgewicht zu den Parteigranden.

Konflikte innerhalb einer Partei wurden nicht durch Diskussion und Kompromisse gelöst, sondern dadurch, dass Dissidenten zusammen mit ihrem klientelistischen Subnetzwerk die Partei verließen und sich einer anderen klientelistischen Pyramide anschlossen. Parteiloyalität hing davon ab, welche *Rousfetia* der Parteiführer seiner Klientel zukommen lassen konnte. Die Wählerinnen und Wähler zogen daraus typische Konsequenzen: Sie stimmten bei Wahlen nicht *für* eine Partei, sondern *gegen* jene Partei, die ihnen in der vergangenen Legislaturperiode den erwarteten Gefallen (*Rousfeti*) nicht getan hatte. Nur Parteien, welche die Regierung stellen und so Zugriff auf öffentliche Mittel erhalten, sind in einem solchen System politisch wirksam. Parteien, die keinen Zugriff haben, sind wenig erfolgreich und bleiben daher klein. Dies gilt sogar für die kommunistische Partei, die kaum über 5 Prozent kommt. Unter diesen kleinen Parteien gibt es auch Programmparteien, die durchaus ihren europäischen Vorbildern ähneln, aber im klientelistischen System chancenlos bleiben.

Die feste Verankerung des Klientelismus in der politischen Kultur des Landes zwang selbst die großen Ideologien des 20. Jahrhunderts zur Anpassung. Auf dem Balkan wurde der Faschismus zu einem Klientelfaschismus. Der griechische Diktator Ioannis Metaxas (1936–1941) verkündete stolz, dass er keine Massenpartei brauchte, weil das ganze Volk Partei gewesen sei. Es gab nur noch eine Klientel mit ihm als Führer. Der Aufbau einer faschistischen Massenpartei wie in Deutschland oder Italien wäre systemfremd gewesen.[5] Nur wenn man den Klientelismus in die Betrachtung der faschistischen Systeme auf dem Balkan einbezieht, erkennt man den wahren Charakter dieser Diktaturen in den 1930er Jahren. Es waren klientelfaschistische Systeme.

Ein weiteres Charakteristikum des Klientelismus ist die faktische Steuerfreiheit der Reichen. Die politische und wirtschaftliche Oligarchie war (und ist) aufs Engste verfilzt, was dazu führte, dass die gesamte Oberschicht steuerfrei blieb – wobei sich die politische Oligarchie selbst bereicherte. Die staatlichen Einnahmen stammten zum größten Teil aus indirekten Steuern und der Lohnsteuer, welche die „kleinen Leute" bezahlten. Zu einer Industrialisierung wie in Westeuropa kam es nicht. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte lagen in der Landwirtschaft, dem Tourismus, dem Handel und der Schifffahrt. Ein chronischer Mangel an Arbeitsplätzen war die Folge und führte zu Auswanderung und Arbeitsmigration.

Um ihre Klientel an sich zu binden, sorgte die jeweils regierende Partei dafür, dass ihre Anhänger Arbeit im öffentlichen Dienst, in den staatlichen Betrieben und den Streitkräften fanden, die dadurch immer wei-

[4] Zit. nach: Hariton Korisis, Die politischen Parteien Griechenlands, Hersbruck 1966, S. 105.

[5] Vgl. Heinz A. Richter, Griechenland zwischen Revolution und Konterrevolution 1936–1946, Frankfurt/M. 1973, S. 198–205.

ter aufgebläht wurden. Heute arbeitet jeder vierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst. In Deutschland sind 0,25 Prozent der Bevölkerung Angehörige der Streitkräfte, in Griechenland viermal so viel. Eine dringend notwendige Entlassungsaktion in größerem Umfang würde aber die Parteien Wählerstimmen kosten und zu massiven sozialen Verwerfungen führen.

Der aufgeblähte Staatsapparat führte zu hohen Ausgaben. Dazu kamen außen- und innenpolitische Extravaganzen, die mehrfach zum staatlichen Bankrott führten, so beispielsweise 1893. Damals war Griechenland pleite und wurde unter europäische Finanzaufsicht gestellt. Aber die griechische Führung wusste, dass ihre Schutzmacht Großbritannien sie aus geostrategischen Gründen vor dem totalen Absturz retten würde (Großbritannien brauchte Griechenland zur Absicherung der *life line* des Empires durchs Mittelmeer). Als 1948/1949 die nächste große Pleite folgte, sprang die neue Schutzmacht, die USA, in die Bresche und rettete das Land. In diesem Fall diente die kommunistische Gefahr als Begründung.

Diese Staatspleiten führten aber nicht dazu, dass die griechische Oligarchie vorsichtiger wirtschaftete. Im Gegenteil: Sie verließ sich darauf, dass die jeweilige Schutzmacht sie nicht fallen lassen würde. So konnte der alte Kurs beibehalten werden. Der EU-Beitritt bildete eine weitere Absicherung in diesem Sinne.[16]

Chancen für eine Überwindung des Klientelismus

Der griechische Klientelismus überstand auch nationale Katastrophen, wie die nach dem verlorenen Krieg gegen die Türkei (1919–1922), als 1,5 Millionen griechische Flüchtlinge nach Griechenland kamen, das damals eine Bevölkerung von etwa sechs Millionen hatte. Es gab im 20. Jahrhundert nur eine echte Chance, den Klientelismus zu überwinden: am Ende des Zweiten Weltkrieges. Metaxas hatte 1936 die klientelistischen Strukturen zerschlagen, und da während der Okkupation das Lebenselixier des Klientelismus, der Zugriff auf die staatlichen Gelder, nicht länger möglich war, wurden auch die alten politischen Strukturen bedeutungslos.

Die Bevölkerung wandte sich von den alten Parteien ab und den aus der linken Résistance hervorgehenden Kräften zu, die in den von den Partisanen kontrollierten Regionen den griechischen Staat neu aufbauten. Diese Kräfte umfassten alle progressiven Elemente der Gesellschaft von den Liberalen bis zu den Kommunisten. Am Horizont zeichnete sich eine Nachkriegsrepublik mit politischen Strukturen ab, die denen der europäischen ähnelten.

Dieser neue Staat hätte auch sein Abhängigkeitsverhältnis zu Großbritannien beendet – unvorstellbar für den damaligen britischen Premierminister Winston Churchill. Für ihn war der einzige Garant eines probritischen Kurses Griechenlands der König. Also musste die Monarchie restauriert werden. Da die überwältigende Mehrheit der Griechen dies nicht wollte und die Résistance strikt dagegen war, befahl Churchill 1943, den König wenn nötig mit Gewalt zurückzubringen. Um eine militärische Intervention moralisch zu rechtfertigen, beschwor er die kommunistische Gefahr. Im Oktober 1944 sicherte er die Intervention durch das berüchtigte Prozentabkommen mit Josef Stalin ab, und im Dezember 1944 erfolgte diese schließlich.

Der nach vierwöchigen Kämpfen abgeschlossene Friedensvertrag von Varkiza war ein Kompromiss. Doch seine Bedingungen wurden von den griechischen Royalisten mit stillschweigender Billigung der Briten in jeder Hinsicht verletzt und die Republikaner wurden gnadenlos unterdrückt. Das Resultat war eine Wiederbelebung des klientelistischen Systems und ein Bürgerkrieg zwischen Royalisten und Republikanern, der bis 1949 dauerte.

Der danach existierende griechische Staat wurde zunächst von der konservativen Klientelpartei von Konstantin Karamanlis, die nun ERE (Nationale Radikale Union) hieß, regiert. Die oppositionelle Klientelpartei unter Georgios Papandreou hieß EK (Zentrumsunion) und war eine Art Fortsetzung der Liberalpartei aus der Vorkriegszeit. Aber auch als Papandreou nach 1963 für wenige

[16] Vgl. hierzu den Beitrag von Andreas Stergiou in dieser Ausgabe. (Anm. d. Red.)

Jahre an die Macht kam, änderte sich am klientelistischen System wenig. Sogar die Militärdiktatur (1967–1974) veränderte daran nur, dass jetzt die Militärs und ihre Klienten (Anhänger der Rechten außerhalb der ERE sowie Kleinbürger) die Nutznießer waren und nicht länger die politische Oligarchie.

Während dieser Diktatur begann unter den in Europa lebenden Exilgriechen eine intensive Diskussion darüber, wie man das klientelistische System überwinden könnte, an der auch Andreas Papandreou teilnahm. Bald bestand Konsens, dass man Parteien europäischen Typs (*evropaikou typou*) ins Leben rufen müsse, also Parteien mit Programmen, Kongressen, internem demokratischen Willensbildungsprozess und Wahl der Führung. Dazu sollte nach dem Ende der Diktatur eine neue sozialdemokratisch ausgerichtete Partei gegründet werden. Man begann, sich zu organisieren. Doch bevor Konkretes entstand, kam es zu einer neuen Entwicklung.

Im Sommer 1974 stürzte die Militärjunta über die von ihr durch einen Putsch gegen Erzbischof Makarios III. ausgelöste Invasion Zyperns durch die Türkei. Karamanlis kehrte nach Griechenland zurück und hauchte seiner ehemaligen ERE-Partei unter dem Namen *Nea Dimokratia* (ND) neues Leben ein. Aber die ND war nichts anderes als die wiederbelebte Klientelpartei der Konservativen. Wenig später erschien Andreas Papandreou in Athen und gründete, ohne sich um die guten Vorsätze der Vergangenheit zu kümmern, die PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung). Nach außen hin gab sich die neue Partei als links, tatsächlich war sie vom ersten Moment an eine von Papandreou straff geführte Klientelpartei. Als oppositionelle Gruppen in der Partei, wie etwa die ehemalige Widerstandsgruppe *Dimokratiki Amyna* (Demokratische Verteidigung), die gegen die Militärjunta gekämpft hatte, dagegen protestierten, ließ Papandreou sie aus der Partei werfen.

Damit war das alte klientelistische Zweiparteiensystem wieder etabliert. Alternative demokratische Kräfte wurden bedeutungslos. Karamanlis regierte das Land bis 1981. Da der größte Teil der Führungselite der ND aus dem wohlhabenden Bürgertum stammte, hatte diese es zumeist nicht nötig, sich selbst zu bereichern. Außerdem waren die Mittel, die zweckentfremdet werden konnten, begrenzt. Dies änderte sich jedoch, als 1981 die PASOK an die Macht kam. Unter den Führungskadern der PASOK waren viele, die aus weniger wohlhabenden Schichten stammten, noch nie Zugriff auf die staatlichen Kassen gehabt hatten und nun einen „Nachholbedarf" verspürten. Außerdem musste die Führung die Partei auf allen Ebenen erst einmal aufbauen und sich eine breite Anhänger- und Wählerschaft sichern. Über *Rousfetia* in großem Umfang versicherte man sich der Loyalität der Anhängerschaft.

Dies wäre auf der Basis der bisherigen Staatseinnahmen kaum möglich gewesen, aber da Griechenland seit 1981 EG-Mitglied war, flossen nun Fördergelder. Der EG-Beitritt ermöglichte es Griechenland auch, Geld zu günstigen Zinsen auf dem internationalen Kapitalmarkt zu leihen.

Auch 1990, als die ND wieder an die Macht kam, änderte sich daran wenig. Mit der erneuten Amtsübernahme der PASOK 1993 erreichten die Veruntreuung von EG-Geldern und die Finanzskandale einen neuen Höhepunkt. 1996 trat Papandreou aus Gesundheitsgründen zurück. Kostas Simitis, ein in Deutschland ausgebildeter Jurist, wurde sein Nachfolger. Unter ihm schaffte es Griechenland mit geschönten Zahlen in den Kreis der Eurostaaten aufgenommen zu werden.

Der Euro entpuppte sich für Griechenland letztlich als ein Fluch: Denn Griechenland kam nun noch einfacher an zinsgünstige Anleihen. Simitis erkannte die Gefahr und versuchte gegenzusteuern. Doch das System erwies sich stärker als er, obwohl er Premierminister und Vorsitzender der PASOK war. Der Klientelismus der PASOK hatte eine weitere Metamorphose durchgemacht. Die PASOK war nicht länger die monolithische klientelistische Pyramide mit dem Patron an der Spitze, sondern bestand nun aus relativ unabhängigen Teilnetzwerken mit Subpatronen an der Spitze. Als Simitis sie zu bremsen versuchte, erlebte er eine Palastrevolution seiner Granden, die ihn aus der Macht drängten.

Aber auch unter der ND ab 2004 ging es so weiter. Die führenden Persönlichkeiten

der Partei waren nicht länger wohlhabende Konservative, sondern eine jüngere Generation, die von der Gier nach schnellem Geld getrieben wurde. Während ihrer Herrschaft nahm die Schuldenmacherei größere Ausmaße an. Im Unterschied zur Amtszeit der PASOK sickerte aber kaum Geld nach unten durch.

Die staatliche Schuldenmacherei verleitete auch die griechischen Banken dazu, Schulden zu machen, und diese wiederum animierten die Bürgerinnen und Bürger, auf Kredit zu konsumieren. Etwa zwei Jahrzehnte lang gab es so in Griechenland einen noch nie da gewesenen Wohlstand der breiten Bevölkerung. Aber es wurde nicht investiert. Die geliehenen Gelder flossen in den Konsum oder „verschwanden" auf der politischen Ebene. Viele Griechinnen und Griechen sind davon überzeugt, dass etwa die Hälfte der Gelder des angehäuften Schuldenberges noch existiert – außerhalb Griechenlands. Das Ende dieser Entwicklung ist bekannt: Griechenland ging *de facto* pleite.

Die gegenwärtige Krise

Seit 2010 befindet sich Griechenland in der größten Krise seiner jüngeren Geschichte. Als der damalige Premierminister Papandreou sich unter den Rettungsschirm der EU begab, stellte diese harte Forderungen: Die griechische Regierung sollte sparen und die Steuern erhöhen. Dies waren Rezepte, die in den übrigen europäischen Staaten einigermaßen funktionierten, aber nicht in Griechenland. Sparen bedeutete, dass unter anderem der aufgeblähte Staatsapparat drastisch reduziert werden musste. Damit hätte Papandreou seine eigenen Anhänger und Wählerinnen und Wähler desavouiert. Sparen bedeutete auch, dass die Gehälter und Renten gekürzt werden mussten und erheblich weniger *Rousfetia* verteilt werden konnten.

Der Großteil der Maßnahmen traf eher die „kleinen Leute", denen nun der Absturz in die Armut drohte. Die einzige spürbare und nennenswerte Entlastung – eine Besteuerung der Reichen – wurde nicht in Erwägung gezogen, da diese entweder bereits ihr Geld ins Ausland transferiert hatten oder damit drohten. Außerdem war die Wirtschaftsoligarchie mit der politischen Oligarchie so verfilzt, dass Papandreou in diesem Fall mit einer Palastrevolution rechnen musste.

Papandreous Versuch im Herbst 2011, seinen Spielraum durch die Abhaltung eines Plebiszits zu vergrößern, war im klientelistischen System eine richtige Maßnahme, denn er hätte dadurch die Legitimation durch das Volk gewonnen, um auch härtere Maßnahmen gegen den Willen seiner Granden durchzusetzen. In Europa aber wurde dieser Schritt missverstanden und torpediert. Dies führte letztlich zu Papandreous Rücktritt.

Die darauffolgende Regierung aus PASOK und ND wurde von den europäischen Partnern als eine „große Koalition" interpretiert – was irreführend ist. Denn in Westeuropa sind parteiübergreifende große Koalitionen geeignet, schwierige Situationen zu überwinden. In einem klientelistischen System wird eher das Gegenteil erreicht: Die beiden Klientelparteien vereinigen ihre Kräfte bei der Abwehr von Forderungen, die ihre Basis schwächen können.

Wie gering die Bereitschaft zu tief greifenden Veränderungen ist, zeigt sich auch an der Koalitionsregierung seit Juni 2012 unter Antonis Samaras (ND). In populistischer Manier versprach Samaras im Wahlkampf Dinge, von denen er wusste, dass er sie nur schwerlich wird einhalten können – zumal er sich selbst gegenüber der Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) durch seine Unterschrift gebunden hatte.

Die Koalition ist im Grunde eine Neuauflage des Bündnisses der beiden alten Klientelparteien (PASOK und ND) mit einem Juniorpartner, der Unabhängigen Linken (*Anexartiti Aristera*). Ob Letztere in dieser Koalition einen positiven Einfluss in Richtung Überwindung des Klientelismus haben werden, ist offen. Fraglich ist auch, ob die seit Juni 2012 amtierende Regierung die volle Legislaturperiode bis 2016 durchhalten wird, zumal sie von zwei Seiten unter Druck gerät: innenpolitisch durch die populistischen Kampagnen von Alexis Tsipras und des Parteienbündnisses SYRIZA und außenpolitisch durch die Forderungen aus Brüssel (und Berlin).

Systemwandel nötig

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Schuldenerlass und Finanzspritzen nur die Symptome der griechischen Krise bekämpfen, aber nicht die Ursache: Solange das Klientelsystem weiterhin besteht, stabilisieren die Finanzhilfen in erster Linie das alte System, statt es aufzubrechen. Eine echte Veränderung dagegen kann nur durch einen Systemwandel erreicht werden.

Der einzige Weg, den Klientelismus zu überwinden, ist, die finanziellen Quellen für die *Rousfetia* auszutrocknen. Dies kann nur durch eine strenge Kontrolle der staatlichen Finanzen durch ausländische Experten erreicht werden, welche die Methoden des Klientelismus genau kennen. Dies wird natürlich nicht ohne (freiwillige) Einschränkung der staatlichen Souveränität über die Bühne gehen, wogegen sich die Oligarchie natürlich heftig wehrt, indem sie an den griechischen Nationalstolz appelliert. Flankierend müssten „die Reichen" (die Millionäre und Milliardäre) Griechenlands dazu gebracht werden, ihre Steuern zu bezahlen.

Es ist die Rede von einem neuen Marshall-Plan für Griechenland, was irreführend ist: Der Marshall-Plan baute Vorhandenes, aber durch den Krieg Zerstörtes wieder auf; aber in Griechenland gibt es keine Industrie, die wiederaufgebaut werden könnte. Daher stellt sich die weitere Aufgabe, für das Land geeignete Industrien aufzubauen, die langfristig Arbeit bieten. Nur durch die Schaffung einer großen Zahl von permanenten Arbeitsplätzen wird es möglich sein, die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf ein vernünftiges Maß (in Analogie zu anderen EU-Staaten) zu reduzieren, ohne dass es zu sozialen Verwerfungen kommt. Dadurch wird ein weiterer Aspekt des Klientelismus beseitigt. Ähnliches gilt für die Streitkräfte und die staatlichen Betriebe. Sollten dagegen keine systemüberwindenden grundlegenden Reformen durchgeführt werden, droht Griechenland sich zum *failed state* zu entwickeln.

Danae Coulmas

Von der Ungleichzeitigkeit der Kultur oder: das „schwierige Geschäft, Grieche zu sein"

Danae Coulmas
Geb. 1934; Publizistin, Schriftstellerin und Übersetzerin.
dcoulmas@gmx.net

Kultur ist paradox. Dem Geist der jeweiligen Epoche entspringend, aber vom Zeitgeist unabhängig, durchzieht sie unsere Geschichte. Das bedeutet nicht, dass sie nicht aktuell, auf konkrete Ziele hin orientiert und engagiert, ja militant sein kann. Es bedeutet, dass Kultur auch losgelöst vom Zeitgeschehen wie ein Strom in eigenen Rhythmen fließt. In souveräner Ungleichzeitigkeit. Auch in „dürftigen" Zeiten, wie Friedrich Hölderlin es nannte, oder – wie wir heute zu sagen pflegen – in Zeiten der „Krise".

„Wozu Dichter in dürftiger Zeit!" – Hölderlins Werk ist die Antwort auf seinen eigenen, am Zeitgeist verzweifelnden Sinn. Auf ihn, den Deutschen, bezieht sich der griechische Dichter Odysseas Elytis in seiner Dankesrede bei der Verleihung des Nobelpreises für Literatur im Jahr 1979: „Wie soll ich mich hier nicht auf Friedrich Hölderlin beziehen (…). Es ist eben das Übel, das uns auch heute bedrängt, das ihn aufrufen ließ: Wozu Dichter in dürftiger Zeit! Die Zeiten sind, leider Gottes, seit eh und je für den Menschen dürftig gewesen. Aber auch seit eh und je hat die Dichtung ihre Funktion erfüllt."[1] Die Dichtung hat ihre eigene Zeit. Sie ist „kämpferische Unschuld" und insofern ein Widerstand gegen den Lauf der Dinge in der Welt. Elytis avisierte hiermit einen allgemeingültigen und übergreifenden Anspruch der Kultur, was keineswegs ein rein griechisches Phänomen ist. Auch wenn sie als aufklärerisches Element zu Homer zurückführt: Max Horkheimer und Theodor W. Adorno lokalisieren die Dialektik zwischen Mythos und Aufklärung bereits in der „Odyssee".

In Griechenland indessen scheint es so zu sein, als hätten es Geschichte und Geschichtsschreibung einerseits und die Kultur andererseits bewusst und besonders häufig gemieden, auf dem selben Weg zu gehen.[2] Dies wird im Bereich der Literatur deutlich: Sie ist Erinnerung, Bewältigung, Korrektur, Prophetie[3] und trägt zur Erhaltung des humanen und zuweilen nationalen Bewusstseins bei – eine Ungleichzeitigkeit der Kultur, die man in diesem Rahmen nur anhand einiger Beispiele aus der Literatur und den „dürftigen" Zeiten streifen kann.

Ein Beispiel betrifft die Kultur in ihrem gesellschaftlichen Sinne in weit zurückliegender Vergangenheit. Sie tritt in geminderter Form zugleich als Garant eigener Identität in einer außerordentlich langen Geschichtsperiode des Landes in Erscheinung: während der osmanischen Herrschaft (1453–1821). Als die Renaissance in Europa, sich an der griechischen Antike orientierend, die Fundamente der Neuzeit setzte, befand sich Griechenland für 400 Jahre unter einer weitestgehend fremden Herrschaft. Kultur reduzierte sich auf ein Minimum, das heißt auf zwei elementare Bereiche: den christlichen Glauben und die kommunale Selbstverwaltung durch gewählte Vertreter. Beides waren Zeichen der, wenn auch punktuellen Toleranz der Besatzer – gewährt in der Hoffnung auf eine geregelte Steuereinziehung durch die Untergebenen selbst.

Die griechische Sprache lebte als genuine Identität weiter und fand ihren höchsten Ausdruck in anonymen, zum Teil revolutionären Volksliedern (die Besonderheit griechischer Volkslieder beeindruckte unter anderem Johann Wolfgang von Goethe, der sich auch als ihr Übersetzer versuchte). In diesen anonymen Liedern werden einige Formen und inhaltliche Elemente der Antike tradiert; in ihnen floss der Strom unabhängig von der „Zeit" weiter, auch wenn mitunter die Gegebenheiten der Zeit besungen oder beklagt wurden.

Näher an unserer Zeit und Erinnerung liegt die „Kleinasiatische Katastrophe" in den 1920er Jahren. Getrieben von der *Megali Idea* (Große Idee), der Vorstellung einer weiteren Befreiung von Gebieten der heutigen Türkei, die einen hohen griechischen Bevölkerungsanteil hatten[4] – und zunächst mit der politischen und militärischen Unterstützung der Entente Cordiale – unternahmen die Griechen einen Feldzug ans kleinasiatische Ufer und entfachten einen Krieg, der mit einer gewaltigen Vertreibung und einem Bevölkerungsaustausch endete, der für beide Seiten einer ethnischen Säuberung gleichkam.[5] Verloren ging damals neben der Heimat auch ein unwiederbringliches Gut: eine örtliche Lebenskultur, die Griechen und Türken nachweislich verbunden hatte.

Über diese Zeit ist in den folgenden Jahren in Griechenland viel geschrieben worden. Doch das erste Buch, das frei von beiderseitigen aggressiven Vorurteilen war, erschien erst im Jahr 1962: „Blutgetränkte Erde" von Dido Sotiriou.[6] So lange hatte es gebraucht, um Wahrheit und Schmerz auseinanderhalten und auch sich selbst anklagen zu können – es war ein politischer, versöhnlicher Akt von besonderem Belang.

Ähnlich verhält es sich mit der „Bewältigung" der geschichtlichen Ereignisse in den 1940er Jahren. Wobei die Literatur und die Volkslieder während der deutschen Besatzung (1941–1944) – naturgemäß als Widerstand im Untergrund – mit der Geschichte

[1] Rede am 8.12.1979, online: www.nobelprize.org/nobel_prizes/literature/laureates/1979/elytis-lecture.html (17.7.2012). Das Hölderlin-Zitat stammt aus „Brot und Wein".

[2] Vgl. Marilisa Mitsou, Literarisches Gedächtnis und Geschichtsschreibung in Griechenland: eine Parallele?, Beitrag zur Tagung „Erinnerungskultur und Geschichtspolitik der Okkupation Griechenlands 1941–1944", München vom 19.–21.7.2012.

[3] So werden angesichts der aktuellen Krise in Griechenland die Romane von Alexandros Kotzias „Erfundenes Abenteuer" (1985) und Maro Douka „In der Tiefe des Bildes" (1990) vermehrt genannt und wieder aufgelegt.

[4] Vgl. zur Zeitgeschichte den Beitrag von Loukas Lymperopoulos in dieser Ausgabe. (Anm. d. Red.)

[5] Etwa 1,2 Millionen Griechen mussten ihre Heimat in der heutigen Türkei verlassen, und etwa 380000 Türken mussten aus ihren griechischen Heimatorten in die Türkei übersiedeln. Vgl. Richard Clogg, Geschichte Griechenlands im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 1997, S. 130.

[6] Dido Sotiriou, Blutgetränkte Erde (Matoména chómata), Athen 1962. Der deutsche Titel lautet „Grüß mir die Erde, die uns beide geboren hat" (Dido Sotiriu), der türkische „Benden Selam (Ein Gruss von mir)" (Dido Sotiroglu).

Schritt hielten und sich auch nach der Befreiung als thematische Einheit fortsetzten.

Eine solche „Bewältigung" in Bezug auf die griechischen Bürgerkriege (1943–1944 und 1946–1949) findet hingegen erst ein Lebensalter später statt. Noch in den 1950er Jahren wurde sie von der restaurativen Politik der Regierenden regelrecht verhindert, indem „Linke" – eine gängige Pauschalisierung von Andersdenkenden – verfolgt wurden. Ein Meilenstein hinsichtlich der direkten wie auch indirekten Aufarbeitung der eigenen Geschichte samt autobiografischer Traumata ist das schmale Werk von Thanassis Valtinos „Der Marsch der Neun" (erstmals 1963 mit dem Originaltitel „Der Abstieg der Neun" erschienen). Frei von jeglichen Ideologemen zeigt er die Tragödie des eigenen Volkes.[17]

In der Gegenwart – in der Zeit der sogenannten Krise – scheint sich in Griechenland diese Art der Ungleichzeitigkeit von Kultur in umgekehrter Richtung zu bewähren: Dichter aus längst vergangenen Zeiten werden in Presse und Medien, in Parlamentssitzungen und politischen Pressekonferenzen zitiert. Erstaunliches taucht auf wie etwa das Gedicht „In einer großen griechischen Kolonie, 200 v. Chr.", geschrieben im Jahr 1928 – ein Jahr vor der weltweiten Wirtschaftskrise – von dem international bedeutendsten griechischen Dichter aus Alexandria, Konstantinos Kavafis (1863–1933).[18] Darin ist die Rede vom schlechten Zustand der „Kolonie", von „Reformatoren", die nach allem „fragen und ermitteln", sich „radikale Änderungen in den Kopf" setzen, „einen Hang zu Opfern" haben und, nachdem sie „alles bestimmt und es beschnitten haben", fortziehen, der Dinge harrend – man wird sehen „was noch übrig bleibt nach/solchem Meisterstück der Chirurgie". Welch Parallele! Des Dichters Ironie weist im Voraus auf das Ergebnis der heutigen gutgemeinten Operationen und Meisterstücke der Chirurgie. Sie stürzten das Land in eine zunehmend tiefere Rezession – und Depression.

[17] Thanassis Valtinos, Der Marsch der Neun, Berlin 1978. Vgl. auch ausführlicher: Danae Coulmas (Hrsg.), Griechische Erzählungen des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 2001², S. 172–185.

[18] Vgl. Konstantinos Kavafis, Brichst du auf gen Ithaka …, Köln 2009⁵.

Kultur als Widerstand

Griechenland befindet sich gegenwärtig in einer besonders schwierigen Lage. Armut und Arbeitslosigkeit steigen, die Abhängigkeit von ausländischen Krediten, die ohne korrigierende Maßnahmen zum wirtschaftlichen Aufbau gewährt werden, führt zu einem weitverbreiteten Unbehagen. Die verschuldete Klientelgesellschaft steht zweifellos vor einem Umbruch, der sich aber nicht so schnell vollziehen kann, wie es nötig wäre.

Währenddessen wächst das Aufbegehren gegen das „politische System" und die immer noch steuerflüchtigen ökonomischen „Oligarchen" innerhalb und außerhalb des Landes. Überhaupt: Schuldzuweisungen betreffen nicht nur die mysteriösen „Märkte" und die namentlichen Bewertungsagenturen, sondern auch sie selbst: Denker der Nation und Intellektuelle jeglicher politischer Couleur sprechen von *nationaler Dekadenz*, vom *Niedergang*, von *einer humanen Katastrophe*, in die man durch die globale hedonistische Konsumgier getrieben worden sei, und immer wieder vom *Verfall der Werte*.

In der Krise fällt das Moralisieren leicht – auch das ist kein ausschließlich griechisches Phänomen. Der Pessimismus treibt seit jeher in schweren Zeiten und mit den immer gleichen Begriffen seine bösen Blüten. Dabei kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass dieser Diskurs noch in seinen Anfängen steckt: Denn die Situation bleibt trotz glänzender und kontroverser Analysen unfassbar. Für die Wissenschaft von Interesse, für die Bevölkerung existenziell.

Griechenland und Deutschland

Zu den bösen Blüten der „Krise" gehören die getrübten Beziehungen zwischen Griechenland und Deutschland in breiten Schichten der Bevölkerung beider Länder. Die Animosität der Griechinnen und Griechen gegenüber ihrem – wichtigsten – Kreditgeber ist nicht allein auf dessen Politik zurückzuführen, auch wenn das Brüsseler *Mnimonio* (Memorandum) von einem großen Teil des politischen Spektrums infrage gestellt wird, wie die Ergebnisse der Parlamentswahlen im Mai und Juni 2012 deutlich zeigten. Sie liegt vielmehr in der Art und Weise begründet, wie

diese Politik zum Ausdruck gebracht wird, und vor allem im Verhalten der Medien – insbesondere der deutschen.

Man muss hier darauf hinweisen, dass die deutsch-griechischen Beziehungen im Laufe der Zeit schon immer ungewöhnliche Höhepunkte und unerfreuliche, ja, fatale Tiefpunkte aufwiesen. Deutschland ist das Land, in dem sich in früheren Jahrhunderten der europäische Philhellenismus am stärksten entfaltete und das nach der Gründung des neugriechischen Staates den ersten „König der Griechen" stellte: Otto von Wittelsbach.[9] Trotz positiver Leistungen misslang sein Regieren aufgrund des Aufeinanderprallens zivilisatorischer und kultureller Gegensätze und wird auch heute noch *Wawarokratia* (Bayernherrschaft) genannt.

Das Pendel schlug auch im 20. Jahrhundert oft um. Zunächst in Richtung einer ernsthaften bilateralen Annäherung im Zeitraum zwischen den zwei Weltkriegen, von der die Griechen erheblich profitierten, unter anderem durch das Studium an deutschen Universitäten. Darauf folgten der Überfall der Nationalsozialisten auf Griechenland und die Besatzungszeit (1941–1944), die den radikalen Bruch jeglicher Beziehungen bedeuteten. Einige Jahrzehnte später gewährte die Bundesrepublik Deutschland den griechischen Demokraten ihre Unterstützung gegen das Militärregime (1967–1974): durch tägliche, in Griechenland gehörte, gegen die Junta gerichtete Sendungen der „Deutschen Welle" und durch konkrete Maßnahmen seitens der höchsten politischen Instanz und mit bleibender Wirkung – wie die Befreiung von Giorgos A. Mangakis[10] auf Druck der deutschen Regierung. Die Haltung der Bundesrepublik half, die vom Krieg herrührenden Ressentiments abzubauen. Es brach eine Zeit des Vertrauens an.

Heute hingegen bestimmen gegenseitige Animositäten die öffentliche Meinung in beiden Ländern. Griechischerseits macht sich Kritik – oftmals zusammenhanglos – an der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands fest, besonders in Karikaturen und im Kabarett. In Deutschland bedient man sich hierfür seltsamerweise der griechischen Antike: Die Akropolis wird in unsäglichen Erzeugnissen, schlimmer als ein Lord Elgin es je vermocht hat, bildlich zerstört, den Griechen wird der Verkauf des Parthenon angeraten.

Aber zur selben Zeit besinnen sich deutsche Autorinnen und Autoren auf Hellas als Inspirationsquelle und begriffliches Reservoir. So Günter Grass in seinem Gedicht über „Europas Schande"[11] – dem einige sein antikisierendes Engagement zum Vorwurf machten – und auch andere, die mit Nachdruck das antike Erbe Europas in den Vordergrund stellen[12] und sich gegenüber der – alten wie auch modernen – griechischen Kultur persönlich verpflichtet fühlen, wie Durs Grünbein es zum Ausdruck brachte.[13]

Rezeption Griechenlands und griechisches Bewusstsein

Die griechische Antike hat im abendländischen Raum eine grundlegende Bedeutung, die sich am deutlichsten in Deutschland manifestiert. Zunächst in der besonderen Tradition des *Zu-den-Quellen-Gehens*, womit wir nicht nur Martin Luther assoziieren, sondern die Beschäftigung der Deutschen vornehmlich mit Hellas. Dadurch wurden sie im Rahmen des deutschen Idealismus im 19. Jahrhundert führend und vorbildhaft für Europa.[14] „Direkt zu den Quellen!" hieß nicht mit Vergil nach Rom, sondern mit Homer zu den Anfängen. Der Philhellenismus wurde später, zur Zeit des griechischen Befreiungskampfes im 19. Jahrhundert, zu einer regelrechten Bewegung, welche die breiten Massen erfasste und sich auch in anderen Ländern ausbreitete bis hin nach Russland und Amerika – man eil-

[9] Otto Friedrich Ludwig von Wittelsbach (1815–1867), Sohn von Ludwig I. von Bayern; seine Regierungszeit begann 1832 und endete 1862 mit seiner erzwungenen Abdankung. Vgl. hierzu den Beitrag von Heinz A. Richter in dieser Ausgabe. (Anm. d. Red.)

[10] Giorgos A. Mangakis (1922–2011) war Professor für Strafrecht und wurde 1970 von der Militärjunta zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. 1972 wurde er nach Heidelberg berufen und anschließend mit einer Maschine der Bundeswehr nach Deutschland gebracht.

[11] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 25.5.2012.

[12] So Kai Hensel in einem Gespräch mit der Wochenzeitung „To Vima" vom 10.6.2012.

[13] Vgl. Durs Grünbein in einem Interview, in: ebd. vom 24.6.2012.

[14] Hermann August Korff, Geist der Goethezeit, Leipzig 1923. Vgl. auch: Esther Sünderhauf, Griechensehnsucht und Kulturkritik: Die deutsche Rezeption von Winckelmanns Antikenideal 1840–1945, Berlin 2004.

te an Ort und Stelle den bedrängten Griechen zu Hilfe, in der ersten Reihe die Deutschen.

Nicht so in der Zeit davor. Die Idealisierung von Hellas als „edle Einfalt und stille Größe", wie Johann Joachim Winckelmanns Satz über die griechische Kunst folgenreich lautete, erklärt vielleicht die ängstliche Ferne, die „Abstinenz" vom realen Griechenland: Während all die „Reisenden" nach Griechenland fuhren, blieben sie – Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller, Hölderlin und viele andere – dem Land ihrer Sehnsucht fern. Das tat nichts zur Sache, ebenso wenig wie die Tatsache, dass die „Gräkomanie" zum tyrannischen Einfluss wurde:[15] Hellas blieb auch im 20. Jahrhundert ein Orientierungs- und Identifikationspunkt. Eine Position, die bei den Nationalsozialisten einen tragikomischen Zug erhielt: Sich im Rahmen ihrer rassistischen Arier-Ideologie als Nachkommen der alten Griechen propagierend, überboten sie sich zu Beginn der Besatzung gegenüber dem leidenden Volk an verbaler Freundlichkeit und Fraternisierungsgesten, bis sich Griechinnen und Griechen im bewaffneten Widerstand organisierten und die Deutschen mit Massakern an Zivilisten des „arischen" Volkes anfingen. Auch im Nachkriegsdeutschland blieb Hellas in der deutschsprachigen Literatur präsent, aus vielfältigen, teilweise auch politischen Motiven bei so bedeutenden Autorinnen und Autoren wie Christa Wolf und Heino Müller.

Die Griechen selbst erfahren ihr Verhältnis zur eigenen Antike naturgemäß als eine gegebene Zugehörigkeit, die sich aber im Laufe ihrer bewegten Geschichte mitunter als ambivalent erweist. Das Pendel schlägt auch hier große Bögen: mal als Legitimation eines in den 1920er Jahren aufkommenden, elitären Hellenozentrismus und einer mystischen Vision von Welterneuerung; mal als ein tief verankertes Gefühl von schwerer Bürde, so empfunden von einem der bedeutendsten Dichter der sogenannten Generation der 1930er Jahre und Nobelpreisträger für Literatur 1963, Giorgos Seferis: „Wer die schweren Steine trägt versinkt:/die Steine da ich hielt sie solang ich's ertrug (…) Verwundet von meiner eigenen Erde/versengt von meinem eigenen Gewand."[16]

Und wieder schlug das Pendel um, als die Militärjunta – eine reine Usurpation der Macht, ohne Massenbasis, ohne Ideologie – den Ahnenkult bis zur Perversion missbrauchte: Hellas musste, neben Byzanz, zu Zwecken der Propaganda herhalten, definitorisch verdichtet in der Selbstdarstellung als „Christlich-Griechische Zivilisation" (*ellinochristianikos politismos*). In einer Reihe antidiktatorischer Texte, gehalten in der Signalsprache der Geknebelten, lehnten einige der Autorinnen und Autoren einen derartigen Identitätsfaktor ab: „Ich pfeife auf dich und deine Gesetze (…) hatte Antigone dem aufgeblasenen Kreon ins Gesicht gerufen. (…) Wunderschön dein goldnes Zeitalter, Perikles! Ein wahrer Albtraum, wo die Menschen lieber sterben als in der goldenen Aura deiner Ära zu leben!"[17]

Das „schwierige Geschäft, ein Grieche zu sein"[18]

Bedeutete das einen tieferen Eingriff in das eigene Bewusstsein? Man hatte auch ohnedies schon früher ein „Griechenland ohne Säulen" in den Vordergrund zu stellen versucht, um sich von dem Bild zu emanzipieren, das die anderen von den Griechen hatten und das seit Winkelmann den Blick für die geschichtliche Realität und die Gegenwart trübte. In Wirklichkeit geht es um mehr: um verschiedene Facetten einer schwierigen Selbstfindung. Denn wer kannte schon jene Verletzung von Seferis: „Wohin ich auch reise, Griechenland verletzt mich"? Wer kannte jenes ekstatische Bild Griechenlands, das Elytis als „blendendes Licht" beschrieb? Wer kannte vor allem jene Wahrnehmung des Griechentums als *Romiosini* bei Jannis Ritsos?

Romiosini, so nennt Ritsos[19] das Volk, dessen Würde er in Gesten eines bescheidenen, humanen Alltags entdeckt und verehrt, wie in seinem Kampf gegen die Unterdrückung. Wegen seines militanten Engagements über Jahrzehnte verfolgt, gefangen und deportiert, setzt Ritsos das Volk vor diesen biografischen

[15] Vgl. Eliza Marian Butler, Deutsche im Banne Griechenlands, Berlin 1948.
[16] Giorgos Seferis, Gymnopädie, II Mykene, in: ders., Poesie: griechisch–deutsch, Frankfurt/M. 1987², S. 67.
[17] Iro Lambrou, Die Exekution des Mythos … fand am frühen Morgen statt, in: Danae Coulmas (Hrsg.), Die Exekution des Mythos … fand am frühen Morgen statt, Frankfurt/M. 1973, S. 124 f.
[18] Christian Enzensberger in seinem Nachwort zu G. Seferis (Anm. 16), S. 93.
[19] Jannis Ritsos (1909–1990) war 1977 Träger des Lenin-Friedenspreises.

Hintergrund: „Beweine sie nicht, die Romiosini, auch wenn sie in die Knie gezwungen wird."[20] Sie richte sich ja wieder auf. Seine Rede sitzt tief im Bewusstsein der Griechinnen und Griechen.

Wie stellt man es an, Grieche zu sein? Die Dichter sprachen es auf ihre Weise aus. Bei Konstantinos Kavafis heißt es in mündlicher Überlieferung: „Ich bin nicht Grieche, ich bin griechisch." Eine Beteuerung, die uns zu einem griechischen Kulturpatriotismus führt, jenseits von geografischen Grenzen.[21]

Das vielfältige Bild Griechenlands im 20. Jahrhundert könnte man vervollständigen mit Zeichen, die von international namhaften Griechen gesetzt wurden, wie Landschaften im Nebel in Filmen von Theo Angelopoulos, marxistische und heraklitische Philosopheme von Kostas Axelos, imaginär Institutionelles von Kornelios Kastoriadis, mathematisch strukturierte, elektronische Kompositionen von Iannis Xenakis. Nicht zu vergessen das Werk von Nikos Kasantzakis und sein Geschöpf Alexis Sorbas, der vor allem durch die filmische Interpretation zu einem missverstandenen Romanhelden wurde und der in Wirklichkeit nicht nur, wenn alles in Trümmern liegt, Sirtaki am Strand tanzt (mit den Schritten von Anthony Quinn), sondern einen Prototyp menschlicher Herzensgröße und Weisheit darstellt.

Das 20. Jahrhundert brachte über das Land, das immer in die Geschicke Europas miteinbezogen war, mehrere Kriege und Diktaturen, Vertreibung, Besatzung und Bürgerkrieg, war aber ein für die Kultur großes Jahrhundert. Es war voller Höhepunkte, die nicht nur in der Schöpferkraft von einzelnen Personen begründet waren, sondern auch aus einer eigenartigen Verschmelzung entstanden: Die griechische Kultur erreichte in den 1960er und 1970er Jahren eine Ebene, in der es keine Trennung mehr gab zwischen der sogenannten höheren und der anderen, der populären Kultur. Der Demos war plötzlich Teilhaber und Rezipient einer Einheit. Manos Hatzidakis und Mikis Theodorakis vertonten in der Tradition des Rebetiko, des Volksliedes der Städte, auch Verse von Dichtern, die Weltgeltung errungen hatten: Seferis, Elytis, Ritsos. Hohe Lyrik und populäre Musik vereinten sich in Liedern, die bis heute von allen gesungen werden wie hierzulande Schlager – ein einzigartiges Phänomen in Europa.

Man hat es eine „massenübergreifende Eigenartigkeit des griechischen Geistes" genannt und ist davon überzeugt, dass jeder Hirte in Arkadien „genau versteht, was diese Dichtung sagen möchte"[22] – von Theokrit und Vergil bis Poussin, Goethe und Schiller. Nicht irgendein Hirte, wohlgemerkt, sondern „Die Hirten von Arkadien", wie die europäische Tradition es verlangt. „Et in Arcadia ego" – Auch ich war in Arkadien: Lange ist es her, dass Goethe dies und auch das andere schrieb: „Das Land der Griechen mit der Seele suchend." Man hat es nicht nur mit der Seele gesucht, sondern auch mit dem Spaten. Und man wurde fündig und nahm mit.

Griechenland und Europa

Die Griechen sind noch in ihrer großen Mehrheit überzeugte Europäer. Giorgos Mangakis, ein prominenter Gefangener der Militärjunta, schrieb in seinem 1972 aus dem Gefängnis herausgeschmuggelten „Brief an die Europäer",[23] dass die „Würde des Menschen unbezwingbar" ist. Sie sei wie „eine hochempfindliche Stahlfeder im Inneren des Individuums". Diese Stahlfeder war damals der Geist Europas, der ihn und sein Land in schwierigen Zeiten stützte. Der europäische Geist, die gemeinsame Kultur als Widerstand an sich. Damals war dies möglich. Heute schwindet der Glaube an ihre Wirksamkeit – zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg. Und umso größer ist die Angst, dass dies langfristig eine größere Gefahr für Europa bedeuten könnte als eine Wirtschaftskrise, denn sie könnte auch die mächtigsten EU-Mitglieder erreichen und dadurch ein vereintes Europa in illusorische Ferne rücken.

[20] Jannis Ritsos, Achtzehn kleine Lieder der bitteren Heimat (Dekaochtó lianotrágouda tis pikrís patrídas), Athen 1973.
[21] Vgl. Marguerite Yourcenar, Présentation critique de Constantin Cavafy 1863–1933 suivie d'une traduction des Poèms, Paris 1958.
[22] Fatíma Jelówa, Leiterin der Abteilung für Neugriechische und Byzantinische Studien der Universität von Petersburg.
[23] Giorgos Alenxandros Mangakis, Freiheit, meine Geliebte, Baden-Baden 2001, S. 34.

Indessen fragt man sich weiter, wie man „Grieche“ sein kann. Die Antwort ist nicht verwegen. Sie liegt im Aufblühen der Kultur in der „Krise“. Sie setzt heute ihre Zeichen: Übergreifend und von hoher Qualität entfaltet sie sich überall in Griechenland, im Dorf, in den Städten, im verwahrlosten, verletzten Athen und verweist auf die Zukunft. Neben den „gekürzten“ Möglichkeiten kulturellen Ausdrucks im offiziellen Gewand brodelt freiwillig und „ohne Geld“ in allen Sparten der Kunst ein Leben voller Lust, das ein begeistertes Publikum mitreißt, ein Publikum, um das es hauptsächlich geht: Kultur entsteht jetzt weitgehend in der Gesellschaft und für sie, vielfältig und spontan, politisch oder nicht, in alten Foren, den öffentlichen und privaten, und in den neuen, den elektronischen mit ihren unbegrenzten Möglichkeiten.

Und die Dichter? Noch unbekannt, werden sie bald die „kämpferische Unschuld“ namentlich weitertragen. In Griechenland. Weiter nach Europa. Vielleicht in die Welt. So war es immer gewesen. „Wie soll ich mich nicht auf Hölderlin beziehen?“, wie Elytis einst sagte. Noch früher, im Jahr 1959 im geteilten Deutschland, schrieb der deutsche Dichter Peter Rühmkorf im Stil und Geist Hölderlins, um auf seine Art seinen Zeitgenossen zuzurufen, was heute gehört werden sollte, in Griechenland, aber auch in Europa: „Dass ein künftig Geschlecht euch anständig spreche./Größe von eurer Größe zu nennen weiß/und Nein von Eurem Nein.“[24] Das immerwährende Nein der europäischen Kultur.

[24] Peter Rühmkorf, Hymne, in: ders., Irdisches Vergnügen in g., Reinbek 1959, S. 51.

Andreas Stergiou

Anatomie eines Niedergangs? Griechenland und die Europäische Union

Nimmt man in Griechenland das seit Beginn der gegenwärtigen Krise vorherrschende politische Vokabular unter die Lupe, stellt man rasch fest, dass zwei Begriffe häufig benutzt werden: „Okkupatoren“ und „internationale Zinswucherer“. Damit sind die Staaten der Eurozone und der Internationale Währungsfonds (IWF) gemeint, welche die schlimmste Misere der Nachkriegszeit verursacht haben sollen. Das in Griechenland gängige Erklärungsmuster besagt, dass sich die Gläubiger das Ziel gesetzt haben, das Land mithilfe der sogenannten Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und IWF) seines staatlichen Eigentums und seiner vermeintlich ungeheuren Bodenschätze zu berauben.

Andreas Stergiou
Dr. phil., geb. 1974; Dozent an der Fakultät für Politikwissenschaft der Universität Kreta, Gallos University Campus, 74100 Rethymnon, Kreta/Griechenland.
snandreas@hotmail.com

Beliebt ist auch die These, die von vielen Ökonomen und Politikern in Europa mitgetragen wird, dass die Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands eine der Ursachen der Schuldenkrise Europas seien.[1] Die massiven Exporte der Deutschen hätten zu den Außenhandelsdefiziten der europäischen Staaten und indirekt auch zu ihrer Staatsverschuldung geführt. Durch im Vergleich zu anderen EU-Staaten unfair niedrige Löhne hätten die Deutschen ihre Nachbarn unter Druck gesetzt und ihnen die Chance genommen, selbst in die Bundesrepublik Deutschland zu exportieren, da die Niedriglöhne die Binnennachfrage in Deutschland reduzierten. Die Architektur der Eurozone und der EU seien lediglich auf die Bedürfnisse und die Zielsetzungen Deutschlands[2] sowie anderer exportstarker EU-Staaten zugeschnitten.

Nicht zuletzt seien die Europäer am Elend Griechenlands schuld, weil sie aufgrund des Dublin-II-Abkommens, Griechenland ganz allein und ausschließlich die Aufgabe aufbürdeten, das Problem der illegalen Einwanderung in die EU anzugehen.

Die Zunahme der europakritischen Tendenzen in Griechenland mag auf den ersten Blick ein Produkt der Krise selbst und der von der Troika nicht durchdachten oktroyierten Sparmaßnahmen sein, welche die nun bereits fünf Jahre andauernde Rezession vertieften und hauptsächlich die sozial Schwächeren trafen. Tatsächlich ist der gegenwärtige Antieuropäismus Höhepunkt einer Entwicklung, deren Anfänge in die frühen 1980er Jahre zurückreichen.

Unvollendete Europäisierung

Griechenlands Antrag auf volle Mitgliedschaft in die damalige Europäische Gemeinschaft (EG) im Jahr 1975 stieß anfänglich auf Ablehnung. Die EG-Kommission riet im Januar 1976 von einer schnellen Aufnahme ab: Griechenlands Wirtschaft sei landwirtschaftlich geprägt, nicht konkurrenzfähig und leide an Inflation, Arbeitslosigkeit und einem Handelsdefizit. Doch nach langwierigen Verhandlungen wurde Griechenland am 1. Januar 1981 primär aus politischen Gründen – so sollte dadurch die damals noch junge und wacklige griechische Demokratie stabilisiert werden – das zehnte EG-Mitglied.[3] Wie die anderen südosteuropäischen Staaten musste auch Griechenland in den 1980er Jahren eine dreifache Transformation bewerkstelligen: *politisch* eine Demokratisierung, *ökonomisch* die Einführung der Marktwirtschaft und *gesellschaftlich* die Hinwendung zum Pluralismus und adäquater sozialer Sicherung. Jedoch war die Transformation der griechischen Gesellschaft nur begrenzt erfolgreich.[4]

Unmittelbar nach dem EG-Beitritt Griechenlands im Oktober 1981 kamen die Sozialisten unter Andreas Papandreou an die Macht. Mit dem Slogan „Griechenland den Griechen“ und „EG und NATO das gleiche Syndikat“ hatten sich die Sozialisten in den Jahren zuvor all jenen Wählerinnen und Wählern geöffnet, die sich „von ausländischen Mächten“ gegängelt fühlten und sich vom sozialen und politischen Geschehen ausgeschlossen sahen. Forderungen nach dem sofortigen Austritt Griechenlands aus der NATO und aus der EG hatten Papandreou geholfen, sich den Wertvorstellungen und der traditionellen Verschlossenheit des Kleinbürgertums anzunähern und den bürgerlichen Parteien gleichzeitig nichtkommunistische Wählerklientel abspenstig zu machen. Doch diese und viele andere Wahlversprechen, durch die der Sozialismus in Griechenland verwirklicht werden sollte, löste er nie ein.

Nicht die Politik Griechenlands, sondern die ursprünglichen Vorstellungen Papandreous veränderten sich: Er erkannte schnell, dass die Überweisungen von der EG ihm dazu verhelfen konnten, seinen Klientelapparat aufzubauen. Die PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung) wurde zu einer Klientelpartei wie schon zuvor die Nea Dimokratia (Neue Demokratie).[5] Ferner ermöglichte die Mitgliedschaft Griechenlands in der EG die Aufnahme von billigen Krediten, mit denen er seine sozialen Wohltaten wie die Anhebung von Löhnen und die Verteilung diverser Subventionen und Zuschüsse finanzieren konnte. Bei seinem Amtsantritt 1981 betrug Griechenlands Staatsverschuldung knapp 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; nach seiner Amtszeit 1990 hatte sie 80 Prozent erreicht.

Papandreous Politik hatte schwerwiegende Folgen. Nach der PASOK-Rhetorik war die europäische Integration kein den historischen Gesetzmäßigkeiten entsprungenes Postulat. Man war Europäer, solange dies mit den wirtschaftlichen Interessen Griechenlands zu vereinen war. Das Denkmuster bestand darin, dass die Europäische Union eine Einnahmequelle für den nationalen Haushalt sei und primär der Finanzierung von Klien-

[1] So auch der britische Premierminister David Cameron in seiner Rede in Davos im Januar 2012.
[2] Die Tatsache, dass der Leiter der EU-Task-Force für Griechenland ein Deutscher ist, wird oftmals als „Beweis“ dieser These angeführt.
[3] Vgl. Vyron Theodoropoulos, Verhandlungen auf der Zielgeraden, in: Foteini Tomai (Hrsg.), Griechenlands Beitrag zum Prozess der Europäischen Integration, Athen 2006 (griechisch), S. 43 f.
[4] Vgl. Heinz-Jürgen Axt, Vom Populismus zur Europäisierung, in: Südosteuropa Mitteilungen, (2008) 2, S. 40.

[5] Vgl. hierzu den Beitrag von Heinz A. Richter in dieser Ausgabe. (Anm. d. Red.)

telbedürfnissen der jeweiligen Regierungsparteien diente. Die griechische EG-Politik zielte also einzig und allein darauf, die Position Griechenlands in den europäischen Institutionen zu stärken, um die eigenen Interessen durchzusetzen.

Die zweite schwerwiegende Folge des EG-Beitritts war das wirtschaftspolitische Muster, dem auch die Nachfolgeregierungen folgten. Die sogenannte reale Ökonomie wurde durch den Ausbau der Staatsfirmen und die Ankurbelung des privaten Konsums auf Touren gebracht. Die Reallöhne wurden ungeachtet der Produktivität erhöht und zum größten Teil durch neue Schulden finanziert. Dabei wurden nach der bewährten klientelpolitischen Logik der öffentliche Dienst mit neuen Beamten und die Staatsfirmen mit neuen Angestellten und Arbeitern aufgebläht.[6]

Der EG-Beitritt hatte wirtschaftliche Konsequenzen, die mit der institutionellen und wirtschaftlichen Struktur der EG an sich zusammenhingen. Griechenland erlebte nach dem Beitritt zur Zollunion und dem damit bedingten Abbau von Zöllen eine enorme Importwelle aus den exportstärkeren Ländern der EG. Allein im ersten Jahr (1981) stieg das Handelsbilanzdefizit um 86,6 Prozent und blieb seitdem defizitär. Die niedrigen Lohnkosten in Griechenland zogen dabei – anders als in Spanien und Portugal, die 1986 der EG beitraten – keineswegs die erhofften ausländischen Investitionen ins Land. Schuld waren die übergroße Bürokratie und die Korruption.

Auch die von der EG und später den EU-Regional-, Struktur- und Agrarfonds zugewiesenen Finanztransfers trugen wenig zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes bei, sodass sich die bestehende Wettbewerbslücke zu den exportorientierten europäischen Ländern nicht schloss.[7] Schuld daran waren primär planerische Inkompetenz und Veruntreuung der Gelder. Griechenlands Wirtschaft verlor ihre (ohnehin geringe) Konkurrenzfähigkeit.

In den 1990er Jahren und unter dem Druck des Eintritts in die Eurozone wurde der Versuch unternommen, Griechenlands Integration in die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der EU zu verbessern. Dadurch wollte es sich auch einen ökonomischen und militärischen Vorteil in der griechisch-türkischen Konfrontation verschaffen.[8] Sowohl die konservativen als auch die darauffolgenden sozialistischen Regierungen begannen damit, Staatsausgaben zu streichen und zaghaft Reformen einzuleiten, um die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren. Das Staatsdefizit schmolz langsam, und die Inflation wurde resolut bekämpft – obwohl sich der griechische Staat (wie auch andere EU-Länder) dabei manchmal fragwürdiger Methoden bediente; dazu gehörte unter anderem das Beschönigen von Haushaltsstatistiken.[9]

Auch politisch konnte sich Griechenland langsam vom Image des „Querulanten“ in der EU befreien und in seinen Beziehungen zu den europäischen Partnern einen Kurs steuern, der sich nicht primär um die nationalen Probleme Griechenlands drehte, sondern auch die Förderung Europas als eine politische Union verfolgte. Besonders die Entwicklung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde von Athen unterstützt.[10]

Doch an den strukturellen Wirtschaftsproblemen des Landes – wie der weitverbreiteten Korruption und Vetternwirtschaft, der ineffizienten und gigantischen öffentlichen Verwaltung, der vorteilhaften Steuerbehandlung von ganzen gesellschaftlichen Gruppen und Berufszünften, der Steuerfreiheit der Reichen und der weitverbreiteten Steuerhinterziehung – änderte sich wenig.

Griechenlands Beitritt zur Eurozone am 1. Januar 2001 ermöglichte den griechischen Regierungen zum ersten Mal, auf dem inter-

[6] Vgl. George Pagoulatos, Economic Adjustment and Financial Reform, in: South European Society & Politics, 5 (2000) 2, S. 193–202.
[7] Vgl. Christos Paraskevopoulos/Panagiotis Getimis/Leeda Demetropoulou, Griechenland als Gegenstand europäischer Kohäsionspolitik im Rahmen der EU-Strukturfonds, in: Björn Egner/Georgios Terizakis (Hrsg.), Das politische System Griechenlands, Baden-Baden 2009, S. 229–246.
[8] Vgl. Stafanos Stathatos, Die Entwicklung der Europäischen Union und die Position Griechenlands, Athen 2006 (griechisch).
[9] Vgl. Der Tagesspiegel vom 5. 10. 2004.
[10] Vgl. Panagiotis Ioakeimidis, Griechenlands Präsenz im Internationalen Europäischen und Regionalen System, Athen 2007 (griechisch), S. 159–168.

nationalen Kapitalmarkt Kredite zu günstigen Zinsen aufzunehmen. Für Anleihen, die sich Griechenland bis dahin selbstständig hatte verschaffen können, waren ungefähr zehn Prozent Zinsen verlangt worden. Unter dem Schirm der Eurozone und mit Garantien der Europäischen Zentralbank konnte der griechische Staat zum ersten Mal langfristige, zinsgünstige Anleihen aufnehmen und die Tilgung der Schulden hinausschieben.[11]

Damit begann die griechische Tragödie, denn die Regierungen, die im darauffolgenden Jahrzehnt an der Macht waren, setzten dieses Geld nicht investiv ein, etwa um die Produktionsstrukturen zu modernisieren (wodurch sich ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum hätte ergeben können), sondern konsumtiv, um den Staatsapparat zu vergrößern und neue Beamte einzustellen oder für Projekte wie die Olympischen Spiele und den Kauf von Waffen und Rüstungsgütern. Weil jedoch die Staatseinnahmen nicht ausreichten, um die alten Schulden zu bedienen, mussten immer neue Anleihen aufgenommen werden.[12] Da die griechische Wirtschaft in der Vergangenheit nicht auf den gemeinsamen europäischen Markt vorbereitet und damit nicht konkurrenzfähig war, strapazierte dies die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft zusätzlich.

Dies ist allerdings bis zu einem gewissen Grad auch auf die Architektur der Eurozone zurückzuführen: Die Leistungsfähigkeit der griechischen Wirtschaft – genauso wie die der portugiesischen und der spanischen – kann der Standortkonkurrenz innerhalb der Währungsunion und der durch die Verträge von Maastricht (1992) und Lissabon (2007) vorangetriebenen ökonomischen Deregulierung nicht standhalten, solange die Eurozone keine einheitliche Wirtschaftsunion ist. Die griechischen Regierungen waren daher Täter und Opfer zugleich.

Der Beginn der globalen Wirtschaftskrise 2008 fiel mit dem Ende der Laufzeit der meisten dieser Staatsanleihen zusammen, wodurch Griechenland 2010 zahlungsunfähig wurde. Der Schuldenberg wuchs, ohne dass sich jemand in Europa daran störte, obwohl der marode Zustand der griechischen Staatsfinanzen vielen bekannt war. Vom privaten und staatlichen Konsum Griechenlands profitierten hauptsächlich exportorientierte EU-Staaten wie Deutschland, Frankreich oder die Niederlande. Besonders das Rüstungsgeschäft sorgte für lukrative Gewinne, da Griechenland trotz der verhältnismäßig geringen Bevölkerung von elf Millionen Menschen zu den fünf größten Rüstungsimporteuren der Welt zählte. Selbst im Jahr 2010 – als Griechenland bereits von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten war und Krisengespräche über Stützungsmaßnahmen für seinen Staatshaushalt führte – gab das Land in Frankreich „schlappe zwei Milliarden Euro für Rüstungsgut“[13] aus; auch Außenminister Guido Westerwelle erinnerte „die griechische Regierung an die Bestellung der Eurofighter, nur Wochen vor dem griechischen Offenbarungseid“ im Frühjahr 2010.[14]

Seit dem Beginn der Eurokrise wird immer häufiger darüber spekuliert, dass Griechenland die Eurozone verlassen könnte. So könnte das Land wieder eigenes Geld drucken, seine Währung abwerten und dadurch indirekt seine Wettbewerbsfähigkeit steigern.[15] Das Szenario übersieht jedoch die fehlenden Grundlagen einer schnellen Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Die war nämlich auch zu Zeiten der Drachme nicht gegeben. Durch die Abwertung der neuen Währung könnte sich Griechenland kaum Importe leisten – dies allein würde reichen, um seine wirtschaftlichen Kapazitäten zu vernichten. Die Inflation würde in die Höhe getrieben und große Teile der Bevölkerung würden in die Armut stürzen. Daraus ergäbe sich eine politisch brisante Mischung, welche die demokratische Ordnung – und in der Konsequenz auch die EU-Mitgliedschaft des Landes – gefährden würde.

[11] Vgl. Giorgos Argeitis/Giannis Dafermos/Maria Nikolaidi, Staatsverschuldungskrise in Griechenland: Gründe und Perspektiven, Athen 2011 (griechisch), S. 32.
[12] Vgl. Panagiotis Liargovas, Die Europäische Wirtschaftsunion und Griechenland, in: Giannis Valinakis (Hrsg.), Griechische Außenpolitik und Europäische Politik, Athen 2010 (griechisch), S. 283–296.
[13] Eberhard Rondholz, Die Rüstungsgeschäfte mit Griechenland gehen weiter, in: Neue Rheinische Zeitung vom 24.2.2010.
[14] Zeit Online vom 7.1.2012: www.zeit.de/2012/02/Ruestung-Griechenland/seite-2 (29.6.2012).
[15] Vgl. hierzu den Beitrag von Karl Brenke in dieser Ausgabe. (Anm. d. Red.)

Die griechische Haushaltskrise beeinflusst auch die Möglichkeiten des Landes, seinen Aufgaben innerhalb des EU-Grenzregimes und bei der Eindämmung der illegalen Einwanderung in die EU nachzukommen. Haushalts- und Staatskrise untergruben die Kontrollmechanismen der Behörden gerade zu einem Zeitpunkt, zu dem die Unruhen in der arabischen Welt Griechenland zum Brennpunkt der Migration machten. Laut EU-Kommission gelangten 2011 drei Viertel der undokumentierten Einwanderer über die östliche Mittelmeerroute, das heißt über die Türkei nach Griechenland und von dort weiter in andere EU-Staaten.[16] Vor allem in westeuropäischen Staaten wird kritisiert, dass Griechenland seinen Pflichten nicht nachkomme: „Flüchtlinge, Arbeitssuchende ohne Visum oder Schlepper könnten deshalb ungehindert nach Deutschland reisen."[17] Auch innerhalb des Landes nehmen Ressentiments und Restriktionen gegenüber Einwanderern zu.

Griechenlands Rolle im EU-Grenzregime

Griechenland war in seiner neueren Geschichte stets ein Auswanderungsland. Aus diesem Grund hatte die griechische Gesellschaft eine durchaus positive Einstellung zu den sehr wenigen Einwanderern, die sporadisch in Griechenland sesshaft wurden. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regimes und die damit zusammenhängenden politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Osteuropa nach Ende des Kalten Krieges führten zu einem bedeutenden Anstieg des Migrationspotenzials in dieser Region. Das wirkte sich auch auf Griechenland aus. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass viele ethnische Griechen in dieser Region lebten, setzte zu Beginn der 1990er Jahre eine galoppierende Zuwanderung von ethnischen Griechen, aber auch von Menschen aus Albanien, Bulgarien, Rumänien, der Ukraine und Georgien ein. Griechenland wurde damit *de facto* zu einem Einwanderungsland.

Die mangelnde Vorbereitung des griechischen Staates, aber auch die der EU auf das Einwanderungsgeschehen veränderten die Haltungen innerhalb der griechischen Gesellschaft gegenüber Einwanderern. Da aber der Dienstleistungs-, Bau- und Agrarsektor reichlich Beschäftigungsmöglichkeiten, vornehmlich im informellen Sektor, boten, wurden die Emigranten trotz mancher negativer Reaktion zumindest strukturell allmählich in die griechische Gesellschaft integriert.[18]

Von 1996 bis 2005 glich der griechische Staat seine Flüchtlings- und Asylpolitik den Standards der EU und anderer Mitgliedstaaten an. Die Einwanderungs- und Ausländerpolitik Griechenlands basierte bis Ende der 1980er Jahre im Wesentlichen auf dem Gesetz 4310 aus dem Jahr 1929. 2001 und 2005 wurden Versuche unternommen, unter gewissen Bedingungen den Migrantinnen und Migranten, die sich illegal in Griechenland aufhielten, einen legalen, regulären Aufenthaltsstatus zu gewähren. Den neuen Bestimmungen zufolge wurde das Aufenthaltsrecht mit der Arbeitsgenehmigung verbunden. Das Gesetz sah unter anderem ein erleichtertes Verfahren zur Anwerbung temporärer Arbeitskräfte vor. Arbeitsgenehmigungen wurden zunächst für die Dauer von einem Jahr erteilt und konnten jährlich verlängert werden. Zum ersten Mal wurde das Aufenthaltsrecht mit einer Arbeitserlaubnis verbunden. Die Zeit für die Familienzusammenführung wurde von 15 Jahren auf zwei reduziert; das heißt Ausländer konnten bereits nach einem zweijährigen legalen Aufenthalt die Einwanderung ihrer Familienangehörigen beantragen.

2010 wurde auch das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) für den Erwerb der Staatsangehörigkeit und die Einbürgerung modifiziert. Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsgesetz wurde im Wesentlichen das Territorialprinzip (*ius soli*) eingeführt: So können in Griechenland geborene Kinder automatisch die griechische Staatsangehörigkeit erhalten, wenn ihre Eltern legal und fünf Jahre lang ständig in Griechenland gelebt haben. Auch Menschen, die woanders geboren sind, können nach einem bestimmten Daueraufenthalt einen griechischen Pass erwerben.

[16] Vgl. Pressemitteilung der EU-Kommission „Erster Schengen-‚Check-up' durch die Kommission" vom 16.5.2012.
[17] Handelsblatt vom 16.5.2012.
[18] Vgl. Panos Kazakos, Zwischen Staat und Markt, Athen 2006[6] (griechisch), S. 528–532.

Von herausragender Bedeutung für die griechische Migrationspolitik waren die Ratifizierung der Genfer Flüchtlingskonvention, des Schengener Abkommens, des Dublin-Abkommens von 1990 sowie des Dublin-II-Abkommens von 2003. Letzteres[19] besagt, dass jedem Flüchtling der Grenzübertritt in die EU-Zone ermöglicht werden muss. Ein wie früher zwischen Griechenland und der Türkei befindlicher Landminengürtel zur Abwehr von undokumentierter Einwanderung ist verboten.

Zur politischen und strukturellen Herausforderung für Griechenland wurde vor allem Artikel 10 des Abkommens: „(1) Wird auf der Grundlage von Beweismitteln oder Indizien (…) festgestellt, dass ein Asylbewerber aus einem Drittstaat kommend die Land-, See- oder Luftgrenze eines Mitgliedstaats illegal überschritten hat, so ist dieser Mitgliedstaat für die Prüfung des Asylantrags zuständig. Die Zuständigkeit endet zwölf Monate nach dem Tag des illegalen Grenzübertritts. (2) Ist ein Mitgliedstaat nicht oder gemäß Absatz 1 nicht länger zuständig und wird auf der Grundlage von Beweismitteln oder Indizien (…) festgestellt, dass der Asylbewerber – der illegal in die Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten eingereist ist oder bei dem die Umstände der Einreise nicht festgestellt werden können – sich zum Zeitpunkt der Antragstellung zuvor während eines ununterbrochenen Zeitraums von mindestens fünf Monaten in einem Mitgliedstaat aufgehalten hat, so ist dieser Mitgliedstaat für die Prüfung des Asylantrags zuständig. Hat der Asylbewerber sich für Zeiträume von mindestens fünf Monaten in verschiedenen Mitgliedstaaten aufgehalten, so ist der Mitgliedstaat, wo dies zuletzt der Fall war, für die Prüfung des Asylantrags zuständig.“ Das bedeutet, dass die Flüchtlinge automatisch in diejenigen Länder zurückgeschickt werden, über deren Grenzen der Übertritt in die EU erfolgte. Entsprechend sind sie für die Flüchtlinge auch verantwortlich.

Diese Bestimmung erwies sich für Griechenland als besonders problematisch. Denn als Folge des Afghanistan- und des Irak-Krieges, der andauernden politischen und ökonomischen Instabilität in Afrika und der Umbrüche und Aufstände in den arabischen Staaten nahm der Migrationsdruck auf die griechischen Grenzen in den vergangenen Jahren massiv zu. Insbesondere die Landgrenze zur Türkei entwickelte sich zum „Einfallstor nach Europa“, über die viele ihren Weg in die EU suchten und nach wie vor suchen. Schätzungen zufolge sollen drei von vier undokumentierten Einwanderern in der EU über diese östliche Mittelmeerroute gekommen sein. Die meisten haben die griechisch-türkische Grenze überquert oder sind über das Ägäische Meer nach Griechenland gekommen. Von dort aus versuchen die Ankömmlinge, in andere EU-Länder weiterzureisen. Tausende sind beim Versuch, die EU über das Meer zu erreichen, ums Leben gekommen. Jedes Jahr erreichen etwa 150 000 bis 200 000 undokumentierte Einwanderer über Land und See Griechenland. Ihre ersten Ankunftsziele sind die griechischen Inseln Samos, Lesbos und Agathonisi, die direkt vor der türkischen Küste liegen. Menschenschmuggler verlangen von jedem Einwanderer etwa 2000 bis 5000 Euro, um sie mit einem Motorboot nach Griechenland zu bringen.[20]

Aus diesem Grund bat der griechische Staat im Oktober 2010 die EU-Kommission darum, die sogenannten Soforteinsatzteams der EU-Grenzschutzagentur Frontex (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen[21]) nach Griechenland zu schicken, damit sie die Landgrenze zur Türkei kontrollieren. Es war das erste Mal, dass ein Mitgliedstaat die Entsendung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke anforderte.

Im Januar 2011 teilten die griechischen Behörden mit, dass man beabsichtige, entlang

[19] Vgl. Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist, Amtsblatt Nr. L 050 vom 25/02/2003 S. 0001–0010.

[20] Vgl. European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union (FRONTEX), Annual Risk Analysis 2012, S. 4 f.

[21] Im Rahmen von Frontex wurden 2007 die sogenannten Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke geschaffen, um die Mitgliedstaaten im Süden und Osten bei der Grenzsicherung zu unterstützen. Bis dato waren sie jedoch nie zum Einsatz gekommen.

der 206 Kilometer langen Landgrenze zur Türkei einen Grenzzaun zu errichten, um dem Flüchtlings-Zustrom einen Riegel vorzuschieben. „Vorbild" ist der Zaun zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Mexiko.

Der Plan wurde zwar von vielen Menschenrechtlern und der linken Opposition kritisiert. Doch waren auch sie der Meinung, dass die unkontrollierte Einwanderung bereits explosive wirtschaftliche, soziale und humanitäre Probleme in der griechischen Gesellschaft verursacht hatte. Denn bis dato hatten die Behörden die Emigranten angesichts fehlender Unterbringungsmöglichkeiten – die Auffanglager sind restlos überfüllt – wieder auf freien Fuß setzen müssen, mit der offiziellen Aufforderung, das Land binnen einem Monat zu verlassen.

Dazu sind aber die illegal eingereisten Migrantinnen und Migranten, die in der Regel ihr Hab und Gut verkaufen, um sich das nötige „Reisegeld" zu verschaffen, nicht in der Lage. Sie tauchen meistens in der Anonymität der großen Städte, hauptsächlich in Athen, unter, wo sie notgedrungen auf den Straßen betteln oder sich kriminellen Banden anschließen, um zu überleben. Lediglich der Zugang zur Gesundheitsversorgung steht ihnen offen. In den betroffenen Stadtteilen entstehen Fremdenangst und Rassismus.[22]

Mittlerweile ist fast jeder zehnte in Griechenland lebende Mensch ein nicht-europäischer Ausländer – die Tendenz steigt. Der Aufstieg der neofaschistischen Partei „Goldene Morgendämmerung" und diverse rassistische Zwischenfälle haben deutlich gemacht, dass das Thema Immigration, das teilweise in den vergangenen Jahren auch durch die Medien angeheizt wurde, im überwiegenden Teil der Bevölkerung zunehmend für Unmut und für Ressentiments sorgt. Die griechischen Behörden haben aus diesem Grund einerseits die Türkei dazu aufgerufen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Einwanderung von ihrem Territorium aus einzudämmen. Andererseits haben sie die EU-Länder dazu aufgefordert, eine gesamteuropäische Migrations- und Asylpolitik (beziehungsweise eine „Verteilung" der Asylsuchenden auf alle Staaten) und einen gemeinsamen Schutz der EU-Außengrenzen einzuleiten.[23]

Zusammenhänge beachten und europäische Solidarität wiederbeleben

Viele EU-Länder werfen Griechenland einen unzureichenden Schutz der EU-Außengrenzen gegen illegale Einwanderung vor. Medienberichten zufolge planen der Europäische Rat und die Mitgliedstaaten bereits für den Fall, dass Griechenland infolge der Eurokrise in einen Ausnahmezustand geraten sollte, wieder Grenzkontrollen zu Griechenland einzuführen.[24] Außerdem besteht seit Juni 2012 eine Vereinbarung auf Ministerebene über eine Neufassung des Schengen-Abkommens, die einen solchen Notfallmechanismus vorsieht. Dies wiederum wäre der erste Schritt hin zum Ausschluss Griechenlands aus der EU.

Wie sehr zurzeit die Folgen der unkontrollierten Migration, die Wirtschaftskrise und der Antieuropäismus in Griechenland zusammenhängen, lässt sich nicht zuletzt am spektakulären Aufstieg vor allem rechtspopulistischer Parteien bei den Parlamentswahlen 2012 ablesen: Sie machen in erster Linie „die Europäer" und die EU für die griechische Misere verantwortlich. Doch die meisten Griechinnen und Griechen sind sich bewusst, dass die Krise in erster Linie innenpolitische und strukturelle Gründe hat. Dennoch sind sie verärgert über die populistische und pauschale Kritik in den europäischen Medien – und darüber, dass „die Europäer" ihnen Sparmaßnahmen auferlegen, welche diejenigen treffen, die am wenigsten für die Krise verantwortlich sind.

[22] Vgl. United Nations High Commissioner for Refugees/Office in Greece, Contribution to the dialogue on migration and asylum, Mai 2012.

[23] Vgl. Ina Hommers, Die Migrationspolitik der EU, Bonn 2009, S. 13.

[24] Vgl. Der Standard vom 29. 5. 2012.

Eberhard Rondholz

Anmerkungen zum Griechenland-Bild in Deutschland

Essay

Eberhard Rondholz
Geb. 1938; 1973 bis 2000 Rundfunkredakteur beim WDR; Träger des Ehrenrings der Deutsch-Griechischen Gesellschaften.
eberhard_rondholz@gmx.de

Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleitegriechen … und die Akropolis gleich mit" – solche und ähnliche Schlagzeilen deutscher Boulevardzeitungen mussten die Griechen in den vergangenen Jahren immer wieder lesen. Sie fügten sich ein in ein kontinuierliches *Griechenland-Bashing*, das der Journalist Michael Spreng, einst Chefredakteur der „Bild am Sonntag", auf die kurze Formel brachte: „Das grenzt an Volksverhetzung."[1] Dabei waren es nicht nur Boulevardzeitungen wie „Bild", die immer wieder massive antigriechische Vorurteile bedienten (oder erst erzeugten). „Es gibt eine große, übergreifende Erzählung über Griechenland in der Schuldenkrise, und diese Geschichte handelt von faulen, korrupten Griechen, die um ‚unsere' Hilfe betteln – und am Ende auch noch undankbar sind", so beschreibt der deutsche Journalist Michalis Pantelouris, Sohn eines griechischen Vaters, das Griechenland-Bild, das ein Teil der deutschen Presse in den vergangenen zwei Jahren gezeichnet hat.[2]

In der Tat: Nimmt man seriöse Presseorgane aus, so dürfte Pantelouris im Großen und Ganzen Recht haben, wenn er den deutschen Medien drei fundamentale Fehler ankreidet: „Der erste, ‚die Griechen' als eine Gruppe zusammenzufassen, die in der Politik und Bevölkerung an einem Strang ziehen, um Europas reiche Nordländer auszunehmen; der zweite, ‚den Griechen' moralische Verdorbenheit zu unterstellen, denen Faulheit, Korruption und Betrug zur Natur geworden sind – was angesichts der Tatsache, dass sich in Griechenland in praktisch allen großen Korruptionsskandalen deutsche Firmen besonders hervortun, für Verbitterung und heftige polemische Gegenwehr sorgt. Und drittens ist offensichtlich, dass viele, wenn nicht die meisten Redaktionen überfordert sind mit der Einordnung der komplexen Informationen."[3] Soweit eine solche überhaupt beabsichtigt ist.[4]

Es drängt sich auch die Frage auf, warum sich manche deutsche Zeitungen gerade Griechenland als Sündenbock aussuchten und andere Krisenländer wie Italien, Spanien, Portugal oder Irland verschonten. Zumindest für Letzteres glaubt ein irischer Journalist eine plausible Erklärung gefunden zu haben – es ginge um den Schutz des Pensionsfonds des Springer-Hauses: „The Berlin correspondent of the Irish Times recently asked a member of the Bild staff why his newspaper hadn't followed its diatribes against ‚greasy Greeks' with a similar denunciation of the Irish: it turns out that the staff pension fund is heavily exposed to the Irish banking sector and they don't want to make things worse for themselves."[5]

Kampagnen-Journalismus

Es war aber nicht „Bild" allein, die in einer in der europäischen Presselandschaft einmaligen Kampagne über Griechenland herfiel. So lautete eine „Focus"-Titelgeschichte vom 20. Februar 2010: „Betrüger in der Eurofamilie". Das Titelbild – die Aphrodite von Milos mit Stinkefinger – erregte die Griechen aufs Höchste, der Fall beschäftigte gar die Gerichte. Ein griechisches Blatt „revanchierte" sich mit einem Bild der Berliner Siegessäule, auf der die Göttin Nike ein Hakenkreuz in der Hand hält.

Viel mehr Interesse verdient aber ein Beitrag in derselben Ausgabe, in dem sich ein Redakteur mit offensichtlich wenig Sachkenntnis über 2000 Jahre griechische Kulturgeschichte äußerte. Da heißt es etwa, das neue Griechenland habe nicht einen bedeutenden Dichter hervorgebracht und das griechische Kino fast nie einen Film, über den man in Europa spricht.

Nun gehören die Gedichte von Konstantin Kavafis und Jannis Ritsos vielleicht nicht

[1] Medium Magazin vom 7.8.2011.
[2] Ebd.
[3] Ebd.
[4] Vgl. Hans-Jürgen Arlt/Wolfgang Storz, Drucksache „Bild" – Eine Marke und ihre Mägde, Frankfurt/M. 2011.
[5] Zit. nach: London Review of Books vom 17.3.2011.

zum Lektürekanon deutscher Kulturredakteure, aber von den Nobelpreisträgern für Literatur Giorgos Seferis und Odysseas Elytis sollte man schon einmal gehört haben.[6] Und man muss nicht regelmäßig die großen europäischen Filmfestivals frequentieren, um zu wissen, wie viel Edelmetall der griechische Film im Laufe der vergangenen Jahre in Berlin, Cannes und Venedig abgeholt hat, mit wie vielen silbernen Bären, goldenen Löwen und Palmen Regisseure wie Theo Angelopoulos und Nikos Koundouros geehrt worden sind, von Michalis Kakojannis und seinem Sorbas-Film nicht zu reden. Griechischer Wein? Sei untrinkbar. Doch Fakt ist: Man hat in Griechenland heute die Auswahl zwischen mehr als 1000 Qualitätsweinen, und griechische Weine sammeln auf internationalen Wettbewerben – vom französischen Concours „Chardonnay du Monde" bis zum Londoner „Decanter World Wine Awards" – von Jahr zu Jahr Preise und Medaillen ein. Nicht mit Retsina, wohlgemerkt.

Dass der entsprechende Redakteur das alles nicht weiß, ist eines. Aber dass die Redaktion jemanden über ein Thema schreiben lässt, von dem er offensichtlich kaum Ahnung hat, nährt den Verdacht, dass es auf die Fakten nicht ankommt.

Nicht nur Boulevardzeitungen bedienen Vorurteile über Griechenland und seine Bevölkerung und greifen ungeprüft auf, was europäische Entscheidungsträgerinnen und -träger über die „faulen Griechen" (und die anderen Südländer) mitzuteilen haben – obwohl es seriöse Statistiken gibt, denen genaue Zahlen über Wochen- und Lebensarbeitszeit und Urlaubstage zu entnehmen sind. Bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gibt es hierzu folgende Zahlen: In Deutschland arbeiten Beschäftigte im Durchschnitt um ein Drittel weniger als in Griechenland, nämlich 1390 Stunden pro Jahr im Vergleich zu 2119 Stunden (2010 waren es 1408 Stunden im Vergleich zu 2017 Stunden) – was im Übrigen die längste Jahresarbeitszeit in allen OECD-Ländern ist.[7]

Dabei gibt es genügend negative Fakten, über die zu berichten wäre: beispielsweise über sinnlose Waffenimporte in irrsinnigem Ausmaß, darüber, wer sich daran eine goldene Nase verdient und warum bislang nur ein einziger der korrupten griechischen Politiker als Schmiergeldempfänger in Haft kam. Die griechischen Regierungen haben in den vergangenen Jahrzehnten „über ihre Verhältnisse" Waffen gekauft. Nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI haben sie über Jahre hinweg bis zu 17 Prozent der weltweiten Waffenexporte Deutschlands abgenommen,[8] um im Wettrüsten mit der Türkei[9] (die ähnlich hohe Importzahlen aufweist) gleichzuziehen. Dabei hätte der griechisch-türkische Konflikt um Hoheitsgewässer und Flugzonen seitens der EU und der NATO längst geschlichtet werden können und sollen.

Von diesen Zahlen ist im aktuellen Griechenland-Diskurs der deutschen Presse seltener die Rede. Dass die deutschen Waffengeschäfte mit Griechenland auch nach Bekanntwerden der griechischen Haushaltsmisere munter weitergingen, kann man gelegentlich sogar in den deutschen Mainstream-Medien lesen – seltener jedoch kann man lesen, welcher Zusammenhang zwischen Waffenkäufen und Finanzhilfen der europäischen Partner bestand.[10]

Aber da wäre dann auch zu berichten, was man in Berlin und Brüssel über die Athener Bilanz-Kosmetik wusste, und warum man trotzdem darüber hinwegsah. So hat kein geringerer als Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker auf einer Pressekonferenz in Washington anlässlich einer Sitzung des Weltwährungsfonds am 10. Oktober 2010 die Brüsseler Versäumnisse kritisch reflektiert: Er habe die griechische Krise schon lange kommen sehen, darüber mit den Deutschen und den Franzosen diskutiert, aber nicht öffentlich machen dürfen, was er wusste, wegen

[6] Vgl. hierzu den Beitrag von Danae Coulmas in dieser Ausgabe. (Anm. d. Red.)

[7] Vgl. OECD Employment and Labour Market Statistics (database), Stand: 11.7.2012, online: www.oecd-ilibrary.org/employment/average-annual-working-time_20752342-table8 (18.7.2012).

[8] Vgl. die Hauptabnehmer deutscher Waffenexporte, die in den SIPRI-Jahrbüchern bis 2011 aufgelistet werden, online: www.sipri.org/yearbook (18.7.2012).

[9] Vgl. Eberhard Rondholz, Wettrüsten an der Ägäis, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (2005) 10, S. 1242–1247.

[10] Vgl. „Broke? Buy a few warships, France tells Greece", Agenturmeldung Reuters (Paul Taylor und Renée Maltezon), Paris/Athen, vom 23.3.2010.

der guten Geschäfte beider Länder mit Griechenland, wie die französische Nachrichtenagentur Agence France Presse (AFP) berichtete.[11] Man mag sich fragen, warum diese AFP-Meldung von keiner deutschen Zeitung aufgegriffen wurde. Fragen mag man sich auch, warum gerade in Deutschland die antigriechischen Vorurteile so verbreitet sind. Dazu ein Blick zurück.

Feindbild Griechenland: frustrierte Philhellenen

Ein negatives Griechenland-Bild hat es im katholischen Europa seit den Kreuzzügen gegeben. Der Topos von der *perfidia graecorum* ist in katholischen Milieus immer noch verbreitet: Byzanz übe Verrat an der Sache Gottes, schimpften die Kreuzfahrer nach ihrer Niederlage gegen die Seldschuken im Jahr 1102; Papst Paschalis tat es ihnen gleich, und die gegen die orthodoxen „Schismatiker" von Byzanz gerichtete Propaganda wurde über die Jahrhunderte sorgfältig geschürt.[12]

Eher ein deutscher Fall war die enttäuschte Liebe der Philhellenen. Als im Jahr 1821 die Nachricht vom Aufstand der Griechen gegen die osmanische Herrschaft nach Europa kam, gab es eine Welle des Mitleids und der Solidarität. Man sah in Griechenland Freiheitskämpfer am Werk, die es zu unterstützen galt. Aber während die realistischen Briten nicht nur dichtende Philhellenen wie Lord Byron nach Hellas schickten, sondern vor allem erfahrene Generäle und Admiräle, ebenso wie die Franzosen und die Russen (aus wohlerwogenem geopolitischem Kalkül), schwärmten in Deutschland die Dichter und Denker (vor allem der heute nur noch als Texter der Schubert-Lieder bekannte Wilhelm Müller, wegen seiner Hellas-Hymnen zu Lebzeiten aber auch „Griechen-Müller" genannt) von einer Wiedergeburt des antiken Hellas.

Die Enttäuschung blieb nicht aus, vermerkte 1878 Wilhelm Wagner: „Schwer haben es die heutigen Griechen seit der Errichtung eines selbständigen griechischen Staates büßen müssen, dass die ihnen seit dem zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts zugewandten und in ihrem Freiheitskampf bestätigten Sympathien Europas zum Theil auf einem Irrtum beruhten. Man schwärmte für die Griechen und stand ihnen gegen die Türken bei nicht aus allgemeiner Humanität, aus Mitgefühl für die Geknechteten und Unterdrückten, sondern doch hauptsächlich deshalb, weil man sie für die echten Nachkommen der alten Hellenen hielt – man wähnte, man müsse den Enkeln die Schuld abzahlen, deren die europäische Cultur den Ahnen gegenüber sich bewusst war. Es war ein Wahn, auf welchen der Rückschlag nicht ausbleiben konnte. Die in's Land geeilten Philhellenen wurden bald durch die nackte Wirklichkeit von ihren unklaren Schwärmereien geheilt und kehrten meist gründlich ernüchtert, oft mit Ingrimm und Haß gegen diese ‚Griechen' erfüllt, in die Heimath zurück."[13]

Diesen sprach der Philologe und Publizist Jakob Philipp Fallmerayer aus dem Herzen. Er stellte bei Feldforschungen in der Peloponnes (wo die neugriechische Staatsgründung ihren Anfang nahm) fest, dass einerseits bedeutende Teile der dortigen Bevölkerung albanische Dialekte sprachen und andererseits viele Ortsnamen slawischen Ursprungs waren, was sich aus einer zeitweiligen Besiedlung aus dem serbischen Norden der Balkanhalbinsel erkläre. Fallmerayers für viele Philhellenen provokantes Resümee lautete: „Das Geschlecht der Hellenen ist in Europa ausgerottet, denn auch nicht ein Tropfen edlen und ungemischten Hellenenblutes fließt in den Adern der christlichen Bevölkerung des heutigen Griechenlands."[14]

[11] „Il était évident qu'un jour la Grèce devrait affronter ce genre de problème, et je savais que ce problème arriverait parce que nous discutions, les Allemands, les Francais, le président (Jean-Claude) Trichet à la BCE, la Commission (européenne) et moi-même, des perspectives de ce qui n'était pas alors connu comme ce qu'on a appelé la crise grecque. (…) Je savais, je savais même que la France et l'Allemagne gagnaient d'ènormes montants d'argent par (…) leurs exportations vers la Grèce. (…) je ne pouvais pas rendre public ce que je savais." Agence France Presse, Washington, vom 10. 10. 2010.

[12] Vgl. Hans Georg Beck, Geschichte der orthodoxen Kirche im byzantinischen Reich, Göttingen 1980, S. 151 f.

[13] Wilhelm Wagner im Vorwort zu: Demetrius Bikelas, Die Griechen des Mittelalters und ihr Einfluss auf die europäische Kultur, Gütersloh 1878, S. 5 f.

[14] Jakob Philipp Fallmerayer, Geschichte der Halbinsel Morea während des Mittelalters, Stuttgart 1930, S. III f.

Mit seiner rassenbiologischen These löste Fallmerayer heftigen Widerspruch und Empörung bei den Griechen aus. Wobei ein Teil der Griechen sich auf das biologistische Argument einließ und mit dem Versuch reagierte, Fallmerayers Behauptungen auf derselben Argumentationsebene zu widerlegen, während andere mit einem modernen geistig-kulturellen Begriff von Volk und Nation argumentierten: Grieche sei, wer griechisch spricht und das griechische Kulturerbe als das seine betrachtet.

Der Philologe Curt Wachsmuth kam ihnen zu Hilfe – in einer viel beachteten Bonner Universitätsrede von 1864 antwortete er Fallmerayer: „Schließlich aber ist ja fürwahr die Nationalität eines Volkes nimmer in absoluter Unversetztheit mit fremden Bestandtheilen beschlossen. Oder wären wir deswegen keine Deutsche mehr, weil wir ein gut Theil slavisches und wendisches Blut in uns aufgenommen haben? Das Wesen und die Eigenständigkeit einer Nation liegt, meine ich, ganz ungleich mehr in seiner Sprache, seinem Denken und Empfinden, seiner ganzen Art und Gesittung. (…) Eine mit Händen zu greifende Ahnenprobe giebt vor allem die Sprache, der auch in erster Reihe die Griechen die Erhaltung ihrer Eigenart in den langen Jahrhunderten der Fremdherrschaft zu verdanken haben."[15]

Griechenland-Bild der Generäle

Heute liest kaum mehr ein Griechenland-Reisender Fallmerayer. Aber dass sein Griechenland-Bild auch nach seinem Tod 1861 nicht in Vergessenheit geriet, dafür haben gelegentlich immer wieder Publizisten gesorgt. Einer von ihnen war Adolf Hitlers späterer Chefideologe Alfred Rosenberg. Ganz im Sinne Fallmerayers schrieb auch er, dass der Hellene die Erde auf ewig verlassen habe und mit ihm „jene herrliche Rassenseele, die einst die Pallas Athene und den Apoll erschuf", weil die „vielfache Übermacht des Vorderasiatentums durch tausend Kanäle einsickerte, Hellas vergiftete und anstelle des Griechen den schwächlichen Levantiner zeugte, der mit dem Griechen nur den Namen gemeinsam hat".[16] Und an dessen Stelle seien „die aufgewühlten Schlammfluten der Mischlinge Asiens und Afrikas, des ganzen Mittelmeerbeckens und seiner Ausläufer" getreten.[17]

Hasstiraden, die allerdings nicht von Anfang an zum offiziellen Griechenland-Bild des „Dritten Reiches" passten, solange das Liebeswerben um den anglophilen Joannis Metaxas anhielt, der seit dem 4. August 1936 in Athen Diktator von Königs Gnaden war und nach deutschem Vorbild eine *Dritte griechische Zivilisation* errichten wollte. Da störten Rosenbergs Schmäh-Parolen, stattdessen kamen aus dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda noch 1938 ganz andere Töne: So schrieb Ministerialrat Franz Baron von Weyssenhoff von „der Straße, die von Alt-Hellas nach Neu-Griechenland führt, jener niemals unterbrochenen, niemals verschüttet gewesenen Straße, auf der eines der ältesten Kulturvölker Europas immer mit erhobenem Haupt dahingeschritten ist". Alle Versuche der fremden Eroberer, so von Weyssenhoff im Widerspruch zu Rosenberg, seien „immer wieder daran gescheitert, daß die Griechen sich dem Vermengen mit fremdem Volkstum instinktiv und bewußt widersetzten". Man werde „immer wieder, wenn man mit dem Herzen und auch dem Verstande sich hineinfühlt in die Seele dieses Volkes, empfinden, unweigerlich empfinden müssen: unsterbliches Hellas".[18]

Solche emphatischen Bekenntnisse waren zunächst ganz im Sinne des „Führers", von dem bekannt war, dass er als Verehrer der klassischen Antike galt. Er liebte deshalb den Bildhauer Arno Breker und dessen schwülstigen antikisierenden Bombast. Auch habe er sich, so Breker in seinen Memoiren, im Sommer 1941 bei dessen griechischer Frau persönlich für den Krieg gegen Griechenland entschuldigt.[19] Und er lobte die unterlegenen griechischen Soldaten, sie hätten wie die Helden des alten Hellas gekämpft.

Doch als die Griechen begannen, dem Eindringling Widerstand zu leisten, kam die

[15] Curth Wachsmuth, Das alte Griechenland im neuen, Bonn 1864, S. 10.

[16] Alfred Rosenberg, Der Mythus des 20. Jahrhunderts, München 1935[53], S. 50.

[17] Ebd., S. 83.

[18] Karl Bömer/Charilaos Kriekoukis (Hrsg.), Unsterbliches Hellas, Berlin 1938, S. 12, S. 16.

[19] Vgl. Arno Breker, Im Strahlungsfeld der Ereignisse, Preußisch Oldendorf 1972, S. 183.

Kehrtwende. Aus dem „unsterblichen Hellas“ wurde das „Sauvolk“, das „Land der Schieber, Nichtstuer und Korrupteure“.[20] In Schulungsschriften der Wehrmacht wurden die deutschen Soldaten eindringlich auf den „völkischen Niedergang“ des Neugriechentums hingewiesen, das – so steht es etwa in einer Lehrgangsbroschüre aus der Feder des NS-Historikers Georg Stadtmüller – rassisch und kulturell mit seinen hellenischen Namensspendern nur noch wenig gemein habe.[21] An anderer Stelle wird vor Eheschließungen mit Griechinnen gewarnt, da sie „aus rassischen Gründen“ nicht „umvolkbar“ seien.[22]

Viele einfache Soldaten mögen ihre Vorstellungen von den Einwohnern des besetzten Landes auch aus der Trivialbelletristik bezogen haben. Allen voran sei hier der Erfolgsschriftsteller Karl May genannt.[23] Bei May tauchen Griechen vor allem als verschlagene, tückische Individuen auf, als schmuddelige, betrügerische Spelunkenwirte, die vor keinem Verbrechen zurückschrecken, als finsteres Gesindel, als Raubmörder und Erpresser.[24] Und an der „Verderbnis der Türken, die doch einst unverdorben aus der Steppe kamen“, sei laut May der Grieche schuld: „Der Türke war einst ein zwar rauher, aber wackerer Nomade, ein ehrlicher, gutmütiger Gesell, der gern einem jeden gab, was ihm gehörte, sich aber auch etwas. (…) Das blieb so, bis er gezwungen wurde, bis an den Leib in dem Sumpfe byzantinischer Heuchelei und griechischer Raffinesse zu waten.“[25]

Welche Folgen das von der NS-Propaganda bei der Wehrmacht verbreitete Bild des jeweiligen Gegners beim Umgang mit der Zivilbevölkerung hatte, ist bekannt.[26] Wie der Militärhistoriker Wolfram Wette nachgewiesen hat, half Negativpropaganda dieser Art, beim Wehrmachtssoldaten die Tötungshemmungen abzubauen, eine „psychische Distanz zu den Opfern zu schaffen, um so das Töten zu erleichtern“.[27] So hatten die Griechen unter allen nichtslawischen NS-besetzten Ländern die meisten Opfer des Besatzungsterrors zu beklagen.

Sorbas, Mikis und Melina

Mit dem Ende des NS-Reichs war es auch mit der Verbreitung der Griechen-Hetze à la Rosenberg vorbei. Stattdessen begannen populäre Sympathieträger das negative Bild der Neugriechen zu überlagern. Allen voran Alexis Sorbas, die Hauptperson des großen Erfolgsromans von Nikos Kazantzakis, der allein in deutscher Übersetzung eine Million Mal verkauft wurde. Hinzu kam 1964 der große Erfolgsfilm zum Buch, „Zorba the Greek“, unter der Regie von Michalis Kakojannis. Auch in Deutschland wurde er zu einem der größten Kassenschlager aller Zeiten, mit Hauptdarsteller Anthony Quinn als Sorbas und der Musik von Mikis Theodorakis. Beide wurden zu Lieblingen der Deutschen. Zu Sympathieträgerinnen wurden auch die Schauspielerin Melina Merkouri (das „Mädchen von Piräus“) oder die Sängerin Nana Mouskouri mit ihren „Weißen Rosen aus Athen“.

Was die Nationalsozialisten in Griechenland angerichtet hatten, wurde schnell und nachhaltig verdrängt.[28] Wenn daran erinnert wurde, bestimmte Täterliteratur wie die massenhaft verbreiteten Landserhefte das Bild. Die Griechen ihrerseits reichten als erste unter den ehemals NS-besetzten Ländern den Deutschen die Hand zur Versöhnung, empfingen die ersten deutschen Rucksacktouristen freundlich – ihre Gastfreundschaft war überwältigend, das durfte auch der Autor dieser Zeilen als Oberschüler erfahren, als er mit einem äußerst schmalen Budget durch das Land trampte. Auf Strafverfolgung der Täter bestanden sie schon bald nicht mehr.[29] Dass sich die materielle Ent-

[20] Hagen Fleischer, Die „Viehmenschen“ und das „Sauvolk“, in: Wolfgang Benz et al. (Hrsg.), Kultus – Propaganda – Öffentlichkeit, Berlin 1998, S. 162.
[21] Vgl. ebd., S. 160 f.
[22] Vgl. ebd.
[23] Vgl. Eberhard Rondholz, Völkerpsychologische Stereotypen bei Karl May, in: NrhZ, Online-Flyer Nr. 127 vom 2.1.2008.
[24] Vgl. ebd.
[25] Zit. nach: ebd.
[26] Vgl. Eberhard Rondholz, Blutspur in Hellas, in: Choregia, Münstersche Griechenland-Studien 10, Münster 2012.
[27] Wolfram Wette, „Rassenfeind“, in: Walter Manoschek (Hrsg.), Die Wehrmacht im Rassenkrieg, Wien 1996, S. 55.
[28] Vgl. Eberhard Rondholz, Rechtsfindung oder Täterschutz?, in: Loukia Droulia/Hagen Fleischer, Von Lidice bis Kalavryta, Berlin 1999.
[29] So konstatierte der damalige deutsche Botschafter in Athen, Theo Kordt, 1957 in einem Schreiben an das Auswärtige Amt, dass Griechenland „die sogenannten Kriegsverbrecherprozesse im Gegensatz zu anderen

schädigung auf ein Minimum beschränkte, darüber sahen Griechenlands Regierungen hinweg. Auch dass sich die Bundesrepublik bis heute um die Rückzahlung eines dem besetzten Land abgepressten Zwangskredits drückt, wird von Athen nicht mehr ernsthaft reklamiert.[30]

Dass ein Teil der griechischen Journalisten das nun aufgreift – mehr noch: dass man in Griechenland vermehrt antideutsche Karikaturen zu sehen bekommt, die an den Zweiten Weltkrieg erinnern –, nehmen ihnen manche ihrer deutschen Kolleginnen und Kollegen übel.

„List und Arglist"

„Man kann es nicht mehr hören, was der nordwestlich von Athen gelegene Teil des Abendlandes den Griechen verdankt. Es kann aber hilfreich sein, sich Eigenschaften dieses einst stolzen Volkes ins Gedächtnis zu rufen. Die Griechen haben nicht nur den Wutanfall zum Kulturgut geadelt. Mit Odysseus haben sie auch die List hoffähig gemacht", so heißt es in der Legende zu einem auf der Titelseite der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" abgebildeten Vasenbild aus dem sechsten Jahrhundert vor Christus.[31] Es zeigt eine Szene aus dem 9. Gesang der Odyssee, die Blendung des Riesen Polyphem, und darüber stehen die Worte: List und Arglist.

Arglist – darunter versteht man im allgemeinen Sprachgebrauch eine absichtliche, boshafte Hinterlist, eine hinterhältige Handlung zum Nachteil anderer, aus niederen Beweggründen motiviert und daher moralisch verwerflich. Doch ist es ein Akt der Arglist, was Odysseus mit dem menschenfressenden Ungeheuer, das schon sechs seiner Begleiter verschlungen hatte, in seiner Höhle anstellt, und wie er sich und die seinen befreit, wollte der Redakteur der oben beschriebenen Titelseite auf eine Täuschung im Sinne des Paragrafen 123 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) hinaus?

Auf den ersten Blick nimmt man auf dem Vasenbild vor allem den listenreichen Odysseus wahr, wie er mit seinen Gefährten zur Blendung des betrunken gemachten einäugigen Polyphem ansetzt, er ist der Schurke im Stück. Erst beim näheren Hinsehen geraten die zwei menschlichen Beine ins Blickfeld, die der Riese in seinen Händen hält, Überreste seines letzten kannibalischen Mahls. Sich und die anderen Gefährten vor einem solchen Ende zu bewahren, ist hier das Tatmotiv – Notwehr, juristisch gesprochen. Arglist sei es, suggeriert der Redakteur und resümiert: „Dass moderne Griechen von ihren Vorfahren noch viel an sich haben, ist offensichtlich."

Und die verdienen keine Hilfe. Da verdient Beherzigung, was Kurt Biedenkopf, *elder statesman* und Professor emeritus für Nationalökonomie, eine der wenigen Stimmen der Vernunft im aktuellen deutschen Griechenland-Diskurs, den „Griechenland-Rettern" aus Presse und Politik ins Stammbuch geschrieben hat: „Wir retten Griechenland nicht. Wir helfen den Griechen, ihr Land zu retten, nachdem wir es vor 70 Jahren überfallen haben und heute als Europäer mit ihnen solidarisch fühlen – übrigens auch zu unserem eigenen Nutzen."[32] Statt die Griechen zu beschimpfen, weil sie sich an die deutsche Besatzung erinnern, an Deutschlands zerstörerische Rolle im Zweiten Weltkrieg, sollten die Medien die Deutschen daran erinnern, „dass wir auch Pflichten gegenüber den Griechen haben und dass wir bisher von der Eurozone mehr Gewinn hatten als die anderen Eurostaaten. Stattdessen suggeriert man ihnen, (…) die Griechen wollten nur an unser Geld. Das ist unreif und dumm."[33] Derlei besonnene Stimmen hörten wir gern mehr.

Ländern sehr zurückhaltend behandelt hat". Zit. nach: Susanne Sophia Spiliotis, Der Fall Merten, Athen 1959, Magisterarbeit, LMU München 1991, S. 52.

[30] Vgl. zur Frage der deutschen Kriegsschulden: Anestis Nessou, Alles erledigt? Die Frage griechischer Reparationsansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland, in: Choregia (Anm. 26).

[31] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.2.2012.

[32] So Kurt Biedenkopf in einem Interview. Cicero online vom 16.2.2012: www.cicero.de/weltbuehne/kurt-biedenkopf-Griechenland-wir-haben-uns-gerne-betruegen-lassen/48337?seite=1 (16.7.2012).

[33] Ebd.

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe 38–39/2012 · 17. September 2012

Parlamentarismus

Laszlo Trankovits
Verteidigung der repräsentativen Demokratie

Wätzold Plaum
Systemneustart dringend erforderlich

Heinrich Oberreuter
Parlamentarismuskritik

Hubert Kleinert
Krise der repräsentativen Demokratie?

Bernd Guggenberger
„Verflüssigung“ der Politik – was dann?

Brigitte Geißel
(Un-) Gleichheit und die Versprechen der Demokratie

Alexandra Bäcker
Der Wille der Fraktion

Michael Partmann · Gerd Strohmeier
Spezifika „kommunaler Regierungssysteme“

Reinhard Müller
Budgetrecht des Parlaments in Zeiten der Europäisierung

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Asiye Öztürk
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
Sarah Laukamp (Volontärin)
An dieser Ausgabe wirkte Christine Maevis als Praktikantin mit.
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
17. August 2012

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelser Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das **Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit 4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Griechenland

APuZ 35–37/2012

Elena Pallantza

3–8 **Für immer geschlossen**

Die Kurzgeschichte handelt vom Reifungsprozess eines jungen Mannes in Athen vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise. Er flieht vor der bedrückenden Atmosphäre in seine Phantasien. Erst allmählich nimmt er die Realität wahr.

Vassilis S. Tsianos · Dimitris Parsanoglou

8–15 **Griechenland nach den Wahlen**

Es werden die politischen Bruchstellen nachgezeichnet. Sie lassen sich in vielerlei Hinsicht auf die sozioökonomischen Veränderungen zurückführen. Besonders deutlich wird dabei die allseitige gesamtgesellschaftliche Radikalisierung.

Karl Brenke

16–23 **Modernisierung der griechischen Wirtschaft**

Die griechische Ökonomie weist die Struktur eines Schwellenlandes auf. Weil der Tourismus allein nicht als tragende Säule ausreichen kann, ist eine nachholende Industrialisierung erforderlich, die durch eine Abkehr vom Euro erleichtert würde.

Loukas Lymperopoulos

23–30 **Kurze Geschichte Neugriechenlands**

Außenpolitisch im Kreuzfeuer unterschiedlicher Interessen und innenpolitisch zwischen den Fronten von Royalisten und Republikanern bestimmten Diktatur und Unterdrückung lange Zeit die Geschichte Griechenlands.

Heinz A. Richter

30–36 **Zur politischen Kultur**

Charakteristisches Merkmal der politischen Kultur Griechenlands ist der Klientelismus, der durch die Steuerfreiheit der Reichen, einen ineffizienten Staatsapparat und die weitreichende Veruntreuung von staatlichen Geldern geprägt ist.

Danae Coulmas

36–42 **Von der Ungleichzeitigkeit der Kultur**

In Griechenland scheinen Geschichte, Geschichtsschreibung und Kultur nicht immer Hand in Hand zu gehen. Besonders deutlich wird dies im Bereich der Literatur: Sie ist Erinnerung, Bewältigung, Korrektur und Prophetie zur selben Zeit.

Andreas Stergiou

42–48 **Anatomie eines Niedergangs? Griechenland und die EU**

In Griechenland ist die Zunahme europakritischer Tendenzen zu beobachten. Auslöser sind die von der Troika oktroyierten Sparmaßnahmen. Das Land sieht sich aber auch im Umgang mit der illegalen Einwanderung in die EU allein gelassen.

Eberhard Rondholz

49–54 **Griechenland-Bild in Deutschland**

Trotz seriöser Statistiken, die ein differenzierteres Bild zeichnen, werden in fast allen Medien Klischees über „faule Griechen“ aufgegriffen. Stattdessen sollte über negative Fakten wie sinnlose Waffenimporte diskutiert werden.